



25. und 26. Heft | 19. Dezember 1917

## MAX COHEN - KLARE ENTSCHEIDUNG

**B**IS zum 14. Januar wird auf der Ostfront nicht mehr gekämpft werden. Dem Waffenstillstand, der am 15. Dezember abgeschlossen wurde, muß nun der endgültige Friede mit Rußland folgen. Die östliche Orientierung unserer Politik, deren Notwendigkeit in all den Kriegsjahren auf diesen Blättern immer wieder betont wurde (anfangs ohne Echo, später mit immer größerer Zustimmung in anderen Kreisen), ist so in nahe Möglichkeit gerückt. Freilich gibt es angesehene Zeitungen und Politiker, deren Verdienste auf anderen Gebieten unbestreitbar sind, die es auch jetzt noch nicht ganz unterlassen können vor einseitiger Orientierung zu warnen. Es ist kaum noch verständlich, wenn denen, die in der Zusammenfassung des festländischen Europas ein unabweisbares Gebot friedlicher Entwicklung und den Schutz vor angelsächsischer Übermacht erkannt haben, der Vorwurf gemacht wird, daß sie die eine Welthälfte gegen die andere zusammenbringen wollen. Davon kann im Ernst gar nicht die Rede sein. Die eine Welthälfte ist ja schon eine geraume Weile zusammengebracht worden. Es handelt sich einfach darum, daß ihr nun ein Gegengewicht geschaffen wird. Gegen die beiden angelsächsischen Weltmächte, die in allem Wesentlichen zusammengehen, kann nur ein vereinigt Kontinentaleuropa im Verein mit den Ostmächten das wirkliche Weltgleichgewicht herstellen, das, ganz anderer Art als das von England stets postulierte europäische Gleichgewicht, die Entfaltung der Produktivkräfte auf der ganzen Erde sicherstellt. Man kann eben nicht nach allen Seiten hin operieren; man muß vielmehr eine klare Entscheidung treffen. Qui trop embrasse, mal étreint. Die Politik der Vorkriegszeit, die stets danach trachtete uns möglichst viele Wege offenzuhalten, hat gerade einen erheblichen Teil der Schuld an der Situation, die wir in den ersten Augusttagen vor 3 Jahren erlebten. Und die Fortsetzung dieser Politik auch im Krieg hat vielleicht dessen lange Dauer bewirkt. Niemals war eine eindeutige Entscheidung notwendiger und für die Zukunft des deutschen Volkes bedeutungsvoller als im gegenwärtigen Augenblick. Wollte man jetzt noch nach der westlichen (richtiger: angelsächsischen) Seite schieben und dadurch das wahre Gebot der Stunde unerfüllt lassen, so würde das Versäumte uns später wohl durch nichts zurückgebracht werden können. Lange genug hat Rußland einen Frieden auf russische Kosten gefürchtet, und wir sind längst noch nicht so weit, daß wir in aller Ruhe die schon beginnenden englischen Versuche abwarten könnten einen solchen Abschluß

auch jetzt noch zustande zu bringen. Wenn wir in diesem Augenblick noch vor der Entscheidung zurückschrecken, so werden wir uns keineswegs alle Wege für später öffnen, wohl aber uns mit Sicherheit den einen auch noch versperren, der in eine hellere Zukunft weist.

Wenn es irgendeine Möglichkeit gibt den sicherlich von allen ersehnten Frieden bald zu erhalten: sie winkt vom Osten. Und nicht allein das. Ebenso wichtig wie der schnelle ist der dauernde Frieden, der zugleich unsere weitere Zukunft sichert und die späteren Generationen davor bewahrt einen so fürchterlichen Kampf zum zweitenmal führen zu müssen. Erreichbar ist der dauerhafte Frieden nur auf Grund des Programms der Verständigung, unter Ablehnung jedweder Vergewaltigung anderer Völker, des Programms, das zum erstenmal ehrlich und unzweideutig von der Regierung des freien Rußlands aufgestellt worden ist. Das Friedensmanifest der provisorischen Regierung Rußlands vom 10. April dieses Jahres hat es in vorbildlicher Weise formuliert, und das Friedensangebot der Bolschewiki hat es im November in seinem Inhalt bestätigt. Man muß vor allen Dingen die Tatsache im Auge behalten, daß beide Friedenserklärungen genau den gleichen Inhalt haben und den gleichen Geist atmen. Daß es sich also nicht um eine Meinungsäußerung etwa der Bolschewiki sondern des russischen Volkes selber handelt. Die Erkenntnis dieser Tatsache, auf die hier bereits mehrfach eindringlich hingewiesen wurde und die gar nicht eindringlich genug festgestellt werden kann, ist von der allergrößten Bedeutung für das Zustandekommen eines guten Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland. Man kann es daher begrüßen, daß der österreichische Minister des Auswärtigen Graf Czernin vor den Delegationen ausdrücklich die selbe Feststellung gemacht hat, indem er darauf hinwies, daß Rußland sich bereits seit April dieses Jahres für den Frieden ohne territoriale und wirtschaftliche Vergewaltigung bereit erklärt und daß seine heutige Regierung dieses Programm wieder aufgenommen hätte. Und man darf annehmen und muß verlangen, daß die gegenwärtige Leitung des Deutschen Reiches die Situation besser zu nutzen verstehen wird als das in den vielen Monaten seit Ausbruch der russischen Revolution der Fall gewesen ist. Von dem Aprilmanifest hat man bei uns die richtige Anwendung nicht gefunden. Jetzt nach der Novembererklärung muß das Versäumte gutgemacht werden. Das ist ja auch der Sinn der Friedensresolution, die inzwischen der Reichstag am 19. Juli angenommen hat. Diese stellt nicht, wie alle ihre zahlreichen Gegner, die in ihren politischen Sinn gar nicht eingedrungen sind, meinen, irgendein nebelhaftes Gebilde dar, sondern sie soll die klare, bejahende Antwort auf den Entschluß des neuen Rußlands darstellen. Sie bedeutet konkret die östliche Orientierung unserer Politik. Wenn es dabei bleibt (und das zu bewirken muß unsere eigene Sache sein, wir dürfen da die Verantwortung nicht auf andere Instanzen abwälzen), so ist alle Aussicht vorhanden, daß wir im Osten bald zu einer wahrhaften und endgültigen Verständigung gelangen.

Und darauf kommt es an. Nicht etwa darauf Erfolge zu erzielen, die im Hinblick auf die Zukunft Deutschlands und seine spätere Sicherheit nur Scheinerfolge sein würden. Nichts kurzzeitiger als die Auffassung derer, die da glauben aus dem geschwächten Rußland sich jetzt eine leichte Beute holen zu sollen. Sie wäre mit dem Preis einer spätern dauernden Feindschaft Rußlands und damit dem Preis unserer Zukunft wirklich teuer be-

zählt. Ein deutscher Kenner russischer Verhältnisse, der während des ganzen Krieges auch in Rußland war und erst jetzt zurückgekehrt ist, hat in der Vossischen Zeitung am 4. Dezember eine Unterredung wiedergegeben, die er mit einem führenden Mitglied des revolutionären Zentralkomitees kurz vor seiner Abreise hatte. Es sind sehr beachtenswerte Äußerungen, deren Bedeutung man bei uns in vollem Umfang erkennen sollte. Dieser führende russische Politiker gab zunächst zu bedenken, »daß Kriegsmüdigkeit nicht gleichbedeutend mit der Geneigtheit ist den Frieden um jeden Preis zu erkaufen. Man kann sehr wegmüde sein, trotzdem aber die Überschreitung des Gefängnistores scheuen: ungeachtet der dort winkenden Ruhe.« Und er führte dann sehr richtig aus, daß das »wohlverstandene Interesse Deutschlands« es gebiete »den berechtigten Nutzen nicht in Länderbeute auf Kosten und mit Zerstückelung Rußlands zu suchen, vielmehr in der Erhaltung eines kaufkräftigen, mit dem Deutschen Reiche handelspolitisch und finanzwirtschaftlich eng angeschlossenen Rußland«. Gleichviel wie das Schicksal der bolschewistischen Regierung sein werde, auch jede nach ihr kommende würde den einmal auf dieser Grundlage geschaffenen Friedensbestand anerkennen: »Ihn freudig und ohne Hintergedanken in Erfüllung zu bringen ist Aufgabe eines Friedensinstruments, das nach der Verkündung der deutschen Regierung eine ehrenvolle Beilegung des entstandenen Kampfzustandes für beide Teile und die Garantie für dauernd friedliches Nebeneinanderleben darstellt.«

Was dieser russische Politiker sagte, ist genau das, was auch hier von jeher vertreten wurde. Es wird sich jetzt darum handeln das in die Praxis zu übersetzen. Die deutsch-russische Verständigung bildet das Kardinalproblem; alle übrigen Forderungen müssen ihm untergeordnet werden. Diese Verständigung schließt auch die wahrhafte Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker ein. Meint man es mit diesem Selbstbestimmungsrecht wirklich ernst, so wird man nie daran denken etwa lauter kleine Nationalstaaten losgelöst aus dem bisherigen wirtschaftlichen und staatlichen Zusammenhang zu etablieren. Man wird vielmehr darauf Bedacht haben, daß die kleinen Völker unter voller Berücksichtigung ihrer nationalen Wünsche politisch und wirtschaftlich in großen Staatenverbänden bleiben. Denn nur auf diese Weise vermögen sie den für ihr nationales Eigenleben unentbehrlichen materiellen Rückhalt zu finden, ohne den ihre Selbständigkeit doch nur Schein wäre. Der gegenwärtige Krieg hat sicherlich den Beweis dafür geliefert, daß nur in der Zusammenfassung zu großen Verbänden das Heil der Zukunft liegt. Nur in deren Rahmen vermag die kleine Nation ein selbständiges nationales Leben zu führen. Nicht die Zertrümmerung der bisherigen Gemeinschaft, ihre Auflösung in eine Anzahl kleiner, schwacher Gebilde, wie die Entente sie erstrebt, kann das Ziel des Krieges sein. Das würde nur zur politischen Ohnmacht des festländischen Europas führen und in Wirklichkeit den Untergang jeglicher nationalen Freiheit für die meisten Völker bedeuten. Das gilt für Österreich-Ungarn nicht minder als für Rußland. Und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker dürfen weder die Wünsche von Notabelnversammlungen maßgebend sein noch Absplitterungsversuche unter wie auch sonst gearteten Vorwänden. Ganz verfehlt wäre es auch an die Errichtung von Pufferstaaten zur Friedenssicherung denken zu wollen. Gerade die Pufferstaatentheorie ist in diesem Krieg zusammenge-

brochen (siehe Belgien). Übrigens vermag keine Grenzsicherung zum Schutz des Landes so viel zu leisten wie eine den wirklichen Interessen zweier Nachbarvölker entsprechende aufrichtige Verständigung. Nur diese vermag zukünftigen Zwist zu bannen. Haben wir Rußland zum Feind, so werden uns keine künstlich geschaffenen Zwischenstaaten im Osten wirklich helfen; sie werden eher noch das russische Gewicht verstärken. Haben wir Rußland zum Freund, so brauchen wir solche Mittelglieder nicht, die nur die Quelle neuer Konflikte werden können.

Eine solche Verständigung schließt jegliche Begünstigung separatistischer Bestrebungen der Völker Rußlands durch Deutschland aus. Was wir für alle diese Völker zu erstreben haben, das ist nationale Autonomie im Rahmen des freien Rußlands. Eine russische Völkerföderation ist das Endziel, ein freier Bund, wie ihn die revolutionäre Regierung Rußlands sofort als ihr eigenes Programm aufgestellt hat. Wollten wir aber über diese Autonomie hinaus den Separatismus fördern, so würden wir, wie oben angedeutet wurde, der wirklichen nationalen Selbständigkeit dieser Völker nicht im mindesten dienen. Wohl aber würden wir die Hegemonie Großbritanniens in Europa wieder aufrichten helfen und damit auch der künftigen Selbstbestimmung aller dieser Nationen und vor allem auch Deutschlands selber einen tödlichen Stoß versetzen. Wir brauchen ja nur zu sehen, was England selbst erstrebt, um zu erkennen, was für uns das Richtige wäre. In den von den deutschen Zeitungen am 1. Dezember wiedergegebenen Mitteilungen über die von den Bolschewiki veröffentlichten Geheimdokumente befindet sich ein Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Bern vom 4. Oktober 1917. Es betrifft die öfter erwähnte Berner Finanzkonferenz, auf der englische und deutsche Teilnehmer mit einander gesprochen haben sollen. Dort hat sich nun ein englischer Teilnehmer dahin geäußert, Deutschlands Ziel sei Rußland in viele kleine Staaten zu zerlegen. Und weit entfernt diesem angeblichen Bestreben zu widersprechen meinte er vielmehr: für England scheinere »die Zerlegung Rußlands in einige kleine Staaten annehmbar, um so mehr als im Falle einer Schwächung Rußlands England in Asien freie Hand erhalten wird«. Ich denke, diese, an sich vollkommen richtige Auffassung des englischen Konferenzteilnehmers sagt uns Deutschen mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, wie wir uns in dem jetzt herannahenden wichtigsten Augenblick des Krieges zu verhalten haben. Ist es überhaupt noch möglich hier das Falsche zu tun? Wir müssen dem russischen Reich einen ehrenvollen Frieden bieten, der es in den Stand setzt sofort mit dem Wiederaufbau seiner Wirtschaft zu beginnen. Einen andern als einen ehrenvollen Frieden kann ja auch keine russische Regierung annehmen, gleichviel ob sie aus Bolschewiki, aus koalitierten Sozialisten oder aus sonstwem besteht. Eine Regierung, die einer in welcher Form auch immer erfolgenden Abtrennung wichtiger russischer Gebiete zustimmte, würde nach kurzer Zeit hinweggelegt werden. Daß sich darüber auch die gegenwärtige Leitung Rußlands nicht im unklaren ist, geht zweifelsfrei aus einer Rede hervor, die Trotzki vor kurzem vor den Sowjets über die internationale Lage hielt. Er sagte dort: »Wir werden bei den Verhandlungen auf der Hut sein und nicht zulassen, daß die Grundsätze eines allgemeinen Friedens, für den die russische Revolution kämpft, weggedeutet werden. Wir werden keine Ausflüchte dulden und sowohl an unsere Verbündeten wie an unsere Feinde entschiedene Forderungen stellen.« Das Selbstbestimmungsrecht der Völker gehört zu diesen

Forderungen. Die Entente sucht sie im Sinn des Separatismus gegen Österreich auszunutzen. Wir wollen nun nicht unsererseits die Meinung verstärken helfen, als ob Selbstbestimmung identisch mit Separatismus wäre. Die Konsequenzen, die sich hieraus für unser Verhalten zum russischen Reich ergeben, sind klar. Sie müssen aber auch aus dem Gesichtspunkt deutscher weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Tätigkeit auf Jahrzehnte hinaus gewertet werden.

Wir wollen und brauchen einen langen, ungetrübten Frieden. Denn eine ungeheure Fülle schwierigster Arbeit wartet auf uns. Nicht nur die Arbeit des Wiederherstellens sondern auch die eines vollständigen Neuaufbaus auf weltwirtschaftlichem Gebiet. Ob dieser uns gelingen wird, hängt von der Art des Friedens ab, der mit Rußland zustande kommt. Aller Wirtschaftskrieg nach dem Krieg gegen Deutschland wird von nicht allzu langer Dauer sein können, wenn die russische Wirtschaft uns freundlich zur Seite steht. Er wird indes erfolgreich sein, sobald uns Rußland verschlossen bleibt. Die Friedensströmung, die in England sich zeigt, beweist, daß man dort die kontinentale Verständigung herannahen sieht und sie hintertreiben möchte. Bisher war der Frieden unter den europäischen Festlandsvölkern leider nur vorübergehend. Wird er dauernd, so hat die Stunde der britischen Suprematie geschlagen. Dann, aber nur dann, wird auch ein friedliches Nebeneinander mit England möglich sein. Erst also müssen wir diese Voraussetzung schaffen, so daß England keine andere Wahl bleibt. Lassen wir uns dagegen durch englische Avancen von unserm Weg ablenken, so werden wir weder im Osten noch im Westen einen Frieden finden, der uns als gleichberechtigte Macht bestehen läßt. Möchte das ganze deutsche Volk doch dieser Zusammenhänge eingedenk sein, wenn seine politische Leitung an die Aufgabe herantritt den Frieden wiederherzustellen. Nur dann werden seine wahren und dauernden Interessen, und mit ihnen die Zukunft Europas überhaupt, gesichert werden können.

## MAX SCHIPPEL · ENGLAND UND DIE DEUTSCH- RUSSISCHE ANNÄHERUNG

**L**MMER schärfer erkennen bei uns weitere Kreise die eine grundlegende europäische und weltpolitische Aufgabe der Gegenwart: Gegensätze zwischen den festländischen Großmächten nach Möglichkeit zu verhüten und auszugleichen und dadurch dem englischen Übergewicht, das bisher bei allen großen Völkerentscheidungen ausschließlich seinen allbritischen Interessen der einseitigsten Sec- und Kolonialherrschaft zu folgen vermochte, einen Bund der nach internationaler wirtschaftlicher und weltpolitischer Gleichachtung und Gleichberechtigung strebenden Länder entgegenzustellen.

In den Mittelpunkt dieser großen ökonomischen Befreiungsbewegung, deren hervorragende industrielle Wortführer sich vor Generationen bereits in der Listschen Schule zusammenfanden<sup>1)</sup>, ist jedoch mehr und mehr das Verhältnis zwischen den beiden großen Nachbarreichen Deutschland und Rußland gerückt. Man kann heute ruhig sagen, daß der Krieg für England ver-

<sup>1)</sup> Über die Listsche Schule siehe Schippel Grundzüge der Handelspolitik /Berlin 1902/, Seite 89 ff., und England und wir /Berlin 1917/, Seite 172 ff.

loren oder gewonnen sein wird, je nach der Sicherung oder Aussichtslosigkeit dieses kontinentalen und vor allem deutsch-russischen Zukunftsprogramms und jedenfalls viel weniger je nach den, zunächst allerdings sichtbareren und handgreiflicheren unmittelbaren territorialen und rein militärischen Ergebnissen des formalen Friedensschlusses. Bei diesem kommt es <was zu einem guten Teil sowohl unsere Annexionisten wie unsere Pazifisten gleichermaßen außer acht lassen> viel weniger auf das an, was jeder Kriegsbeteiligte am Ende der blutigen Wirren im einzelnen mit nach Hause bringt, als vielmehr darauf, unter welcher Staatengruppierung und unter welchen allgemeinen Voraussetzungen die Neuentwicklung Europas nach der Schließung des Janustempels erstmals einsetzen und stetig fortschreiten wird.

England hat die Wichtigkeit des kontinentalen Zusammenstehens seit jeher zutreffend eingeschätzt. Wo sich Ansätze dazu zeigten und ausbildeten, arbeitete die englische Politik in vollster Überlegung auf neue Konfliktsursachen hin, im Notfall durch verschwenderische Angebote und Zuteilungen an die eine Staatengruppe, nur um die andere durch das erweckte Gefühl der Enttäuschung und Zurücksetzung zu später unausbleiblichen Gegenschritten gegen die bevorzugte Macht herauszufordern. Über nichts zeigte sich die englische öffentliche Meinung, in den Höhen und in den Tiefen, jederzeit mehr erregt als über das selbständige Zusammenfinden von Großmächten, die andernfalls bei sich bietendem Anlaß gegen einander ausgespielt werden konnten. Lieber ist England für den Augenblick großzügig nachgiebig, wenn es nur für die Dauer genügend einer unabhängigen Festlandseinigkeit und damit einem unvermeidlichen künftigen Zwang zu fortgesetztem Entgegenkommen und Sichbescheiden vorbeugen kann. England fühlt sich stark, soweit es die Kontinentalstaaten in mehrere Lager zerrissen sieht und sich infolgedessen befähigt glaubt durch seine Stellungnahme und sein Eingreifen den Ausschlag nach der ihm zusagenden Richtung geben zu können.

Alle diese Erfahrungen werden auch durch die deutsch-russischen Vorgänge bestätigt, die, mehr als ein Jahrzehnt zurückliegend, erst jetzt, angeregt durch die Burzewschen Veröffentlichungen aus russischen Geheimarchiven, durch die jüngsten Enthüllungen der deutschen Regierung in größerer <aber noch immer nicht in voller> Klarheit zu überblicken sind.<sup>2)</sup>

**D**AS Überraschende in diesen Mitteilungen ist, daß bereits in der Bülowperiode ein förmlich unterzeichnetes, obwohl anscheinend nur bedingungsweise gültiges deutsch-russisches Sicherungsabkommen gegen England erzielt wurde. Die beiden Kaiser vereinbarten am 24. Juli 1905 in Björkö, nach der deutschen Darstellung, und zwar vor allem in Hinblick auf England, »daß sie alles in ihrem Machtbereich Liegende tun würden, um die Übereinstimmung der beiderseitigen Volksinteressen im Falle drohender Kriegsgefahr auch durch die Tat zu bekunden, indem sie fremde Friedensstörer gemeinsam zur Ruhe verwiesen und, wenn dies erfolglos bleiben sollte, einander nötigenfalls auch mit den Waffen Beistand gewährten. Sie kamen ferner dahin überein, daß versucht werden sollte Frankreich zum Anschluß an diese die Wohlfahrt Europas besser als jede Kriegsrüstung sichernde Politik des Zu-

<sup>2)</sup> Siehe Depeschenwechsel zwischen dem deutschen Kaiser und dem ehemaligen Zaren von Rußland, in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 11., 12., 13. und 14. September 1917.

sammengehens in der Abwehr aller friedensfeindlichen Mächtschaften zu bewegen.« Nach anderweitigen Ergänzungen wäre die Vertragsurkunde vom Staatssekretär von Tschirschky als Vertreter des Auswärtigen Amtes gegengezeichnet worden.<sup>3)</sup> Nach Auslassungen Iswolskijs hätte der Zar »den alten Admiral Birelew beauftragt in seinem Namen zu unterzeichnen, der Admiral habe den Befehl auch ausgeführt, ohne aber den Vertrag gelesen zu haben, da der Zar den Text mit der Hand verdeckt habe«. Gegenstandslos wäre nach Iswolskij der Vertrag dadurch geworden, daß der Anschluß Frankreichs (den man sich danach also als Vorbedingung des wirklichen Inkrafttretens denken müßte) nicht erlangt werden konnte. Schon in der ersten Hälfte des Septembers 1905 habe der russische Botschafter Osten-Sacken von diesem negativen Ergebnis die deutsche Regierung förmlich in Kenntnis gesetzt:

»Der Zar habe ihm [Iswolskij] vor der Zusammenkunft in Swinemünde im Sommer 1907 erklärt, er bereue den Bündnisplan von Björkö und sei entschlossen nicht mehr auf jene Beschlüsse zurückzukommen. In seiner ersten Unterredung mit dem Fürsten Bülow, der den Kaiser nach Swinemünde begleitete, habe er, Iswolskij, ausdrücklich mitgeteilt, die russische Regierung betrachte den Vertrag von Björkö für null und nichtig. Fürst Bülow habe diese Erklärungen ohne Widerspruch entgegengenommen.«<sup>4)</sup>

Selbst mit diesen Ergänzungen bleibt, wie gesagt, der Bericht nicht ohne Lücken und Unklarheiten. Aber an der grundlegenden Tatsache des schriftlich niedergelegten Vertrags selber bleibt kein Zweifel mehr möglich, obwohl seltsamerweise in der Deutschen Politik des Fürsten von Bülow jeder Hinweis darauf fehlt. Ferner ergibt die Veröffentlichung in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, daß sich die damalige russisch-deutsche Annäherung mit einer gewissen innern Folgerichtigkeit und, wenigstens was die deutsche Seite anlangt, nicht ohne eine bestimmte weiterschauende Zielsetzung vollzog.

England suchte damals mit allen, zum Teil mit den aufreizendsten Mitteln, die deutschen Kohlenlieferungen für Rußland (immer an Einzelfirmen und meist nach neutralen Häfen) zu verhindern, obwohl Japan sich stets auf die gleichwertige englische *Neutralitätsbetätigung* verlassen konnte; und heute dürfen wir hinzufügen: obwohl sonst nach englisch-amerikanischer Auffassung sogar die unverhüllteste Kriegsmaterialienlieferung ein Grundrecht der Neutralen bildet, das nur durch Aufbringung und Wegnahme seitens der Kriegführenden selber seine Einschränkung erhält. Die englische Regierung nahm bei ihrer ganz unbegründeten Einmischung gar noch die Miene fürsorglichen Wohlwollens an: Japan könne sich durch die Kohlenlieferungen zur Kriegserklärung veranlaßt sehen, und England müsse alsdann auf japanisches Ersuchen hin den Bündnisfall als gegeben betrachten:

»Schon damals war man, genau wie heute, in London der Ansicht, daß die Freiheit der Meere nur für England Gültigkeit habe. . . Die englische Regierung verstieg sich sogar dazu deutsche Dampfer, die in englischen Häfen Kohlen einnahmen, am Auslaufen zu verhindern, und begründete dies mit dem Vorwand, daß die Neutralitätspflicht es verlange.«

Für Rußland lag die gemeinsame Abwehr der englischen Anmaßung damals

<sup>3)</sup> Siehe Hausmann Kaiser und Zar im Jahr 1905, im Berliner Tageblatt vom 16. September 1917.

<sup>4)</sup> Siehe Iswolskij über Björkö, in der Vossischen Zeitung vom 16. September 1917. Mit einem Diplomatenkniff älteren Geuses spricht Iswolskij von einem »Hofbeamten, dem alten Admiral Birelew« als Unterzeichner. Hofbeamter mag Birelew auch gewesen sein, tatsächlich aber war er damals vor allem russischer Marineminister.

erst recht nahe, denn die ganze japanische Kriegserklärung und Kriegführung ruhte auf dem englisch-japanischen Vertrag, der das Nichteingreifen jedes dritten Staates verbürgte, weil alsdann ganz automatisch die britische Macht für die japanische Seite in die Wagschale gefallen wäre. Nach den Vorschlägen des deutschen Auswärtigen Amtes empfahl deshalb eine Depesche des Kaisers vom 27. Oktober 1904 »dieser neuen Gefahr gemeinsam zu begegnen«; für Frankreich blieben dabei die im Zweibündnisvertrag übernommenen Verpflichtungen:

»Auf diese Weise würde eine machtvolle Vereinigung der 3 stärksten Festlandsmächte gebildet werden, die anzugreifen sich die anglo-japanische Gruppe zweimal überlegen würde.«

2 Tage darauf antwortete der Zar unter Hinweis auf die »gewagten Schritte und frechen Noten« Englands während der gleichzeitig sich entwickelnden Doggerbankauseinandersetzungen:

»Ich stimme völlig Deinen Beschwerden bei über Englands Verhalten hinsichtlich der Kohlenversorgung unserer Schiffe durch deutsche Dampfer, während es sich auf Bestimmung versteht die Neutralität auf seine eigene Art zu wahren. Es ist sicherlich hohe Zeit dem ein Ende zu machen. Das einzige Mittel wäre, wie Du sagst, daß Deutschland, Rußland und Frankreich sich sogleich über eine Abmachung verständigen sollten, um die englisch-japanische Anmaßung und Unverschämtheit zunichte zu machen. Möchtest Du die Umriss eines solchen Abkommens niederlegen und abfassen und es mir mitteilen? Sobald es von uns angenommen ist, wird Frankreich genötigt sein sich seinem Verbündeten anzuschließen. Diese Verbindung hat mir oft vorgeschwebt. Sie wird den Frieden und die Ruhe der Welt bedeuten.«

Als Zwischenstufe zu dem Björköer Vertrag vom Juli 1905 stoßen wir dann auf einen Notenaustausch vom 28.-29. November 1904, bei dem zunächst Deutschland der russischen Regierung die Frage vorlegt, »ob sie sich verpflichtet Deutschland mit allen Mitteln, über die sie verfügt, in allen Schwierigkeiten beizustehen, die infolge von Kohlenlieferungen an die russische Flotte während des gegenwärtigen Krieges entstehen könnten:

„Sollte es der kaiserlich russischen Regierung nicht möglich sein . . . eine Zusage in diesem Sinne zu geben, so würde sich die deutsche Regierung genötigt sehen hinsichtlich der Kohlenversorgung ohne Verzug die Maßnahmen zu treffen, die die Sicherheit des Reiches erfordert.«

Was wohl nur als ein Hinweis auf ein unter Umständen mögliches deutsches Verbot weiterer Kohlenverschiffungen zu verstehen ist. Die bestimmte Frage erwidert Rußland mit einer ebenso bestimmten Bejahung, wobei Lamsdorff weitergespannten Erwartungen für die Zukunft Ausdruck gibt:

»Diese gegenseitige Gewähr der beiden benachbarten und befreundeten Kaiserreiche wird, hoffe ich, zu ihrem völligen Einvernehmen beitragen, das bei der gegenwärtigen Lage für ihre wechselseitigen Interessen so wesentlich und wünschenswert ist.« Obwohl die jetzige deutsche Ausgrabung wichtige Bindeglieder offenbar ausläßt, so genügt das Gesagte dennoch, um das erwähnte Abkommen von der Birkeninsel als vorläufigen Schlußpunkt einer zeitweise festgehaltenen politischen Steuerrichtung erscheinen zu lassen.



IE verliefen nun gleichzeitig die entsprechenden englischen Stimmungskundgebungen und politischen Gegenzüge, da die Einzelheiten der sich vollziehenden deutsch-russischen Annäherung zwar für die weite Öffentlichkeit geheim gehalten wurden, aber selbst da in ihrer Gesamtrichtung unmöglich vollkommen unbemerkt bleiben konnten? In der Tat ist es nicht ohne Reiz die englischen



Zeitungen und Zeitschriften jener spannungsvollen Tage von neuem zu überblättern.

Die Times wiesen bereits Mitte September 1904 auf die heraufziehende Gefahr hin. Über dem ostasiatischen Krieg dürfe man die »gleich wichtigen Entwicklungen« in den weniger fernliegenden Gebieten nicht übersehen, und hierbei stehe die deutlich erkennbare gegenseitige Anlehnung zwischen Deutschland und Rußland in erster Linie. In allem, was den Fernen Osten angehe, seien die Beziehungen zwischen Petersburg und Berlin bereits intimer als zwischen Petersburg und Paris. Die deutsche Regierung glaube zweifellos an gleichlaufende deutsche und russische Interessen im Fernosten und erachte für die entsprechende Gewinnung Rußlands offenbar seit dem Ringen mit Japan »den psychologischen Moment für gekommen, auf den der deutsche Kaiser ungeduldig harrete«. Nach Aufzählung der auffälligsten deutschen Unterstützungen für Rußland, die nur aus weitreichenden Plänen erklärt werden könnten, glauben die Times auf Grund »guter Autorität« enthüllen zu können, daß gleichzeitig mit dem Aufenthalt Wittes in Norderney und den Verhandlungen mit Bülow, zunächst über den Abschluß eines neuen Handelsvertrags, ein förmliches allgemeines Abkommen zwischen den beiden Mächten erreicht worden sei. Man könne kaum annehmen, daß es nur dem Fernosten gelte; für diesen sei aber Rußland die deutsche Beihilfe für den Friedensschluß verbürgt, andererseits Deutschland freie Hand in China, »also da, wo es auf britische Interessen stößt«. Die alten Überlieferungen des deutsch-russischen Zusammenstehens seien in einflußreichen russischen Kreisen noch immer sehr rege. Gelange man zu einer Wiederbelebung des alten Vertrauensverhältnisses wie zur Zeit Alexanders II. und Wilhelms I., so würde dies auf »eine vollkommene Umwälzung der internationalen Beziehungen« hinauslaufen:

»Amtliche Ablehnungen werden sicherlich diesen Feststellungen entgegengehalten werden. Aber wer die Geschichte unserer Zeit kennt, wird sich erinnern, daß Deutschland schon früher einmal einen Rückversicherungsvertrag mit Rußland schloß, von dem beide Parteien nichts verlautbaren ließen, bis der deutsche Kanzler, nach seinem Fall, ihn für seine eigenen Zwecke bekanntgab. Die Wichtigkeit der zwischen Petersburg und Berlin neu eingegangenen Verpflichtungen übertrifft jene des Bismarckschen Rückversicherungsvertrags in dem gleichen Maße, wie der Bereich der Weltpolitik Wilhelms II. jenen der alten Bismarckschen Staatskunst überholt, die sich im wesentlichen auf die Mächtegruppierung innerhalb Europas beschränkte. . . Deutschland, teilt man uns mit, wird bei dem Friedensabschluß Rußland zur Seite stehen, und Rußland andererseits wird Deutschland freie Hand, und vielleicht mehr, lassen, um seine fernöstlichen Pläne zu verwirklichen: zweifellos auf Kosten Englands [at the expense of England].«<sup>5)</sup>

Als ein paar Wochen darauf auf die frühere, seit 1891 und dem Erlöschen der Bismarckschen Rückversicherung unterbrochene Einrichtung zurückgegriffen wird der nächsten persönlichen Hofumgebung der Herrscher einen militärischen Vertrauensmann der Gegenseite zuzuteilen, »kann dies nur als die öffentliche Bekundung des deutsch-russischen Einverständnisses beurteilt werden, zu dessen Ablehnung das Presseamt der Wilhelmstraße so viel Tinte verschwenden mußte.«<sup>6)</sup> Die ersten Ausbrüche der Enttäuschung und des Großen waren in London um so heftiger, weil die Wirkung der eben erzielten englisch-französischen Entente cordiale /8. April 1904/ und der ersten fran-

<sup>5)</sup> Siehe *Russia and Germany* (Korrespondenz und zusammenfassender und begleitender Leitartikel), in den *Times* vom 14. September 1904.

<sup>6)</sup> Siehe den Leitartikel der *Times* vom 24. Oktober 1904.

zösisch-italienischen Fühlungen mehr als ausgeglichen erschienen. Der »deutsche Generalstab« atme auf, weil die Gefahr eines Zweifrontenkrieges in weite Ferne rücke:

»Die Gefügigkeit der preußischen Behörden anlässlich des Königsberger Prozesses zeigt, wie ängstlich man jede Empfindlichkeit Petersburgs zu schonen bemüht ist. Die Niederlagen und die wachsende finanzielle Erschöpfung Rußlands heben für ein halbes Menschenalter die Befürchtungen vor einem russischen Angriff auf, und man brauchte sich kaum zu wundern, wenn bei der nächsten deutschen Friedenspräsenz-erhöhung nur ein Drittel des ursprünglich ins Auge Gefaßten gefordert würde. Was dies für den Grafen von Bülow bedeutet, kann man sich leicht vorstellen. . . Der [asiatische] Krieg bringt ihm Hilfe und gewährt ihm und seinem Kaiserlichen Herrn eine vortrefflich auszunutzende Situation. Beide bemühen sich denn auch sie bis zum äußersten auszunutzen.«<sup>7)</sup>

Eine Zeitlang scheint man auf die Reizung Österreich-Ungarns gegen Deutschland einige Hoffnungen zu setzen. Der früher fertige russische Handelsvertrag müsse Österreich-Ungarn in eine Zwangslage bringen und schädigen. Selbst eine Mitteilung »aus wohlunterrichteten Kreisen [from a well-informed quarter]« wird von den Times nicht verschmäht: man gehe in Petersburg und Berlin mit dem Gedanken um unter sich die Balkanfragen zu regeln, »zwischen Rußland einerseits und andererseits Deutschland, als dem voraussichtlichen Erben der österreichisch-ungarischen Balkaninteressen«. Ein andermal wird sogar mit der Miene des lückenlos Eingeweihten versichert, der Kaiser habe unumwunden die Teilung Österreich-Ungarns zur Sprache gebracht: unter Anfall Polens, Böhmens und der anderen slawischen Gebiete an Rußland, während dem Reich die deutschen Landesteile und der Zugang zum Adriatischen Meer zudedacht waren. Dies sei in Björkö zwischen beiden Monarchen, und später nochmals in Rominten zwischen dem Kaiser und dem Grafen Witte diskutiert worden.

Dann tritt mehr das aussichtsvollere Bestreben hervor durch die Einwirkung auf Frankreich Rußland vor den entscheidenden Entschlüssen zurückzuhalten. Die in den Keimen längst vorhandene Bewegung für eine unmittelbare englische Annäherung an Rußland spricht sich bestimmter aus, und sie hat wesentlich dazu beigetragen die zunächst nur locker in geheimen Verhandlungen und persönlichen Freundschaften wurzelnde deutsch-russische Annäherung wieder zu Fall zu bringen. Schon gegen Ende Juni 1905 erörtern die Times die Frage, ob ein allzu geschwächtes Rußland im Interesse Englands und Frankreichs liege, und ob es nicht besser sei die Stoßkraft eines bei Kräften bleibenden Rußlands von Ostasien abzulenken und wieder, wie früher, dem Balkan zuzukehren: diesmal natürlich im Gegensatz vor allem zu Deutschland mit seinen türkisch-asiatischen Interessen.<sup>8)</sup> Das Spiel beginnt kräftiger, das England sehr bald gegenüber Rußland gewann.



B die deutsche Politik des Jahres 1904-1905, wenn sie sich weniger auf Personen wie den ewig wankelmütigen, planlos hin- und herschwankenden Zaren gestützt hätte, wenn sie weniger sprunghaft unvermittelt und um so mehr ruhig und fest angelegt gewesen wäre, wohl vermocht hätte ihren Zielen, der Verwirklichung eines an sich ganz richtigen, heute erst recht einleuchtenden welt-

<sup>7)</sup> Siehe *The Russo-German Understanding* (Wiener Korrespondenz), in den Times vom 23. September 1904; hier auch die folgende Stelle über die russisch-deutsche Balkanpolitik. Über die Aufteilungspläne siehe *Great Britain and Russia*, in den Times vom 26. Oktober 1905.

<sup>8)</sup> Siehe *The Tsar and the Position of Russia*, in den Times vom 20. Juni 1905.

politischen Grundgedankens, näher zu kommen? Da die jetzigen Veröffentlichungen vieles damals von deutscher Seite Unternommene weiter im Halb- und Gaudunkel lassen, da vor allem die Gegenzüge Englands nach wie vor nur zu ahnen, nicht bis ins einzelne zu verfolgen sind, so läßt sich ein Urteil schwer bilden. Auch in der Deutschen Politik des Fürsten Bülow sucht man vergebens nach hinreichenden Aufklärungen über diese Periode.

Zugestehen kann man, daß bei alledem Deutschland von vornherein und fast immer an weit ungünstigere Voraussetzungen gebunden war als die Politik Englands, die allerdings durch die Konzentration und Stetigkeit ihrer Zielsetzung die Gunst der Lage noch weiter zu erhöhen verstand. England konnte vor allem die russischen, französischen, italienischen und sonstigen Appetite nach Teilen der europäischen und asiatischen Türkei beliebig anreizen und zu befriedigen versprechen. Die deutsche Politik mußte sich hier bescheiden, sie mußte sogar entschieden abwehren, weil ohne die Erhaltung und Stärkung der Türkei eine jahrzehntelange wertvolle und unentbehrliche Arbeit zusammenzuberechnen drohte. Vielleicht war es übertriebene Vorsicht, wenn der erfahrene Freiherr von Marschall seinerzeit den Schluß zog:

»Wenn wir Marokko trotz Damaskus und Tanger jetzt preisgeben, so verlieren wir mit einem Schläge unsere Stellung in der Türkei und mit ihr die Vorteile und Zukunftsaussichten, die wir uns durch jahrelange Arbeit mühsam erworben haben.«<sup>1)</sup> Jedenfalls, selbst hier und gegenüber Frankreich vermochte Deutschland unmöglich in Versprechungen und Verschenken mit England zu wetteifern. Sogar dem eigenen Dreibundgenossen Italien konnte Deutschland nicht die Erbschaften anbieten, mit denen England um so seelenruhiger zu locken vermochte, weil ihm bei der in Gang gebrachten Nachlaßteilung immer noch der Löwenanteil zu fallen mußte. Balkanvölker und andere Staaten auf Kosten Österreich-Ungarns zu gewinnen war Deutschland erst recht nicht in der Lage. Manches schwankende, zweideutige Lavieren, selbst eine gewisse Beimischung von Macchiavellismus mag auch mit der damals noch so überaus bedenklichen maritimen Schwäche Deutschlands zusammenhängen, die für die kritische Übergangszeit zu äußerster Vorsicht gegenüber England mahnte. Es wäre also unrecht die größeren Erfolge der britischen Diplomatie ausschließlich der Minderwertigkeit der deutschen politischen Leitung zuzuschreiben.

Aber neben dem Versuch der Annäherung an Rußland lief 1904-1905 das gewagte Spiel mit Frankreich, dem Bundesgenossen Rußlands und dem zukünftigen Partner des angeblich erstrebten antienglischen Kontinentalbundes: ein Vorgehen, das England allerdings rücksichtslos und geschickt zur Entflammung der festländischen Staatengegensätze zu gebrauchen verstand. War es wirklich ein Programm der Vereinigung der Festlandsmächte gegen die britische weltpolitische Alleinherrschaft und Monopolstellung, das damals den Förderern der deutsch-russischen Annäherung vorschwebte? Oder war es abermals nur eine vergängliche Neigung, vielleicht nur zur leichteren Erringung äußerlicher Triumphe gegenüber Frankreich in der Marokkofrage: ein vorübergehendes Nutzensaugen aus einer augenblicklichen weltpolitischen Konjunktur, hinter der man herzlich wenig an eine dauernde Neugestaltung der Zukunft Deutschlands und Europas dachte?

<sup>1)</sup> Siehe Fürst von Bülow Deutsche Politik (Berlin 1916), Seite 108.

## LUDWIG QUESSSEL · WIRTSCHAFTSIMPERIALISMUS UND HANDELSKRIEG



IN einem seiner letzten Artikel, den Schmoller in der Tagespresse veröffentlichte, legte er dar, daß im 18. Jahrhundert ein Nationalökonom, der bestritten hätte, daß Handelseifersucht Kriege hervorrufen könne, kaum zu finden gewesen wäre. In der Tat zeigte die Erfahrung jener Tage, daß so schwer, ja unmöglich, es im Frieden war dem Handel einer feindlich gesinnten Macht anders als durch friedlichen Wettbewerb beizukommen, so leicht dagegen im Krieg die Gewalt wirksame Mittel bot, um tödliche Schläge gegen den feindlichen Handel zu führen. In erster Linie war im Krieg natürlich der überseeische Handel dem Zugriff des Feindes ausgesetzt. Nach den Regeln des Kaper- und Kreuzerkriegs konnte jeder Staat der feindlichen Macht Handelsschiffe wegnehmen und, wenn seine Seemacht dazu ausreichte, durch Blockade der feindlichen Häfen den überseeischen Handel des Feindes während des Krieges gänzlich unterbinden. Dazu kam, daß die zur See überlegene Macht in der Regel auch in der Lage war die Kolonien des Gegners zu besetzen und die dort vorhandenen feindlichen Handelsniederlassungen und Plantagen zu zerstören. Während des Krieges hatte die zur See stärkere Macht mithin reichlich Gelegenheit den feindlichen Handel zu schädigen, und je länger sie den Kaper- und Kreuzerkrieg gegen die feindliche Schifffahrt, die Blockade gegen die feindlichen Häfen und die Besetzung der feindlichen Kolonien aufrechterhalten konnte, um so schwerer und anhaltender mußten die Schädigungen werden, die der feindliche Handel erlitt. Mit dem Eintritt des Friedens hörten alle diese Schädigungen gewiß wieder auf. Allein, hatte der Krieg eine Reihe von Jahren gedauert, so war der größte Teil der Handelsschiffe der zur See schwächeren Macht in den Besitz des Feindes übergegangen, ihre überseeischen Handelsbeziehungen waren durch die lange Blockade zerrissen und ihre Plantagen und Handelsniederlassungen in den Kolonien zerstört worden. So befand sich der Handel der zur See schwächeren Macht beim Friedensschluß im Zustand eines Kriegsinvaliden, der zwei Beine und einen Arm verloren hat, und dem wenig damit geholfen war, daß er mit Eintritt des Friedens wieder das Recht erhielt sich so frei und ungeniert zu bewegen wie in der Zeit vor dem Krieg. Man kann daher sehr wohl verstehen, daß die Nationalökonomien des 18. Jahrhunderts, die Augenzeugen des von England gegen Frankreich geführten Wirtschaftskrieges gewesen waren, nicht daran zweifelten, daß für das meerbeherrschende Britannien der Krieg ein durchaus taugliches Mittel war seine Handelssuprematie zu erhalten respektive wiederherzustellen. Friedrich List, dessen Jünglingsjahre in den großen Krieg Englands gegen das Kaiserreich fielen, neigte sogar der Auffassung zu, daß die Kriege Englands selbst gegenüber den Verbündeten solche Wirkung ausübten:

»England, Europa gegenüber, war immer eine Welt für sich. . . Infolge seiner Isolierung war England nicht allein von den nachteiligen Einflüssen der Landkriege frei, es schöpfte auch noch aus den Kontinentalkriegen ungeheure Vorteile für seine Manufaktur suprematie. . . Am sichtbarsten war der Vorteil, welcher der englischen Manufaktur suprematie durch die Kontinentalkriege zuzug, wenn England auf dem Kontinent Armeekorps unterhielt oder Subsidien zahlte. Dieser ganze Aufwand ging dann in der Form von englischen Fabrikaten nach dem Schauplatz des Krieges, wo diese Einfuhren mächtig dazu beitrugen den ohnehin schon schwer leidenden

Manufakturisten des fremden Landes niederzudrücken und den fremden Markt für immer der englischen Manufakturindustrie zu erobern; er wirkte ganz wie eine **zugunsten** der eigenen und zum Nachteil der fremden Fabrikation ausgesetzte **Ausfuhrprämie**. Auf diese Weise hatte die Industrie der Kontinentalländer jederzeit **mehr** durch die englische Allianz als durch die englische Feindschaft gelitten.<sup>1)</sup>

Man darf wohl annehmen, daß ein so helläugiger Beobachter wirtschaftlicher Vorgänge wie List die Erscheinungen, die er als Student noch selbst hatte betrachten können, richtig geschildert hat. Allerdings wollte er damit nicht sagen, daß die Kriege Englands gegen Frankreich allein aus dem Motiv entsprungen seien sich auf Kosten der Kontinentalvölker, der feindlichen und der verbündeten, zu bereichern. Er wußte sehr wohl, daß neben dem Streben nach Reichtum das Streben nach Macht die treibende Kraft der britischen Weltpolitik war, und daß in den Fällen, wo das Machtstreben der britischen Staatsmänner mit der Gewinnsucht der britischen Geschäftswelt in Konflikt geriet, die Gewinnsucht den Platz räumen mußte. Er gibt Adam Smith recht, daß für England »Macht immer wichtiger als Reichtum« gewesen sei, fährt dann aber fort:

»So ist es in der Tat: Macht ist wichtiger als Reichtum; warum aber ist sie wichtiger? Weil die Macht der Nation eine Kraft ist neue produktive Hilfsquellen zu eröffnen, und weil die produktiven Kräfte der Baum sind, an welchem die Reichtümer wachsen, und weil der Baum, welcher die Frucht trägt, wertvoller ist als die Frucht selbst. Macht ist wichtiger als Reichtum, weil eine Nation vermittelt der Macht nicht bloß sich neue produktive Quellen eröffnet sondern sich auch im Besitz der alten und ihrer früher erlangten Reichtümer behauptet, und weil das Gegenteil von Macht, die Unmacht, alles, was wir besitzen, nicht nur den Reichtum sondern auch unsere produktiven Kräfte, unsere Kultur, unsere Freiheit, ja unsere Nationalselbständigkeit in die Hände derer gibt, die uns an Macht überlegen sind.«<sup>2)</sup>

Schärfer und klarer als irgendein anderer seiner Zeitgenossen hat hier List den Grund dargelegt, warum für die englische Politik niemals das Gewinnstreben des Fabrikanten und Kaufmanns allein entscheidend war, sondern in kritischen Momenten immer der Standpunkt des *Helden* zum Durchbruch kam, für den »Macht wichtiger als Reichtum« ist, der ohne Zaudern Reichtum opfert, um Macht zu gewinnen, dem andererseits aber die Zusammenhänge zwischen Reichtum und Macht hinreichend klar sind, um zu wissen, daß es nicht genügt den Feind niederzuwerfen, sondern zur Behauptung der durch den Sieg gewonnenen Macht es auch notwendig ist die Quellen zu verschütten, aus denen der Wohlstand des Feindes floß. Als Feind hat die englische Politik aber immer nicht nur diejenige Nation angesehen, die durch territorialen Gewinn Englands Macht in irgendeinem Teil der Welt vermindern wollte, sondern auch dasjenige Volk, das allein durch friedlichen Wettbewerb seine Handelssuprematie bedrohte, weil diese in den Augen der britischen Staatsmänner nicht weniger ein Faktor der Macht war als die englische Herrschaft über weite Erdstriche und über die Hochstraßen des Weltverkehrs.

Kein Wunder, daß die älteren deutschen Nationalökonomien, als die ersten Blaubücher des Londoner Auswärtigen Amtes über die deutsche Wirtschaftskonkurrenz erschienen waren, sofort die Deutschland von der englischen Politik drohende Gefahr klar erkannten. Unter dem Eindruck der amtlichen Publikationen über die deutsche Handelskonkurrenz stehend, schrieb Albert Schäffle 1878 in der Münchener Allgemeinen Zeitung unter anderem:

<sup>1)</sup> Siehe List *Das nationale System der politischen Ökonomie*, Neudruck /Jena 1910/, Seite 134 ff.

<sup>2)</sup> Siehe List, am erwähnten Ort, Seite 126.

»Die Fortschritte unseres Seehandels seit 25, namentlich aber seit 10 Jahren, sind so gewaltig, unsere wirtschaftliche Bedeutung ist rasch so groß geworden, daß Deutschland von seiten der Rivalen her auf alles gefaßt sein muß. Man gebe sich darüber keiner Täuschung hin, daß die Engländer, wenn sie es nur irgend wagen können, bei erster Gelegenheit unserm Überseehandel und unserer Exportindustrie den Todesstoß zu geben suchen werden. . . Grund zur Eifersucht hat der riesige Aufschwung, welcher seit der Gründung des Reichs der Überseehandel, die Exportindustrie, die Reederei, der Schiffbau, die Gründung überseeischer Banken, die Beteiligung an auswärtigen Eisenbahnen und Plantagen genommen haben, in gerüttelt vollem Maße unseren Rivalen wirklich gegeben.«

Von Wichtigkeit an diesen Auslassungen ist, daß, wie List in den fünfziger Jahren, so auch Schöffle am Ausgang des Jahrhunderts nicht im mindesten daran zweifelt, daß in den Augen der Engländer der Krieg noch immer ein taugliches Mittel ist, um die Handelssuprematie Englands, wenn sie durch den friedlichen Wettbewerb einer Nation gefährdet werden sollte, wiederherzustellen. Anglophile Kreise in der Sozialdemokratie haben nun freilich diese Anschauung über die Tendenzen der britischen Politik jüngst als völlig veraltet, ja als »echt mittelalterlich« hingestellt und den Standpunkt vertreten, daß die Erhaltung der britischen Handelssuprematie ein Beweggrund zur Herbeiführung von Kriegen für die englische Politik vielleicht in der »Periode des Merkantilismus« gewesen sei, heute für sie aber gar nicht mehr in Frage kommen könne.<sup>2)</sup> Wie verhält sich nun diese Ansicht zu den durch 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Kriegsjahre geschaffenen Tatsachen? War es wirklich eine »echt mittelalterliche« Idee, als Jaurès während der ersten Marokkokrise den Verdacht aussprach, England habe einen Zusammenstoß zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen versucht, nur um Gelegenheit zu erhalten den deutschen Wettbewerb durch einen Krieg zu vernichten? Seit 3 Jahren hören wir britische Ministerreden, in denen sich die englische Regierung ganz frei und offen zu dieser »echt mittelalterlichen« Idee bekennt. Erst neuerdings hat Sir Edward Carson im Constitutional Club laut Reuter erklärt, der deutsche Handel solle bombardiert werden und er müsse bombardiert werden; nach dem Krieg dürfe von ihm kein Stein mehr auf dem andern stehen; England und Amerika hielten die Schlinge in der Hand, die sie dem deutschen Handel um den Hals werfen könnten, und sie würden dies tun.

Schwerer als Ministerreden wiegen nun freilich die Tatsachen des Wirtschaftskriegs, den England neben dem militärischen Krieg mehr als 3 Jahre gegen uns führt. Wenden wir uns ihm näher zu, so fühlen wir uns ganz in die Zeit der Handelskriege, in die »Periode des Merkantilismus« versetzt. Es sind im Prinzip noch ganz die selben Mittel, die England vor 150 Jahren im Wirtschaftskrieg gegen Frankreich zur Anwendung brachte, die jetzt gegen uns gerichtet werden. Da ist zunächst das Bestreben so viel wie möglich von dem feindlichen Handelsschiffsraum in britischen Besitz zu bringen oder zu vernichten. Etwa die Hälfte unseres Handelsschiffsraums ist, wie wir aus den Reichstagsverhandlungen wissen, England zum Opfer gefallen. Unsere Häfen konnte England zwar nicht blockieren, dagegen ist ihm die Versiegelung der Nordsee in einem Maß gelungen, wie das vor dem Krieg kaum jemand für möglich gehalten hätte. Da die überseeischen Zufuhren für das dichtbesiedelte Deutschland ungleich wichtiger sind, als sie es für das Frankreich des 18. Jahrhunderts waren, so kann man sagen, daß die Versiegelung der Nordsee unserm Wirtschaftsleben nicht weniger ge-

<sup>2)</sup> Siehe Nachimson Imperialismus und Handelskriege (Bera 1917), Seite 8 ff.

schadet hat als die Blockade der Häfen der französischen Volkswirtschaft vor 150 Jahren. Die Besetzung unserer Kolonien läßt sich in ihren ökonomischen Wirkungen mit dem Vorgehen Englands gegen das französische Kolonialreich allerdings nicht vergleichen, weil unsere Kolonialwirtschaft noch wenig entwickelt war. Dagegen hat aber die Zwangsliquidation der Handelsniederlassungen, Banken und Pflanzungen deutscher Reichsangehöriger in ganz Afrika und Australien sowie in den meisten und wichtigsten Gebieten Asiens und Amerikas unserer Volkswirtschaft zweifellos großen Schaden zugefügt. Was England also während des Krieges zu tun vermochte, um unsere Wirtschaftskräfte dauernd zu schädigen, ist schon getan worden. Wir brauchen in dieser Hinsicht nicht erst auf den Wirtschaftskrieg nach dem Friedensschluß zu warten. Auch wenn der Friedensvertrag, den England unterzeichnet, die Freiheit des überseeischen Verkehrs wiederherstellt, kann keine Rede davon sein, daß wir unsere wirtschaftliche Arbeit da wieder aufnehmen könnten, wo wir sie im August 1914 niedergelegt haben.

Die so glänzende Medaille des britischen Wirtschaftskriegs gegen Deutschland hat freilich auch ihre Kehrseite. Vor anderthalb Jahrhunderten bedeutete die Vertreibung der feindlichen Handelsschiffe von den Meeren freie, nahezu konkurrenzlose Entfaltung für die englische Handelsschifffahrt. Davon ist heute keine Rede mehr. Die Hälfte seiner Handelstonnage hat England in den Dienst der Kriegführung stellen müssen, und in dem für Handelszwecke verbleibenden Teil hat der Unterseebootkrieg mächtige Lücken gerissen. Andererseits ist England genötigt worden derart seine industriellen Kräfte in den Dienst der Hervorbringung von Kriegsmaterial zu stellen, daß es auf dem Weltmarkt nicht nur nicht neue Absatzgebiete gewinnen konnte sondern die alten zum Teil unversorgt lassen mußte. Immerhin wird man aber zugeben müssen, daß die Bilanz des Wirtschaftskriegs für England wenigstens bisher mit einem Gewinn abgeschlossen hat, dessen Größe sich allerdings erst ein Jahrzehnt nach dem Krieg wird genauer feststellen lassen, sofern nicht etwa die weiteren Erfolge unseres Unterseekriegs den Gewinn Englands noch in einen Verlust umwandeln sollten.



In den anglophilen Kreisen der Sozialdemokratie, die bisher in dem Glauben lebten, man könne im Osten ruhig verschleierte Annexionen vornehmen, weil wir nach dem Krieg unschwer mit England in allen weltpolitischen Fragen Hand in Hand gehen, ja als Juniorpartner ruhig in das britische Weltgeschäft eintreten könnten, ist auch bestritten worden, daß England sich in seiner Handelssuprematie von uns bedroht fühlte. Es ist wahr, daß überall, wo die britische Flagge wehte, für England kein Grund vorlag die deutsche Konkurrenz zu fürchten. Eine Gegenüberstellung der englischen und der deutschen Ausfuhr nach dem britischen Kolonialreich schließt jeden Zweifel an diesem Sachverhalt aus:

| Land        | Ausfuhr 1913   |                          |
|-------------|----------------|--------------------------|
|             | insgesamt      | nach englischen Kolonien |
|             | Millionen Mark |                          |
| England     | 10 505         | 4 102                    |
| Deutschland | 10 096         | 454                      |

Auch in denjenigen überseeischen Neuländern (Argentinien, Brasilien), in

denen sich England durch Kapitalanlagen seine Handelssuprematie sichern konnte, fühlte sich der britische Handel stark genug der deutschen Konkurrenz die Stirn zu bieten. Anders lagen die Dinge jedoch auf den europäischen Märkten. Hier sah sich England schon zu Beginn der achtziger Jahre von Deutschland schwer bedroht. Schon 1885 steht die deutsche Konkurrenz als Angeklagte vor den Schranken einer parlamentarischen Kommission. Die Industriellen, die Kaufleute, die Nationalökonomien und Wirtschaftsstatistiker, die vor dieser Kommission ihre Gutachten über die Ursachen der Verdrängung des britischen Handels durch den deutschen auf den Märkten Europas abgaben, führen den Erfolg der deutschen Waren hauptsächlich auf die enge Verbindung von Wissenschaft und Industrie in Deutschland zurück. Aber darauf nicht allein. Neben diesen ökonomischen Ursachen sei für das Wachstum der deutschen Industrie auch eine politische, nämlich die Gründung des Reichs, von Wichtigkeit gewesen. Was war Deutschland, so fragen sie, vor Sedan, vor der Gründung des Reichs? Es war, so antworten sie, für seine Versorgung mit Eisen, Stahl und Kohle abhängig von unseren Gruben, Bergwerken und Hochöfen, für seine Ausstattung mit Maschinen und Werkzeugen von unseren Fabriken und Werkstätten, für seine Versorgung mit Kleidungsstoffen von unseren Geweben und Garnen, für seinen Bezug von Kolonialwaren von unseren Lagerhäusern und Stapelplätzen, für seinen überseeischen Personen- und Güterverkehr von unserer Handelsmarine; kurz, das alte Deutschland war industriell unser Kunde, kommerziell unser Vasall, finanziell unser Untergebener. Sedan, die Reichsgründung, also die Zunahme der politischen Macht, hat aus dem alten Deutschland der Dichter und Denker das neue Deutschland der Ingenieure und Chemiker gemacht, das unsere vorherrschende Stellung auf allen europäischen Märkten erschüttert hat.<sup>1)</sup> Weiter gingen die Sachverständigen vor der Öffentlichkeit in ihren Schlußfolgerungen allerdings nicht. Was sie verschwiegen, brachte die englische Presse jedoch offen zum Ausdruck. Wenn Deutschland wieder in seine politische Ohnmacht durch einen Krieg zurückgeworfen wird, sind damit die Gefahren der deutschen Konkurrenz für England behoben. Im Herbst 1897, nicht lange nach Veröffentlichung jener Gutachten, schrieb die Saturday Review:

„Fürst Bismarck hat lange erkannt, was endlich das englische Volk einzusehen beginnt: daß es in Europa zwei große unversöhnliche, entgegengesetzte Kräfte gibt, zwei große Nationen, die die ganze Welt zu ihrer Domäne machen und von ihr den Handelstribut erheben möchten. England . . . und Deutschland . . . wetteifern mit einander in jedem Winkel des Erdballs. . . Was Fürst Bismarck erkannte, und was auch wir bald einsehen werden, ist die Tatsache, daß nicht nur der greifbarste Interessenkonflikt zwischen England und Deutschland besteht, sondern auch, daß England die einzige Großmacht ist, die Deutschland ohne gewaltiges Risiko und ohne jeden Zweifel am Erfolg bekämpfen kann. . . Ist die Arbeit getan, so brauchen wir uns nicht einmal die Mühe zu geben Bismarcks Worte an Ferry zu ändern sondern können zu Frankreich und Rußland sagen: Sucht euch Kompensationen, nehmt euch von Deutschland, was ihr wollt; ihr könnt es haben.“<sup>2)</sup>

Erinnert man sich daran, daß in den britischen Ministerreden, die als Antwort auf das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 gehalten wurden, zum Ausdruck gebracht wurde, daß Deutschland seine Gebiete mit polnischer Bevölkerung (Posen, Westpreußen, Ostschlesien) an ein unter russischer Oberherrschaft stehendes Großpolen und Elsaß-Lothringen an

<sup>1)</sup> Siehe *B é r a r d L'Angleterre et l'impérialisme* (Paris 1910), Seite 289 f.

<sup>2)</sup> Siehe *England and Germany*, in der *Saturday Review*, 1897, LXXXIV, Seite 278 f.



Frankreich verlieren soll, so hat man den Beweis dafür, daß obiger Artikel der Saturday Review mit seinem Schluß »Germaniam esse delendam« in der Tat das Programm des britischen Wirtschaftsimperialismus enthielt, das für die Leitung der britischen Auslandspolitik bis heute richtunggebend geblieben ist. Wie sehr sich das Auswärtige Amt auch in der Folge mit dem Problem abquälte, wie man die britische Handelssuprematie vor der deutschen Konkurrenz schützen könne, ergibt sich, wenn man die in den Annual Series und Miscellaneous Series abgedruckten Konsulatsberichte von 1887 bis 1910 studiert, die sich fast ausschließlich mit der Erschütterung der britischen Handelssuprematie durch die deutsche Konkurrenz beschäftigen. Mit zäher Beharrlichkeit wurden von den Wirtschaftsimperialisten diese Klagen der Konsuln über die Überhandnahme der deutschen Wirtschaftskraft in Broschüren, Revueaufsätzen und Zeitungsartikeln verbreitet und damit in den Massen jener deutschfeindliche Geist erzeugt, der in der Herabdrückung des Deutschen Reichs zu einem wirtschaftlich ohnmächtigen Kleindeutschland das einzig wirksame Mittel gegen die deutsche Konkurrenz sah.

4 Jahre vor dem Ausbruch des Weltkriegs wurde die deutsche Konkurrenz wieder vom Wirtschaftsimperialismus vor den Richterstuhl einer parlamentarischen Kommission geschleppt.<sup>6)</sup> Diesmal handelte es sich um die Frage, ob man der deutschen Konkurrenz nicht vielleicht durch Schutzzölle Herr werden könne. Darüber waren die Meinungen geteilt. Die Industrien, die deutsche Halbfabrikate brauchten, wollten vom Schutzzoll nichts wissen. Die Textilindustrie glaubte ihn entbehren zu können, weil der Markt in den britischen Kolonien practically der deutschen Konkurrenz ohnehin verschlossen ist. Entscheidend war jedoch, daß man nicht glaubte, ein englischer Schutzzoll könne zur Wiedereroberung der europäischen Märkte viel beitragen. Und darum handelte es sich in erster Linie, wenn die englische Handelssuprematie erhalten bleiben sollte. Wie schnell nun die britische Industrie von der deutschen Konkurrenz vornehmlich von den europäischen Märkten verdrängt wurde, dafür bot das Auswärtige Amt in seinen Blaubüchern immer neues, den Haß gegen Deutschland aufpeitschendes Material. Am schlimmsten lagen die Dinge für England im Osten. Rußland, so klagte man, das vor einem Vierteljahrhundert zu den besten Kunden Englands zählte, ist schon fast ganz in deutschen Händen. Zu Rußlands Gesamteinfuhr an chemischen Produkten und Rohstoffen, die 1913 2 490 000 Pfund Sterling betrug, steuert Deutschland 1 886 400, England dagegen nur 225 000 Pfund Sterling bei. Von Metallwaren aus Schmiedeeisen und Stahl bezog Rußland 1913 aus dem Ausland für 1 946 400 Pfund Sterling, davon aus Deutschland für 1 532 000, aus England dagegen nur für 233 000 Pfund Sterling. Als geradezu erschreckend bezeichnen die Wirtschaftsimperialisten es, daß Deutschland für Rußland der Handelsvermittler sogar für solche Erzeugnisse wird, die aus den britischen Kolonien oder aus dem angelsächsischen Amerika stammen, wie Baumwolle, Jute, Wolle, Pflanzenöl usw.<sup>7)</sup> Das Höchstmaß der Beunruhigung aber wird erreicht, als England erfährt, daß seine Auswandererziffer, die 1907 235 000 Personen umfaßte, 1912 schon auf 656 000 Köpfe, also um fast 200 % gestiegen ist. Was der britische Wirtschaftsimperialismus als notwendige Folge der deutschen Konkurrenz an-

<sup>6)</sup> Siehe Millet *La crise anglaise* /Paris 1910/, Seite 211 ff.

<sup>7)</sup> Siehe Farrow und Crotch *The Coming Trade War* /London 1916/, Seite 70 ff.

gekündigt hatte, nämlich, daß England anstatt fertiger Waren wird Menschen exportieren müssen, ist nun eingetreten. Deutschland ist ein Einwandererland geworden, England muß dagegen seinen ganzen Bevölkerungsüberschuß in die Neuländer schicken, weil Deutschland seiner Industrie in Europa keinen Raum mehr zur Fortentwicklung läßt. Immer offener tritt nun der britische Wirtschafts imperialismus mit seiner Ansicht zutage, daß für England kein anderer Ausweg mehr bleibt als Deutschland in einem Krieg niederzuringen und es in die Lage ökonomischer Unterordnung zurückzudrängen, in der es sich vor der Reichsgründung befand.

Die Frage, die heute für uns von Wichtigkeit ist, ist nun die, ob England sich mit einem neuen Erstarren der deutschen Industrie nach dem Krieg wird aufrichtig abfinden können. Die Antwort darauf wird lauten müssen: Unter dem Zwang unabwendbarer Umstände ja; freiwillig nein! Versteht es Deutschland sich im Osten für seine wirtschaftliche Zukunft durch eine Verständigung mit der russischen Demokratie die notwendigen Sicherungen zu schaffen, so wird England sich mit dem Verlust seiner Handelssuprematie auf dem europäischen Markt eben abfinden müssen, und wenn es ihm nicht gelingt die Arbeitsgelegenheit im Inland zu vergrößern, wird ihm nichts anderes übrig bleiben, als auch weiterhin Menschen statt Waren zu exportieren. Verschafft sich aber Deutschland diese östliche Sicherung nicht, so wird der Wirtschaftskrieg der angelsächsischen Reiche gegen uns nach dem Friedensschluß weitergehen; und wenn dieser nicht zur Zerstörung unserer Wirtschaftskraft führt, wird das Angelsachsentum gewiß nicht zögern Deutschland von neuem mit Krieg zu überziehen, sobald ihm die Voraussetzungen für einen Sieg gegeben sein werden.

## HERMAN KRANOLD · ARTHUR SCHULZ



IT Arthur Schulz, der 2 Tage vor Vollendung seines 39. Lebensjahrs am 22. November in Königsberg starb, sieht der Sozialismus als wissenschaftliche Bewegung einen grundlegenden Erweiterer seiner Erkenntnis dahingehen. Der deutschen Sozialdemokratie ist eins ihrer verdienstvollsten Mitglieder, den Sozialistischen Monatsheften einer ihrer bedeutendsten Mitarbeiter entrissen.

Arthur Schulz war der Sohn eines alten, seit langer Zeit auf angestammter Scholle ansässigen Bauern- und Schulzengeschlechts in der Memelniederung. Er wurde dort am 24. November 1878 geboren, besuchte in Königsberg das Gymnasium und studierte dort und in Berlin Rechts- und Staatswissenschaften. In Königsberg empfing er dabei entscheidende, aber noch lange ungenutzt bleibende Anregungen in dem Seminar des Professors der Nationalökonomie Gerlach, bei dem er zuerst den Produzentenstandpunkt würdigen lernte. Das war ihm neu; er, der sich früh der sozialdemokratischen Bewegung angeschlossen hatte, kannte bis dahin nur den parteiorthodoxen Konsumentenstandpunkt. In Berlin nahm er lebhaften Anteil an den Lesehallenkämpfen, an dem Sozialwissenschaftlichen Verein der Universität, an der Begründung der Freien Studentenschaft: den innerlichen, lebendigen Zusammenhang mit der Idee der Hochschule, der sich ihm dort erschloß, hat er nie verloren sondern immer bewahrt und noch kurz vor dem Krieg in seiner Mitarbeit an der Gründung des Bundes freiheitlicher Akademiker in

München betätigt. Schulz bestand dann das Referendarexamen und wollte seine Referendarzeit zurücklegen. Er wurde aber seiner sozialdemokratischen Tätigkeit wegen für ungeeignet zur Referendarpraxis befunden.<sup>1)</sup> Er ging für ein Jahr nach Hause und widmete sich der elterlichen Bauernwirtschaft, dann ging er nach München, studierte nochmals, machte die erste juristische Staatsprüfung, absolvierte die 3 Rechtspraktikantenjahre und die zweite Staatsprüfung. In diesen Jahren erwarb er auch den Dokortitel; danach war er längere Zeit als Privatsekretär bei Lujo Brentano tätig.

In diese Jahre, ungefähr 1902 bis 1906, fallen für ihn weitere entscheidende Anregungen. Auf langen Wanderungen lernte er die bayrische groß- und mittelbäuerliche Landwirtschaft kennen, und im Brentanoschen Seminar machte er sich mit dessen Theorie der Sozialgeschichte des Bauerntums bekannt. Brentanos Abhandlung Warum herrscht in Altbayern bäuerlicher Grundbesitz?<sup>2)</sup> und Schippels und Davids handels- und agrarpolitische Lehren<sup>3)</sup> bildeten die Grundlagen, von denen er dann ausging, als er allmählich begann selbst die Agrartheorie weiterzuspinnen.

Ende 1908 legte er zum erstenmal seine Anschauungen in breiterem Umfang in den Sozialistischen Monatsheften in einer Studie über die deutschen landwirtschaftlichen Arbeiter dar. Er schildert hier die große Verschiedenheit der landwirtschaftlichen Arbeitsverfassung in den verschiedenen Gebieten Deutschlands und kommt zu folgenden Schlußfolgerungen:

»Die entscheidende Tatsache, daß der Hauptpreis eines gewerkschaftlichen Kampfes der landwirtschaftlichen Arbeiter nicht höhere Geldlöhne und noch weniger kürzere Arbeitszeiten sondern Landanteile sind, dürfte zur Folge haben, daß die soziologische Form der Gewerkschaft in der landwirtschaftlichen Arbeiterbewegung bedeutende Umbildungen erfahren wird.«<sup>4)</sup>

Darin haben wir im Grunde schon alle Elemente, aus denen sich später hauptsächlich seine Erwägungen zusammensetzen: die Eigengesetzlichkeit des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses in seiner zeitlichen und örtlichen Gebundenheit und Bestimmtheit durch die Naturvorgänge. Ebenso ist schon hier seine Meinung erkennbar, daß auch beim landwirtschaftlichen Arbeiter das Interesse an der Produktion, das sich im Hunger nach Land äußert, das Interesse an der Konsumgestaltung überwiegt, die in den Löhnen zutage tritt.

Von diesem Punkt aus begann Schulz nun das ganze Gebiet der Agrarpolitik durchzuarbeiten. Alle Einzelfragen, auf deren Erörterung er später so außerordentlich viel Kraft verwendete: die nach der Überlegenheit des Groß- oder Kleinbetriebs in Viehhaltung und Viehzucht wie in der Getreideerzeugung, die Frage der landwirtschaftlichen Schutzzölle, das Problem der innern Kolonisation durch Zerschlagung des Großgrundbesitzes in bäuerliche Familienbetriebe oder durch Zuwendung von Grund und Boden an die Landarbeiter, die Beseitigung verteuernenden Zwischenhandels zwischen agrarischen Erzeugern und städtischen Verbrauchern heimischer Landwirtschaftsprodukte, die Organisation landwirtschaftlicher Produktions- und Verarbei-

<sup>1)</sup> Auch später ist es ihm nicht gelungen in Preußen sich als Rechtsanwalt niederzulassen. Er hat nach der Reihe bei sämtlichen preußischen Oberlandesgerichten den betreffenden Antrag gestellt, aber überall (zuletzt von Frankfurt am Main im Frühsommer 1914) abschlägigen Bescheid erhalten.

<sup>2)</sup> Siehe Brentano Gesammelte Aufsätze I / Stuttgart 1899.

<sup>3)</sup> Siehe Schippel Grundzüge der Handelspolitik / Berlin 1902/, und David Sozialdemokratie und Landwirtschaft I: Die Betriebsfrage / Berlin 1903/.

<sup>4)</sup> Siehe Schulz Die landwirtschaftlichen Arbeiter, in den Sozialistischen Monatsheften, 1908 III, Seite 1593.

tungsgenossenschaften: alle diese Einzelfragen betrachtete er stets unter dem Gesichtswinkel jenes größeren Zusammenhangs. Er wurde nicht müde darzulegen, daß eine schematische Übertragung der an der Beobachtung des industriellen Produktionsprozesses gewonnenen soziologischen Theoreme auf die ganz anders geartete landwirtschaftliche Erzeugung zu ganz schiefen und unhaltbaren Theorien führen müsse und geführt habe, und daß es deshalb eine der dringenden Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie sei ihre agrartheoretischen Lehren einer gründlichen Nachprüfung und Revision zu unterziehen. So sagt er in einem seiner frühesten Aufsätze:

»Im Interesse möglichst reichlicher und billiger Versorgung des deutschen Volks und zumal der deutschen Industriearbeiter mit Fleisch und Mollereiprodukten sind deshalb die bestehenden bäuerlichen Wirtschaften zu erhalten und, wo es irgend geht, durch Zerschlagung großer Güter zu vermehren.«<sup>5)</sup>

Ein andermal setzt er ausführlich auseinander, welche Aufgaben der Sozialdemokratie durch die preußische Agrarpolitik gestellt werden. Als die »wichtigste agrarpolitische Angelegenheit des preußischen Staats seit den Tagen der Hardenbergschen Agrarreformen« bezeichnet er dabei die innere Kolonisation:

»Der Wille der breiten Schichten der Landbevölkerung und das Bedürfnis der gewerblichen Arbeiterschaft ihr Lohnniveau gegen Herabdrückung durch die Landflüchtigen der Gutsbezirke gesichert zu sehen und im Interesse ihrer Lebensmittelversorgung wie im Interesse wachsender Kaufkraft des flachen Landes für Industrieerzeugnisse die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit zu steigern wird die preußische Landtagsfraktion hoffentlich nötigen an der Herstellung einer vernünftigen Grundeigentumsverteilung und Arbeitsverfassung im preußischen Osten mitzuwirken.«<sup>6)</sup>

Auch die Frage, ob Schutzzoll oder Freihandel für die Landwirtschaft das Richtige sei, beantwortet er von dem Gesichtspunkt der Produzenteninteressen aus. (Dadurch unterscheidet er sich wesentlich von David, dessen Erörterung der landwirtschaftlichen Probleme immer vom Konsumentenstandpunkt ausgeht und der daher zu einer reinen Ablehnung des landwirtschaftlichen Zollschatzes kommt.) So sagt er einmal:

»Man muß . . . den guten Willen haben aus der 30jährigen Praxis des Agrarschutzes der westeuropäischen Kontinentalstaaten sowie aus dem Gegenbeispiel Englands zu lernen. Gerade die sozialdemokratische Partei ist als Vertreterin der arbeitenden Klassen dazu besonders qualifiziert und verpflichtet. Auch vom Standpunkt des Industriearbeiters aus. . . Der Beschäftigungsgrad der Industrie . . . bemißt sich nach dem Umfang der zahlungskräftigen Aufträge, die sie erhält, und nach dem Tempo, in dem sie für ihre Produkte Absatz findet. . . Die wichtigste Abnehmerin auf dem innern Markt ist wenigstens in Deutschland noch immer die Landwirtschaft. Wird diese, und besonders die bäuerliche Bevölkerung, in einem produktionsfreudigen, zur Neuinvestierung von Kapitalien geneigten Zustand erhalten, wächst sie an Zahl, und steigert sich die Produktivität ihrer Arbeit, so wächst ihre kaufkräftige Nachfrage nach gewerblichen Erzeugnissen, damit der Beschäftigungsgrad der Industrie und damit die Zahl der in ihr tätigen Arbeiter und deren Chance durch die Mittel des gewerkschaftlichen Kampfs ihr Lohn Einkommen zu erhöhen. Mögen daher Agrarzölle immerhin durch Hebung des Inlandspreises der Lebensmittel über das Preisniveau des Weltmarkts den Bezieher fester Renten schädigen, so können sie dennoch, falls sie nur die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit erhöhen, und falls sich die Arbeiter durch ihre Organisation ihren Anteil an den Erträgen der dadurch gehobenen Konjunktur erkämpfen können, durch Vermehrung lohnender Arbeitsgelegenheiten zugleich ein Schutzmittel des Industriearbeiterlohns werden . . .

<sup>5)</sup> Siehe Schulz Großbetrieb und Kleinbetrieb in der Viehhaltung und Viehzucht, in den Sozialistischen Monatsheften, 1909 I, Seite 429.

<sup>6)</sup> Siehe Schulz Agrarpolitische Aufgaben der preußischen Sozialdemokratie, in den Sozialistischen Monatsheften, 1909 III, Seite 1689 f.

Mag nun unser Schutzzollsystem . . . noch sehr der Verbesserung bedürfen, bevor es ein wirksames Förderungsmittel der innern Kolonisation genannt werden kann, so glaube ich doch oben wahrscheinlich gemacht zu haben, daß ohne jeden Agrarschutz Bauernkolonisation und Aufsteigen der Landarbeiter in den Stand selbständiger Landwirte in größerem Umfang nicht möglich ist. Indem der Agrarprotektionismus die Bauern und ihre Kinder in ihrem vor Niederkonkurrierung durch die extensive Bodenausbeutung der Überseestaaten gesicherten Beruf erhält und durch Begünstigung der Neuschaffung landwirtschaftlicher Kleinbetriebe die Landflucht eindämmt, kann er bei sonst richtiger Ausgestaltung durch Verminderung des Arbeiterangebots zugleich ein Schutzmittel des Industrielohns werden.«<sup>7)</sup>

Viele Jahre lang hat Arthur Schulz in immer mehr sich vertiefenden, immer glänzender geschriebenen Aufsätzen mit ständig wachsender Vorsicht und Energie seine Anschauungen dargelegt. So wie er im Anfang dieser eigentlich produktiven Periode seines Lebens in einer größeren Schrift seine Grundansichten dargestellt hatte<sup>8)</sup>, faßte er kurz vor dem Krieg die Ergebnisse seiner Studien noch einmal zusammen. Er war innerlich und äußerlich zu einem gewissen Abschluß gekommen. Seine Aufsätze in den Sozialistischen Monatsheften fingen an sich häufiger als bis dahin mit der Erörterung agrarpolitischer Einzelaufgaben zu beschäftigen. So schrieb er in der ersten Hälfte des Jahres 1914 über das bayrische Güterzertrümmerungsgesetz und über den preußischen Fideikommißgesetzentwurf. Gleichzeitig gab er noch einmal eine knappe Gesamtdarlegung<sup>9)</sup> und knüpfte mit Verlegern Verhandlungen wegen der Herausgabe eines Handbuchs der Agrarpolitik an, in dem er die Ergebnisse seiner Arbeit mit der erforderlichen Ausführlichkeit darstellen wollte.

Mitten in diese Pläne hinein fuhr ihm der Krieg. Er veränderte zunächst seine äußere Lebenslage. Bis dahin hatte er wesentlich von seinem Anteil an dem Ertrag des Familienguts gelebt, das sein Bruder bewirtschaftete. Schon im November 1914 jedoch fiel Fritz Schulz in Flandern.<sup>10)</sup> Nicht lange darauf starb auch seine Mutter. Arthur Schulz blieb allein zurück, als letzter seiner Familie. Er widmete sich nun dem verwaisten Besitz. Dann wurde er einberufen, und er überließ die Leitung seines Gutes seiner Braut, die ihm eine gleichstehende Gefährtin war, und die durch bedeutende Talkraft und Begabung die schwere Arbeit mit großem Erfolg bewältigte. Schulz war als Unteroffizier an der westlichen Front, wurde aber im Frühjahr 1917 an das Kriegsamt in Königsberg berufen, wo er einen ebenso schwierigen wie verantwortungsreichen Posten innehatte. Seine wissenschaftliche Arbeit mußte er in den Kriegsjahren auf das äußerste Maß einschränken<sup>11)</sup>, und er entschloß sich für sein geplantes Handbuch der Agrarpolitik einen Mitarbeiter anzunehmen. Vorübergehende Bedrücktheit, die immer mit Todesahnung verknüpft war, konnte ihm die Elastizität des Geistes nicht rauben. Im Grunde war er doch voller Hoffnung noch Wertvolles und Notwendiges zustande zu bringen. Diese zweite Phase seiner Tätigkeit ist nun durch den Tod jäh abgeschnitten. Auch zur Eheschließung, die unmittelbar bevorstand,

<sup>7)</sup> Siehe Schulz Freihandel in der Landwirtschaft, in den Sozialistischen Monatsheften, 1910 I, Seite 179 ff.

<sup>8)</sup> Siehe Schulz Ökonomische und politische Entwicklungstendenzen in Deutschland /München 1908/.

<sup>9)</sup> Siehe Schulz Zur Agrartheorie und Politik der deutschen Sozialdemokratie /München 1914/.

<sup>10)</sup> Siehe Aus der Zeit: Kriegsoffer, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915 I, Seite 64.

<sup>11)</sup> Er schrieb während des Krieges nur noch 2 Aufsätze (Sind die Angriffe gegen die deutsche Landwirtschaft berechtigt?, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915 III, Seite 1285 ff., und Die Kriegskartoffelpolitik, die Schweinemassenschächtung und unsere Partei, ebenda, 1916 I, Seite 82 ff.), in denen er die Vorwürfe gegen die Landwirtschaft, die damals mit besonderer Schärfe und Sachkenntnis erhoben worden waren, in überzeugender Weise zurückwies.

ist es nicht mehr gekommen. Sein sehnlichster Wunsch: einen Nachkommen zu haben, ist nicht in Erfüllung gegangen.

Neben Schulz' agrarpolitischer Arbeit ging eine andere, nicht minder wichtige einher: die Förderung der Kenntnisse von der Landwirtschaft an sich. Schon in jenem ersten Beitrag in dieser Zeitschrift heißt es:

»Daß man in unseren Kreisen vielfach noch eine schematische Übertragung der Industrieforderungen auf das platte Land für möglich hält, ist wohl nur aus der weitverbreiteten, durch den Zustand unserer wissenschaftlichen Literatur über die Landarbeiterfrage freilich genügend entschuldigtem Unkenntnis der außerordentlichen Verschiedenheit nahezu aller wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Verhältnisse der Landarbeiter in den verschiedenen Teilen des Deutschen Reiches zu erklären.«<sup>12)</sup>

Er zog mit dem Herausgeber der Sozialistischen Monatshefte daraus die Folgerung, daß für die Verbreitung der Kenntnis landwirtschaftlicher Tatsachen unter den Führern der Partei etwas Energisches getan werden müsse, und beide schufen zu diesem Zweck ein besonderes Bildungsmittel. Während Schulz in seinen Aufsätzen nur einzelne große Probleme erörterte und bei aller Gründlichkeit in den tatsächlichen Beweisen sich doch streng von der Anführung nicht genau zur Sache gehöriger Tatsachen fernhielt, schrieb er in regelmäßigen Abständen die *Rundschau* Landwirtschaft und erörterte darin in zugleich reichhaltiger und knapper Darstellung die Landwirtschaft als Kulturproblem in ihren Einzelheiten. Diese Rundschau begann mit dem Jahr 1909. Bis in den Krieg hinein bearbeitete sie Schulz unermüdlich, er schuf damit etwas in der Literatur unserer Partei (und nicht nur dieser) einzig Dastehendes. Der wahre Wert dieser Arbeit, die überreiches Material in übersichtlicher Zusammenfassung brachte, kann nicht gut überschätzt werden; diente sie doch nicht nur der stetigen Bereicherung unserer Einzelkenntnisse sondern namentlich auch der Erweiterung unserer städtisch gebundenen Anschauungsweise überhaupt. Die Lücke, die Schulz' Tod gerade hier gerissen hat, auch nur zu einem guten Teil auszufüllen dürfte dem spätern Bearbeiter dieser Rundschau nur mit größter Mühe gelingen.

Fassen wir kurz zusammen, was Schulz geleistet hat: Er vertrat konsequent den Produzentenstandpunkt in der Landwirtschaft und bereitete damit gründlich die notwendige Neuorientierung der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik in Deutschland vor. Er tat dies mit den höchsten wissenschaftlichen Qualitäten. Die tiefe Achtung vor fremder, selbstgewonnener Überzeugung, die ihn, den oft maßlos Angegriffenen, dem Gegner immer wieder vorsichtig und taktvoll gegenüber treten ließ, kann den Parteigenossen ebenso als Muster dienen wie die innere Freiheit, die er sich dem Parteidogma wie seinen eigenen Theorien gegenüber bewahrte. Unermüdlich prüfte er seine Behauptungen, um ihre Richtigkeit, ihren logischen Zusammenhang, ihre Übereinstimmung mit einwandfrei beobachteten Tatsachen festzustellen, immer wieder suchte er sein Wissen in dem ganzen Gebiet seiner Arbeit zu vertiefen und zu verbreitern. So hat er jahrelang die philosophischen Grundlagen der Politik studiert. So baute er in den letzten Jahren vor dem Krieg nach einander emsig seine Kenntnisse im Englischen, Italienischen und Russischen aus, um die wissenschaftliche Literatur dieser Sprachkreise im Original lesen zu können. Gleichzeitig suchte er stets von neuem durch den Besuch landwirtschaftlicher Ausstellungen und durch wochenlange Wanderungen die landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse

<sup>12)</sup> Siehe Schulz, an dem in Note 4 erwähnten Ort, Seite 1578,

in Deutschland aus eigener Anschauung immer genauer kennen zu lernen. Nichts fürchtete er so sehr wie das Erstarren der Seele am grünen Tisch, nichts liebte er so wie den innigen Zusammenhang mit der schöpferischen Natur.

Hier finden wir denn auch die eigentliche Wurzel seiner Kraft. Nicht um große Gedanken allein bemühte er sich in seinem Lebenskampf sondern vor allem auch um ein lebendiges und liebevolles Herz. Nicht daß er die Richtigkeit seiner Theorien von der Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktion für die Verwirklichung des Sozialismus immer wieder haarscharf bewies, ist der hervorragendste Teil seines Lebenswerks, sondern daß er diese Bedeutung zu innerst empfand. Er schätzte die Landwirtschaft nicht nur, sondern er liebte sie; und wenn er schrieb, so brauchte er nicht mit Engelszungen zu reden, um zu überzeugen, sondern nur gelassen und geradlinig zu sprechen, weil er die Liebe hatte. Und die ist wichtiger und stärker als Beredsamkeit. Das war es auch, was dem Umgang mit ihm solchen Wert verlieh. Er imponierte im persönlichen Auftreten nicht sehr. Ein Hüne von Gestalt, mit blondem, scharfgeschnittenem Preußenkopf, hoher Stirn und feindurchgebildeten, wiewohl großen Händen, machte er beim öffentlichen Auftreten den Eindruck tiefer Befangenheit. Er sprach stockend, im ausgesprochenen heimatlichen Ostpreußisch, schwer um die Gestaltung seiner Gedanken ringend. Fremden gegenüber, im Gespräch, oder wenn ihn jemand durch einen Zwischenruf unterbrach, wurde er rot wie ein Knabe. Nie legte er Wert auf die äußere Wirkung, stets kam es ihm auf die Sache selber an. Seine persönlichen Freunde hingen mit großer Liebe an ihm und haben manche Probe seiner Güte empfangen.

So war Arthur Schulz. Der Politiker klug wie die Schlange, der Mensch ohne Falsch wie die Taube. In beidem, nimmt man das Ganze seiner Leistung wie seines Seins, schlechthin unersetzlich. Bei den Verhältnissen in unserer Partei muß man fürchten, daß außerhalb seines engsten Kreises seine Arbeit nur zu wenig beachtet wurde. Um so tiefer wird sein Werk weiterwirken, um so tiefer auch sein Beispiel: Dafür werden die Freunde und Schüler sorgen, die er hinterläßt. Nur so können sie einen kleinen Teil der Dankbarkeit abtragen, in der sie sich ihm verbunden wissen.

## GEORG SCHMIDT · BESTEHT AUSSICHT DIE LAND- ARBEITERINNEN GEWERKSCHAFTLICH ZU ORGA- NISIEREN?



GERADE auch in der Landwirtschaft wurden die Frauen durch den Krieg in erheblichem Maß in die Erwerbstätigkeit hineingezogen. Ja, wer die landwirtschaftliche Frauenarbeit während der Kriegszeit zu beobachten Gelegenheit hatte, kann wohl sagen, daß nur sie es uns möglich gemacht hat durchzuhalten. Jedenfalls muß ohne Einschränkung anerkannt werden, daß, wie dies der jetzt verstorbene Arthur Schulz in so warmen Worten ausgesprochen hat, die Frauen für die Volksernährung im Krieg Bedeutendes geleistet haben.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Siehe Schulz Sind die Angriffe gegen die deutsche Landwirtschaft berechtigt?, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915 III, Seite 1293.

Es liegt daher nahe sich die Frage vorzulegen, wie die landwirtschaftliche Frauenarbeit sich nun für die Folge, über den Krieg hinaus gestalten wird. Insbesondere interessiert uns als Gewerkschafter naturgemäß das Schicksal der Landarbeiterinnen.

Schon in Friedenszeiten hatten wir eine große Anzahl weiblicher Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. Nach der Berufs- und Betriebszählung von 1907 wurden damals 4 217 000 weibliche Arbeiter gezählt, während die Zahl der männlichen nur 2 838 000 betrug. Das ergibt seit 1882 eine Steigerung an weiblichen Arbeitskräften um 1 972 000, während im gleichen Zeitraum die männlichen Arbeiter um 681 000 abnahmen. Die nüchternen Zahlen der Statistik ergeben aber kein richtiges Bild. Die Vermehrung der weiblichen Arbeiter von 1882 bis 1907 ist auf eine andere Erfassung der Familienangehörigen bei der Zählung zurückzuführen. Die Zahl der weiblichen Familienangehörigen, die, wenn auch nur vorübergehend, in der Landwirtschaft tätig waren, bezifferte sich 1882 auf 1 935 000, 1907 auf 3 883 000. Dieses Mehr der weiblichen Familienangehörigen entspricht voll der Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte. Meiner Ansicht nach verfuhr man bei der Zählung der mitarbeitenden weiblichen Familienangehörigen im Jahr 1907 aus agrarpolitischem Interesse sehr weitherzig. Daher dürfte ein erheblicher Teil der in der Statistik erfaßten mitarbeitenden weiblichen Familienangehörigen ausfallen. Immerhin verbleibt aber noch eine ansehnliche Zahl weiblicher Arbeitskräfte, die für die Mitgliedschaft im Landarbeiterverband in Betracht kämen. Im nachstehenden sei nun die Organisationsmöglichkeit der Arbeiterinnen einer kurzen Untersuchung unterzogen.

Der Deutsche Landarbeiterverband hat erst Mitte 1909 seine Verbandstätigkeit aufgenommen. Trotz dieser relativ kurzen Zeit unseres Bestehens konnten wir doch schon auf dem Feld der Frauenorganisation verschiedene Erfahrungen sammeln. Über die Organisierungsmöglichkeit der Landarbeiterschaft herrscht im allgemeinen sehr viel Unklarheit. So nahm man bei Kriegsausbruch auch in uns wohlgesinnten Kreisen an, daß der Landarbeiterverband seine Tätigkeit sehr bald werde einstellen müssen. Die Verbandsleitung hegte diese Befürchtungen nicht. Die Gewerkschaftsstatistik, die auch den Landarbeiterverband umfaßt, weist nach, daß diese Organisation die Kriegszeit mindestens ebenso gut übersteht wie alle anderen Zentralverbände. Dabei ist zu beachten, daß der Landarbeiterverband nicht, wie mancher andere Verband, in der ersten Kriegszeit besondere Kriegsunterstützungen zahlte. Vielfach wird angenommen, daß die Mitglieder des Landarbeiterverbands gar keine wirklichen Landarbeiter sind. Auch diese Auffassung ist irrig. Am Schluß des 3. Vierteljahrs 1912 zählte der Verband 17 237 Mitglieder, darunter 668 weibliche. Davon waren 5717 Gutsarbeiter, 6392 sonstige landwirtschaftliche Arbeiter, 3734 Waldarbeiter, 154 Weinbergsarbeiter, 537 Melker, und nur 703 Mitglieder waren vorübergehend in Gewerbe oder Industrie beschäftigt. Diese genauen Zahlen stellen die einzige Statistik dar, die über die Berufstätigkeit der Mitglieder aufgenommen wurde. An diesem Zahlenverhältnis hat sich auch bisher nichts geändert. Da der größte Teil der Mitglieder des Landarbeiterverbands bisher aus Mitteldeutschland stammte, wurde von anderer Seite behauptet, es sei dem Verband nicht gelungen in die Großgrundgebiete im Osten einzudringen. Auch das ist nicht richtig, denn auch in Mecklenburg hat der Verband



eine verhältnismäßig gute Mitgliederzahl. Aus rein organisatorischen Gründen ist eine rege Verbandstätigkeit bis jetzt nur in bestimmten Teilen Deutschlands entfaltet worden, während andere weite Teile noch nicht in gleicher Weise bearbeitet wurden. In Zukunft wird die Verbandstätigkeit auch in jenen bisher noch nicht erfaßten Gebieten einsetzen, und dann werden hier ebenfalls Erfolge zu verzeichnen sein.

Der Landarbeiterverband zählt zu den wenigen Zentralverbänden, bei denen die weibliche Mitgliederzahl während der Kriegszeit keinen Rückgang erfahren hat. Am Schluß des 2. Quartals 1914 hatte der Verband 22 531 Mitglieder, darunter 1070 weibliche. Am 30. September 1917 wurden 7376, darunter 2168 weibliche Mitglieder gezählt. Die Zunahme der weiblichen Mitglieder sehe ich als sehr erfreulich an, wenn auch natürlich ihre Anzahl im Verhältnis zu der hohen Gesamtzahl der weiblichen Beschäftigten sehr gering ist. Aber es handelt sich ja vor allem um die Frage: War der Verband imstande die einmal gewonnenen weiblichen Mitglieder während der Kriegszeit zu erhalten und neue hinzuzugewinnen? Diese Frage ist ohne weiteres zu bejahen. Bis zum 30. September 1917 wurden 1403 Landarbeiterinnen neu aufgenommen; es sind also nur 305 während des ganzen Krieges verloren gegangen. Fände auch sonst unter den neuen Mitgliedern der Organisationen ein so geringer Verlust statt, so wäre es besser um die deutsche Gewerkschaftsbewegung bestellt. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß sich unter den Landarbeiterinnen ein großer Umschwung in der Bewertung der gewerkschaftlichen Organisation vollzogen hat. Vor dem Krieg konnten die Verbandsleiter sehr oft feststellen, daß die Frauen Gegner der Organisation sind. Auf dem Lande ist die Frau die Wirtschaftlerin, mehr noch als im Haushalt des städtischen Arbeiters. Sie besorgt nicht nur den Familienhaushalt sondern auch die Viehhaltung und die Bestellung des Landes für die Eigenwirtschaft. Bei den niedrigen Bariöhnen und der bekannten Sparsamkeit der Landfrauen scheuten diese die Ausgabe für die Verbandsbeiträge, obwohl sie sehr niedrig sind. Sie fürchteten auch, wenn sie dem Verband beiträten, könnte der Mann vom Arbeitgeber gemäßregelt werden und seine Stellung verlieren. Ich will auch ohne weiteres zugeben, daß vor dem Krieg die Verbandsleitung und die Gauleiter der Organisation der Frauen nicht die Beachtung schenkten, die vielleicht notwendig gewesen wäre. Man sah eben ein weites Feld für die organisatorische Tätigkeit vor sich, hoffte zudem, daß die Gegnerschaft der Frauen gegen die Verbandsmitgliedschaft der Männer mit der Zeit überwunden werden würde. Schon vor dem Krieg machten wir übrigens in Schlesien die Erfahrung, daß die Frauen der Organisation mehr Vertrauen entgegenbrachten als allgemein angenommen worden war. Dann kam der Krieg. Die Frauen mußten sich um viele Dinge kümmern, die sonst Aufgabe des Mannes gewesen waren. Die Verbandseinrichtungen wurden immer mehr von den Frauen in Anspruch genommen. Ganz besonders auf dem Gebiet der Kriegswohlfahrtspflege konnte eine segensreiche Tätigkeit entfaltet werden. Da kam die Verbandsleitung den hilfeschuchenden Frauen in weitgehendem Maß entgegen. In Friedenszeiten gewährten wir nur Mitgliedern Rechtsschutz, und dies auch erst nach halbjähriger Mitgliedschaft. Von Anfang des Krieges an aber berieten wir jede Frau, und natürlich ganz besonders die Kriegerfrauen, vollständig unentgeltlich. Das hat meines Erachtens auf die

Frauen eine starke Wirkung geübt. Geradezu rührende Briefe sind es, die die Frauen an den Verband geschrieben haben, wenn unsere Tätigkeit von Erfolg gekrönt war; und das war oft der Fall. Aber nicht nur auf dem Gebiet der Kriegshilfe konnten wir für die Frauen eintreten. Diese wandten sich auch direkt an den Verband, um eine Erhöhung der Löhne zu erreichen, da sie mit der Zeit eingesehen hatten, daß es so nicht weiter gehen könne. Freilich wurden damit erhebliche Erfolge nur an einzelnen Orten oder in kleinen Bezirken erzielt. Daß die Landarbeiterinnen dem Verbandsleben jetzt mehr Interesse entgegenbringen, beweist auch die Tatsache, daß am Schluß des Jahres 1916 von 297 Ortsgruppen nicht weniger als 63 von Frauen verwaltet wurden. Dergleichen war in Friedenszeiten eine große Ausnahme. Die Frauen führen die Verbandsgeschäfte sehr gut; manch männliches Vorstandsmitglied könnte sich an ihnen ein Beispiel nehmen.

Das, was von praktisch tätigen Gewerkschaftern über die Organisierung der erwerbstätigen Frauen für Gewerbe und Industrie in diesem Punkt in den Sozialistischen Monatsheften gesagt worden ist<sup>2)</sup>, gilt ja auch im großen und ganzen für die Beurteilung der Organisationsfähigkeit der Landarbeiterinnen. Dennoch ist zu hoffen, daß nach dem Krieg dem Landarbeiterverband prozentual sehr weibliche Mitglieder angehören werden als bis dahin. Zu beachten ist aber dabei, daß die Mitarbeit der verheirateten Frauen an der Arbeitsstätte, an der der Mann beschäftigt ist, im ländlichen Arbeitsverhältnis sehr verbreitet ist. Während bei der gewerblichen und industriellen Arbeiterschaft die Erwerbsarbeit vor der Ehe doch nur als Übergangsstadium betrachtet wird, ist dies auf dem Lande anders. Ich sehe die dauernde Mitarbeit der verheirateten Landarbeiterin gegen Entlohnung nicht als einen Idealzustand an. Aber mit dieser Erwerbstätigkeit der Frau bei fremden Arbeitgebern werden wir in Zukunft in der Landwirtschaft noch sehr zu rechnen haben. Damit eröffnen sich viele Möglichkeiten, um den Landarbeiterinnen den Wert der Organisation begreiflich zu machen.

Die große Ungleichheit zwischen Männer- und Frauenlöhnen, wie sie in der Landwirtschaft üblich ist, muß unbedingt aufgehoben werden. In der Regel erhalten die Frauen nur die Hälfte des Barlohns der Männer. Von altersher ist es üblich, daß Frau und Kinder des Landarbeiters von Anfang an in dem Betrieb des Arbeitgebers mitarbeiten; will der Mann seine Arbeitsstelle behalten, so müssen sie dann mit jedem Lohn zufrieden sein. Aber so schwer es auch halten wird die großen Differenzen zwischen Männer- und Frauenlöhnen auszugleichen, gerade hier sollte in vollem Maß der Grundsatz aufrechterhalten werden, daß gleicher Lohn für gleiche Leistung zu gewähren sei. In der Landwirtschaft hat sich allmählich der Barlohn immer stärker eingebürgert. Diese Entwicklung vollzieht sich jedoch schrittweise, und noch auf lange Zeit hinaus wird ein Teil des Lohnes in vielen Fällen in Naturalien gezahlt werden. Bei der Entlohnung in Naturalien entstehen aber naturgemäß die meisten Streitigkeiten. Kann die zuständige Organisation

<sup>2)</sup> Siehe Kloth Zur Frage der Frauenarbeit, in den Sozialistischen Monatsheften, 1917 I, Seite 195 ff., Mattutat Die Heranziehung der Frau zur gewerkschaftlichen Organisation, ebenda, Seite 242 ff., Thiede Erwerbsarbeit, Entlohnung und Organisation der Frauen, ebenda, Seite 356 ff., Hanna Die Vertretung der Arbeiterinneninteressen, ebenda, Seite 414 ff., Stühmer Ein Kapitel aus der Frauenberufarbeit, ebenda, 1917 II, Seite 480 ff., Poetzsch Die Frauenarbeit und die Arbeiterklasse, ebenda, Seite 635 ff., Winnig Die Frauenarbeit im Baugewerbe, ebenda, Seite 738 ff., Hoppe Frauenerwerbsarbeit und Textilindustrie, in diesem Band, Seite 919 ff., Wagner Frauenarbeit im Bergbau, ebenda, Seite 1061 ff., und Girbig Frauenarbeit in der Glasindustrie, ebenda, Seite 1177 ff.

hier eingreifen (und das hat sie bisher mit Erfolg getan und wird es auch in Zukunft tun), so wird der Zweck der Verbandstätigkeit den Frauen leicht einleuchten. Denn der Frau vor allem kommt es darauf an die nötige Menge Naturalien, und zwar natürlich guter Qualität, für ihre Wirtschaft zu erhalten.

Ebenso wird der Verband dafür eintreten, daß die rechtliche Stellung der Landarbeiterin eine andere wird. Ich will hier nur einen praktischen Fall anführen. In fast allen Arbeitsverträgen finden wir die Bestimmung: die Frau habe, so oft sie verlangt wird, zur Arbeit zu erscheinen. Damit sind die Landarbeiterfrauen vollständig der Willkür des Arbeitgebers ausgeliefert. In diesem wie in anderen Punkten wird der Verband bestrebt sein müssen geregelte Verhältnisse zu schaffen, damit die Frauen nicht nur Befehlen zu folgen haben sondern auch Rechte genießen.

Auch der Frage der Ansiedlung auf dem Lande bringen die Frauen Interesse entgegen. Es sei bemerkt, daß in neuerer Zeit die Schaffung von Mietwohnungen mit Pachtland angestrebt wird, da die Landarbeiter nicht dafür zu haben sind sich, wenigstens in der ersten Zeit, in der ihnen die nötigen Barmittel fehlen, durch Ansiedlung fest zu binden. Auch da, wo die Ansiedler fremder Erwerbsarbeit nachgehen, sind keine großen Erfolge mit der direkten Ansiedlung von Landarbeitern erzielt worden. Trotzdem besteht bei den Landarbeiterfamilien der Wunsch Land zur eigenen Bewirtschaftung zu besitzen. Und sei dies nun Pacht- oder eigenes Land, der Frau fällt bei der Bebauung ein erheblicher Teil der Arbeit zu. Genosse Edmund Fischer hat in den Sozialistischen Monatsheften auf den Konflikt zwischen der Erwerbsarbeit der Ehefrauen und ihren hauswirtschaftlichen und mütterlichen Pflichten hingewiesen.<sup>3)</sup> Meiner Ansicht nach hat er recht, wenn er behauptet, daß sich eine weitgehende Erwerbsarbeit nicht mit der ordnungsgemäßen Führung des Haushalts vereinen läßt. Nun denke man an eine Landarbeiterfamilie mit reichlicher Kinderzahl und dazu noch Pacht- oder eigenem Land, das von der Familie mit bebaut werden soll. Und dann schließlich an die Heimarbeit auf dem Lande, mit der die freie Zeit in den Wintermonaten auch noch ausgefüllt wird. Auf den Schultern der Frauen ruht in der Tat hier eine schwere Last.

Durch die Frage der Ansiedlung der Kriegsinvaliden ist das Landansiedlungsproblem bis in unsere Kreise hinein sehr aktuell geworden. Man denkt dabei aber meist nur an die ideale Seite der Sache. Man darf aber auf die Schultern der Frauen nicht eine zu große Arbeitslast legen. Besonders ist doch auch die Erziehung der Kinder zu berücksichtigen. Man treibt jetzt Bevölkerungspolitik, man will zahlreiche und gesunde Kinder aufziehen. Man darf aber doch nicht nur an die körperliche sondern muß auch an die geistige Gesundheit der Nachkommenschaft denken. Wie aber soll die Landarbeiterin sich heute ihren Kindern so widmen, daß sie imstande ist sie zu vollwertigen Gliedern der menschlichen Gesellschaft heranzubilden? Ich würde es für erstrebenswerter halten, wenn es der Organisationstätigkeit gelänge dem Mann eine solche Existenz zu erkämpfen, daß die notwendigen Lebensbedürfnisse davon zu bestreiten sind. Wenn dann die Landarbeiterfrau ihren Haushalt und daneben die Eigenwirtschaft und die Kleintierzucht besorgt,

<sup>3)</sup> Siehe Fischer Tendenzen der Frauenarbeit, in den Sozialistischen Monatsheften, 1917 II, Seite 536 ff

dann ist ihr jedenfalls an Arbeit reichlich genug zugewiesen. Das volkswirtschaftliche Interesse wäre damit ebenfalls gewahrt. Wenn bei Vorträgen in ländlichen Versammlungen die Vertreter des Landarbeiterverbandes die Bestrebungen der Organisation in diesem Sinn darstellen, so werden sie, wie ich überzeugt bin, bei den Landarbeiterinnen volles Verständnis finden.

Endlich das weite Gebiet der Kriegsfürsorge. Auch in einer geregelten Friedenswirtschaft wird trotz allen Bemühungen für die Hinterbliebenen der Gefallenen, für die Kriegsinvaliden und ihre Familien selbst noch so manches zu wünschen übrigbleiben. Wiederum in verstärktem Maß auf dem Land. Den Verbandsmitgliedern auch auf dem Feld der Kriegsfürsorge zu helfen wird in Zukunft eine der Hauptaufgaben der Organisation sein. Und diese Tätigkeit wird umgekehrt wieder dazu beitragen den Landarbeitern den Wert der Organisation begreiflich zu machen.

Zum Schluß will ich noch darauf hinweisen, daß meiner Ansicht nach die gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiterschaft sich auch die Förderung des Genossenschaftswesens auf dem Land angelegen sein lassen sollte. Die Ausschaltung des Zwischenhandels und der direkte Absatz der landwirtschaftlichen Produkte an die städtischen und industriellen Arbeiter wurde in letzter Zeit von verschiedenen Seiten angeregt.<sup>4)</sup> Warum sollte es nicht gelingen künftig auch die Produkte des kleinsten landwirtschaftlichen Betriebs genossenschaftlich zu erfassen und direkt den Verbraucher-genossenschaften zuzuführen? Auch dies ist wieder eine Frage, die die Frauen besonders angeht. Die Förderung des Genossenschaftswesens durch die Landarbeitergewerkschaft wird auch deren Werbekraft sehr erhöhen.

Wird die Landarbeiterorganisation in vorstehendem Sinn praktisch arbeiten und sich noch mehr als bisher der Organisierung der Frauen widmen, so kann meines Erachtens der Erfolg nicht ausbleiben. Die bisherigen Erfahrungen auf dem Gebiet der Frauenorganisation berechtigen zu dieser Hoffnung.

## HERBERT KÜHNERT · DER TOTEMISMUS IN DER SPHÄRE DER MATERIELLEN KULTUR

**H**AT man das Wesen des Totemismus im Religiösen zu suchen<sup>1)</sup>, so führt uns andererseits die Preußische Theorie, die ihn zwar nach seinem Ursprung und seinem Wesen der Sphäre des spezifisch Religiösen zuweist, jedoch seinen engen Zusammenhang mit den primitivsten Formen der Vergesellschaftung sowie den primitiven Ordnungen des Wirtschaftslebens und des Geschlechtsverkehrs andeutet<sup>2)</sup>, zu denjenigen Theorieen, nach denen sein Ursprung nicht so sehr auf religiösem als auf einem der zuletzt genannten Gebiete zu suchen ist, während sein religiöses Element erst als spätere Sekundärbildung zu erklären wäre.

<sup>1)</sup> Siehe auch Feuerstein Die wirtschaftliche Verbindung von Stadt und Land im Dienst des Volkes, in den Sozialistischen Monatsheften; 1916 III, Seite 1296 ff.

<sup>2)</sup> Siehe Kühnert Der Totemismus als religiöses Phänomen, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 931 ff.

<sup>3)</sup> Siehe Preuß Die geistige Kultur der Naturvölker /Leipzig 1914/.

Den Theorien S. Reinachs und E. Durkheims reiht sich die sogenannte nominalistische Theorie an, die den Totemismus aus dem Bedürfnis der Primitiven erklärt sich einzeln oder gruppenweise durch Namen von anderen Individuen oder Gruppen abzugrenzen. Als wichtigste Vertreter dieser Theorie seien A. K. Keane, Max Müller, J. Pikler, Herbert Spencer, John Lubbock (Lord Avebury), Fison, A. Lang, F. C. Müller-Lyer genannt. Müller-Lyer zum Beispiel meint, man müsse wohl von der Tatsache ausgehen, daß bei der primitiven Einzelhorde ein ausgesprochener Totemismus noch nicht vorkomme sondern erst auftrete, wenn mehrere Horden Beziehungen zu einander eingehen. Bei dem damit entstehenden Bedürfnis die Gruppen durch besondere Namen von einander zu scheiden, liege es für primitive Jäger nahe sich Tiernamen beizulegen, wie man dies ja auch bei spielenden Kindern nachweisen könne. »Hatte dann die Horde sich einer Tiernamen beigelegt, so wurde das bevorzugte Tier Gegenstand der Legende (wie es heute noch bei manchen Familiennamen der Fall ist): es wurde aufgefaßt als der tatsächliche Stammvater der Sippe und wurde nun der Schonung und sogar der Verehrung für würdig befunden.«<sup>2)</sup>

Den nominalistischen Theorien reihen sich diejenigen an, die den Totemismus aus den wirtschaftlichen Bedürfnissen der primitiven Menschen erklären wollen. So hat A. C. Haddon angenommen, daß jeder primitive Stamm ursprünglich von einer besondern Tier- oder Pflanzenart lebte, vielleicht auch mit diesem Nahrungsmittel Handel trieb und ihn anderen Stämmen im Austausch zuführte. So sei ein Stamm dem andern hauptsächlich unter dem Namen des Tieres bekannt geworden, das für ihn eine so wichtige Rolle spielte. Gleichzeitig habe sich bei diesem Stamm eine besondere Vertrautheit mit dem betreffenden Tier und eine Art von Interesse für dieses Tier entwickelt, das aber im wesentlichen auf den Hunger gegründet gewesen sei. In ähnlicher Richtung bewegte sich die zweite, von Frazer vertretene Theorie, die, von der sogenannten Intichiumazeremonie der von Spencer und Gillen beschriebenen australischen Aruntaleute ausgehend, annahm, daß jeder Totemclan sich ursprünglich von seinem Totem genährt habe, so daß er gleichsam einen magischen Produktions- und Konsumverein gebildet hätte. In anderer Richtung hat sich die von Frazer neuerdings vertretene dritte Theorie bewegt, die gleichfalls von den Zuständen ausging, die Spencer und Gillen von den zentralaustralischen Aruntaleuten berichtet haben. Es ist dies die Gewohnheit das Totem individuell danach zu bestimmen, welchen Totemplatz die schwangere Frau passiert, während sie die ersten Regungen des Kindes in ihrem Leib verspürt. Eine Reihe von Autoren hat ferner aus der Tatsache, daß der Totemismus häufig in Verbindung mit dem Verbot des Gruppeninzests auftritt, schließen wollen, daß der Totemismus gleichsam zu dem Zweck eingeführt worden sei dieses Verbot zu verschärfen. Um die Inzestscheu ihrerseits wieder zu erklären, hat man auf eine ziemlich unwahrscheinliche instinktive Abneigung der primitiven Menschen gegen den Inzest zurückgegriffen, oder aber man hat, wie Atkinson, im Anschluß an Darwins Hypothese über den sozialen Urzustand der Menschen, angenommen, die Eifersucht des männlichen Oberhaupts der Urfamilie oder Urgruppe habe die jüngeren männlichen Glieder einer Gruppe am geschlechtlichen Verkehr mit den weiblichen Gliedern dieser Gruppe verhindert, -

<sup>2)</sup> Siehe Müller-Lyer Die Familie /München 1912, Seite 12.

gelegentlich veranlaßt das Oberhaupt zu stürzen und seine Stelle einzunehmen oder aber auszuwandern und sich außerhalb der Vatergruppe eine Frau zu suchen.<sup>4)</sup> Diese Verhältnisse hätten die Exogamie der jungen Männer praktisch durchsetzen müssen, denn jeder dieser Vertriebenen konnte eine ähnliche, durch die Eifersucht und physische Stärke eines Mannes beherrschte Horde gründen, und so konnte sich allmählich die Institution herausbilden, daß kein Sexualverkehr mit den Geschlechtsgenossen stattfinden dürfe. Die (spätere) Einsetzung des Totemismus würde diese Regel dann einfach zu der Regel, daß Sexualverkehr innerhalb des Totems verboten sei, gewandelt haben. So einleuchtend diese Hypothese zur Begründung des primitiven Inzestverbots sein mag, so wenig erklärt sie für sich allein die Tatsache, daß der Totemismus gelegentlich mit diesem Verbot zusammengetroffen ist. Diese Lücke der Darwin-Atkinsonschen Theorie hat nun eine sehr interessante hypothetische Bearbeitung durch Freuds psychoanalytische Beleuchtung des Totemismus erfahren.<sup>5)</sup>

Freud geht davon aus, daß das Verhältnis der Kinder zu den Tieren viel Ähnlichkeit mit dem der Primitiven besitzt. Die psychische Stellung der Kinder zu den Tieren erfährt nun gelegentlich eine Störung in der sogenannten Tierphobie, einer der häufigsten und verbreitetsten, aber auch am schwersten analysierbaren infantilen Neurosen.<sup>6)</sup> Diese Neurosen zeigen zwei Züge, die auch dem totemistisch denkenden Primitiven eigentümlich sind, nämlich erstens völlige Identifizierung des Kindes mit dem Totemtier und zweitens ambivalente, das heißt doppelsinnige, zum Beispiel liebende und zugleich hassende, Gefühlseinstellung zu ihm. Der Komplex, an dem das männliche Kind zu meist leidet, ist der sogenannte Ödipuskomplex, einer der Kernkomplexe aller Neurosen überhaupt. Der Vater wird danach vom dem Kind als Konkurrent in der Gunst der Mutter empfunden, auf die sich die keimenden Sexualwünsche des Knaben in dunkeln Ahnungen und Träumen richten. Da sich der aus Eifersucht hervorgehende Haß des Knaben ungehemmt entfalten kann und mit der daneben bestehenden Bewunderung und Zärtlichkeit für den Vater zu kämpfen hat, verschiebt er sich in dieser ambivalenten Form auf irgendein Tier, wie dies besonders aus den Träumen des Kindes hervorgeht. Auf Grund der Analyse solcher Tierphobien hält sich Freud für berechtigt im Totemismus der Naturvölker das für heilig gehaltene Tier unter dem Aspekt einer Art von völkerpsychologischer Verschiebung, und zwar als uneingestanden oder unbewußten Ersatz für den oben erwähnten hypothetischen Urvater der primitiven Menschengruppe anzusehen. Freud folgert nun weiter: Ist das Totem gleich dem »Urvater«, dann fallen die beiden Hauptgebote des Totemismus: Verbot der Tötung des Totemtiers und Verbot geschlechtlichen Verkehrs mit den Totemgenossen, mit den im sogenannten Ödipuskomplex erkennbaren beiden »Urwünschen« des Kindes, nämlich Beseitigung des Vaters und Wunsch nach dem Besitz der Mutter, zusammen.

Um diese Folgerung einleuchtend zu machen, geht Freud aus von einer Theorie über die wahrscheinlich ursprüngliche Bedeutung des Opferrituals

<sup>4)</sup> Siehe Atkinson *Primal Law* /London 1903/, besonders Seite 220 f.

<sup>5)</sup> Siehe Freud *Totem und Tabu* /Wien 1913/.

<sup>6)</sup> Siehe hierzu Wulff Beiträge zur infantilen Sexualität, im Zentralblatt für Psychoanalyse, 1912, Seite 15 ff., und Ferenczi Ein kleiner Hahnemann, in der Internationalen Zeitschrift für ärztliche Psychoanalyse, 1913.

bei Naturvölkern und ältesten geschichtlichen Völkern, die zuerst von dem 1894 verstorbenen Forscher W. Robertson Smith aufgestellt worden ist.<sup>7)</sup> Wenn Smith' Theorie richtig wäre, dann hätte es in vorhistorischer Zeit eine Art von Totemreligion gegeben, an der die gelegentliche sakramentale Tötung und gemeinsame Aufzehrung des sonst verbotenen Totemtiers ein wichtiger Zug war. R. Smith war der Ansicht, daß eine Beschreibung des Opfers, die wir vom Heiligen Nilus haben und die die Beduinen in der sinaitischen Wüste um das Ende des 4. Jahrhunderts nach Christus betrifft, dieser alten hypothetischen Form im großen und ganzen noch entsprechen müßte. Danach wurde das Opfer, ein Kamel, gebunden auf einen Stein gelegt. Der Anführer ließ die Gemeinde unter Gesängen dreimal um den Altar wandeln, brachte dem Tier die erste Wunde bei und trank das Blut. Dann stürzte sich die ganze Gemeinde auf das Tier, zerstückelte es und verschlang das noch zuckende Fleisch in fliegender Eile beim Licht des Morgensterns, dem das Opfer galt, so daß beim Erblassen des Morgensterns bereits das ganze Tier aufgegessen und jede Spur von ihm vertilgt war. Frazer hat in den Abschnitten *Eating the God and Killing the Divine Animal* seines Werkes *The Golden Bough* eine große Anzahl von Beispielen mitgeteilt, die auf eine solche Bedeutung des Opfers hinweisen. Bemerkenswert ist an dieser Totemmahlzeit, daß die Teilnehmer dabei offenbar das Bewußtsein hatten eine verbotene Handlung auszuführen, die nur durch die Teilnahme aller ihre Rechtfertigung erhielt; daß sich keiner von der Tötung und der Mahlzeit ausschließen durfte; daß nach vollbrachter Tat das ermordete Tier beklagt und beweint wurde; daß man dabei offenbar von Furcht vor Vergeltung gepeinigt war und die Verantwortung nach Möglichkeit abzuwälzen suchte (später auch durch symbolische Handlungen, zum Beispiel Wegwerfen des Opfermessers ins Meer); daß danach laute Festfreude mit Entfesselung aller Triebe und Gestattung aller Befriedigungen folgte.

Hält man nun mit dieser Totemmahlzeit die Tatsache der oben beschriebenen hypothetischen Darwinschen Urhorde zusammen (ein gewalttätiger eifersüchtiger Vater, der alle Weibchen für sich behält und die heranwachsenden Söhne vertreibt, in dieser Urhorde noch kein Totemismus) sowie die andere Tatsache, daß die primitivste Form der gesellschaftlichen Organisation, die Geschichte und Völkerkunde bis jetzt haben nachweisen können, stets Männerverbände waren, die aus gleichberechtigten Mitgliedern bestanden und totemistischen Einschränkungen in irgendeiner Form unterlagen, so kann die oben beschriebene Smith-Freudsche Theorie über das Opferritual sehr wohl einen Fingerzeig dafür geben, wie etwa diese primitive Horde aus der Darwinschen Urhorde hat entstehen können. Es besteht Grund zu der Annahme, daß ein typisches Ereignis der Urzeit darin bestanden hat, daß sich eines Tages die ausgetriebenen Brüder zusammengenommen, den Vater erschlagen und verzehrt und so der Vaterhorde ein Ende gemacht haben. Sie hätten danach eben vereint, vielleicht auch im Gefühl der Überlegenheit durch eine neue oder verbesserte Waffe, gewagt, was keiner von ihnen allein gewagt hatte, nämlich das zugleich gefürchtete und bewunderte Vorbild zu beseitigen, um, jeder für sich, dessen Stelle einzunehmen und durch Verzehren seines Leibes sich ein Stück von der ihm innewohnenden geheimnisvollen Führerkraft (Manavorstellung) anzueignen. Und wel-

<sup>7)</sup> Siehe *Smith Lectures on the Religion of the Semites* /Edinburgh 1889.

ches werden ihre Gefühle nach vollbrachter Tat gewesen sein? Erstens Gefühle der Freude über die Befreiung von einer als veraltet und ungerecht empfundenen Gesellschaftsform, zweitens Gefühle des Schuldbewußtseins, der Reue, der Geneigtheit zu nachträglichem Gehorsam, und zwar dies um so mehr, als die Tat infolge der unentwegten gegenseitigen Eifersucht der Brüder keinem der Täter die volle Befriedigung des Wunsches, der den Ausgangspunkt der Tat gewesen war (Usurpierung der Stelle des Vaters), hatte bringen können und somit in gewisser Hinsicht vergeblich gewesen war. Denn wenn nun jeder von den Mördern gegen die Brüder um den alleinigen Besitz der Frauen gekämpft hätte, so wäre in dem Kampf aller gegen alle die neue, *demokratische* Organisation, die d'a frühere geschlechtliche Tyrannis des Stärksten der Horde beseitigt hatte, wieder verloren gegangen. Sollte aber andererseits die neue Organisation erhalten bleiben, so blieb jedem einzelnen der Täter nichts übrig als freiwilliger Verzicht auf das Ziel des Verbrechens, nämlich auf die Frauen des eigenen Stammes. Die Tat selbst konnte allerdings nicht wieder ungeschehen gemacht werden und sollte es letzten Endes auch nicht. Aber sie konnte gleichsam abgeschwächt werden, um den vorhandenen Gefühlen der Angst vor der Rache des Totems, des Schuldbewußtseins, der Reue, des nachträglichen Gehorsams ein Ventil zu schaffen, und dies geschah durch eine Art Vertrag mit dem *Vaterersatz*, dem Totemtier. Hier, in diesem Vertrag, der die Tötung des Tiers im allgemeinen verbot und nur für den Ausnahmefall des Gedenkopfers (aber auch hier nur unter der einschränkenden Bedingung, daß alle Stammesgenossen gemeinsam am Opfer teilnehmen) zuließ, wurde gleichsam dem ermordeten Vater nachträglich alles zugesagt, was die kindliche Phantasie vom Vater erwarten durfte, nämlich Schutz, Fürsorge und Schonung, wogegen man sich verpflichtete sein Leben hinfort zu ehren oder doch wenigstens nicht ohne den Bestand einer gewissen Notwendigkeit zu verletzen. Auch lag in diesem Vertrag, wie Freud bemerkt, eine Art Rechtfertigungsversuch mit dem Sinn: Hätte der Vater uns behandelt wie der Totem, wir wären nie in Versuchung gekommen ihn zu töten. Freilich kam, gemäß der ambivalenten Gefühlseinstellung, die die Söhne bei der Ermordung des Vaters geleitet hatte, in der nun stipulierten Totemreligion, deren kultischer Mittelpunkt hinfort das Totempfer war, nicht nur das Gefühl der Reue, der Abschwächung, des Wiedergutmachenwollens zum Ausdruck sondern auch das Gefühl des Trotzes, daß die Tat notwendig gewesen war, und das Bewußtsein, daß alle Brüder sich solidarisch fühlten in dem Willen dieses Gefühl für alle Zukunft wachzuhalten. So gelangte das alte Totemmahl zu der Bedeutung nicht nur einer Bußhandlung sondern auch der festlichen Erinnerung an den Triumph über den alten Gott und die Einsetzung einer neuen Religion, des feierlichen Gelöbnisses das Errungene für alle Zeiten festzuhalten und des gemeinsamen Willens immer wieder den Akt der gewaltsamen Aneignung göttlicher Eigenschaften in der Zeremonie des Totempfers zu erneuern. Wenn dabei auch hinfort dauernd die Gefühle der Schuld in Form von pietätvoller Verehrung der Gottheit wirksam bleiben, so behalten doch neben ihnen diejenigen Tendenzen, die zu dem Verbrechen geführt haben, den Sieg. Wohl, das Blut des Gottes ist vergossen, aber die Mörder haben es in sich aufgenommen, und nun bildet es unter ihnen das heilige Band der Blutsbrüderschaft, das heißt die Brüder versprechen sich, daß ihnen unter einander das Leben heiliger sein wird als ihnen das Leben des



gemordeten Vaters gewesen war, und daß sie hinfort bei der Totemfeier immer daran denken wollen, daß sie diese Solidarität des gemeinsamen Blutes dem verehrten Toten verdanken. So kommt zum religiös begründeten Verbot der Tötung des Totemtiers nunmehr das Verbot des Brudermordes hinzu, das sich späterhin zum Verbot des Menschenmordes schlechthin entwickeln, ja schließlich auf den ganzen Bereich des organischen Lebens ausdehnen wird.

Wie kommt es nun aber, daß in der vom heiligen Nilus beschriebenen Opferszene der Gott zweimal vertreten ist, einmal als Opfertier und zweitens als Morgenstern, das heißt als Gott, der gleichsam am Tieropfer mit teilnimmt? Zur Lösung dieses schwierigen Problems muß man sich wohl gegenwärtig halten, daß jene Szene trotz ihren archaischen Zügen bereits einen Kulturzustand repräsentiert, wo der Totemismus als Religion längst einer andern Form von Religiosität Platz gemacht hatte; einer Form, wie wir sie auch sonst vielfach bei geschichtlichen Völkern beobachten können, wo Reste der alten Totemreligion nur noch insofern vorhanden waren, als den neuen Göttern diese oder jene Tiere heilig sind, daß in gewissen Opfern, besonders den mystischen, dem Gott gerade das ihm geheiligte Tier zum Opfer gebracht wird, daß Götter noch häufig in Tiergestalt oder wenigstens in halb Tier-, halb Menschengestalt verehrt werden, oder daß tierische Götter die Rolle von zwar untergeordneten, aber immer noch machtvoll um ihr Dasein ringenden Lokalgöttern spielen, daß sich in den Mythen oft der Gott in ein Tier, besonders das ihm heilige, verwandelt usw. Die Entwicklung der Kultur hatte ja überhaupt allmählich eine größere psychische Entfremdung zwischen Mensch und Tier herbeiführen müssen, selbst wenn man von der Zersetzung des Totemismus, die die Domestikation von Tieren mit sich bringen mußte, absehen will. Es ist also nicht verwunderlich, wenn die ursprüngliche, tierische Form des Vaterersatzes schließlich anderen Formen Platz machte, die einen weniger naturhaften Charakter hatten. Es ist hier nicht der Ort dieser Wandlung und ihren Ursachen nachzugehen. Uns interessiert hier nur die Tatsache, daß in jener Opferszene, die der heilige Nilus beschrieben hat, die Gottheit zweimal vertreten ist, in einer ältern Form (dem Opfertier) und einer jüngern Form (Stern Gott), und daß diese zweifache Anwesenheit des Gottes offenbar zwei einander zeitlich ablösenden Bedeutungen der Szene entspricht. Man könnte sich ja mit Freud denken, daß die mythisierende Funktion der Menschenseele in dem Maß, wie der Lauf der Kultur die freierliche Urtat allmählich in ideale Ferne gerückt hatte, den zärtlichen Gefühlen gegen Gottvater wieder größeren Raum gegeben hätte, und daß sie so gegenüber dem alten tierischen Götterbild ein neues geschaffen hätte, das wieder mehr die volle Macht und Unbeschränktheit des einst bekämpften Urvaters und die Bereitwilligkeit der Menschen sich ihm zu unterwerfen und ihm Genugtuung für den Urfrevel zu verschaffen zum Inhalt gehabt hätte. So mag im religiösen Leben jener spätern Zeit allmählich eine Tendenz entstanden sein unter Anlehnung an die Verehrung einzelner hervorragender Menschen einen Typus von Stammesgott zu prägen, der ein ernsthafterer Sühneversuch gewesen wäre als seiner Zeit der Vertrag mit dem Totem. Vielleicht hat dabei entscheidend mitgewirkt, daß sich inzwischen überhaupt neue Formen des gesellschaftlichen Seins herausbildeten, die durch ihren mehr absolutistischen Charakter (Herausbildung

der patriarchalischen Familie und des theokratischen Staates) der mehr demokratischen Form der ehemaligen Männerhorde sozusagen diametral entgegengesetzt waren. Bekam doch in diesen neuen Formen das Oberhaupt (Patriarch, König) einen Teil der Rechte wieder, die einst der hypothetische Urvater innegehabt hatte, ohne daß darum die positiven Errungenschaften des Urfrevels aufgegeben worden waren. Demnach wäre in der vom heiligen Nilus beschriebenen Opferszene ein Typus von Religiosität zu sehen, wo das Opfer die Bedeutung erlangt hat dem Vater Genugtuung für die an ihm verübte Schmach in der selben Handlung zu bieten, die die Erinnerung an diese Untat fortsetzt. Damit wäre in der Entwicklung des Opfers und der Religiosität überhaupt eine Tendenz nachgewiesen, die gleichsam in ihrer Verlängerung geraden Wegs in die uns aus dem Studium der ältesten geschichtlichen Kulturvölker bekannten Verhältnisse hineinführt, und die sich als ein weiteres Betonen derjenigen religiösen Gefühle charakterisiert, die eine immer vollständigere Entlastung der Menschen von ihrem Schuldbewußtsein gegen den Vater verlangen: Das Tier verliert allmählich gänzlich seine Heiligkeit und das Opfer seine Beziehung zur Totemfeier. Es wird eine bloße Darbringung an die Gottheit, eine Selbstentäußerung zu ihren Gunsten. Immer mehr steigt die Herrschaft der göttlichen Autorität, immer mehr entlasten sich damit die Menschen von ihrem Schuldbewußtsein. Das Opfer fällt jetzt ganz aus der Verantwortlichkeit der Opfernden heraus; denn Gott selbst hat es ja verlangt und angeordnet. Gelegentlich geht diese Selbstentlastung der Menschen sogar so weit, daß sie (im Mythos) den Gott selbst das ihm heilige Tier (das er doch ursprünglich selbst war) töten lassen.

Trotz diesem spätern stärkern Hervortreten der liebevollen Gefühle aus dem ursprünglich ambivalenten Vaterkomplex verstummen aber auch die entgegengesetzten, feindselig-trotzigen Regungen im Lauf der weitem religiösen Entwicklung nicht gänzlich. Sehr deutlich tritt das Bestreben des Sohnes sich an die Stelle des Vaters zu setzen wieder hervor in den Mythen von Attis, Adonis, Tammuz, das heißt jugendlichen Gottheiten, die die Liebesgunst mütterlicher Gottheiten genießen, also dem Vater zum Trotz den Inzest durchsetzen, dafür aber durch kurzes Leben, Entmannung oder Verwandlung in Tierform vom Vater bestraft werden. Und wenn man aus den Stiertötungen durch Mithras den Schluß zieht, daß er, psychoanalytisch gesprochen, den Sohn vorstellte, der die Opferung des Vaters allein vollzog und dadurch die Brüder von der Mitschuld erlöste, so bedeutet der Christusmythos insofern einen Höhepunkt der selben Entwicklungslinie, als hier der Erlöser die Erlösung der Brüder dadurch vollzieht, daß er sein eigenes Leben opfert. Daß im christlichen Mythos die Erbsünde (ein Gedanke, der wahrscheinlich orphischer Herkunft ist) ursprünglich eine Versündigung gegen den Gottvater darstellte, ist zweifellos. Erlöst nun Christus die Brüder durch Hingabe seines Blutes und Lebens von dieser Sünde, so liegt die Vermutung nahe, daß diese Sünde ursprünglich eine Mordtat war. Und wenn dies Opfer die Versöhnung der Menschen mit Gottvater bewirken soll, so kann das zu sühnende Verbrechen ursprünglich kein anderes als der Mord am Vater gewesen sein. Die Versöhnung ist hier, vom Standpunkt des alten Totemismus gesehen, um so gründlicher als zugleich mit dem Opfer voller Verzicht auf das Weib erfolgt, um dessen willen (Evamythos) man sich mit dem Vater entzweit hatte. Die Erlöser-

tat Christi würde danach insofern eine Höchststeigerung der hier charakterisierten Entwicklungslinie bedeuten, als sie dazu führt den Menschensohn selbst zur göttlichen Gestalt zu erheben. Wird doch sogar die alte Totem-mahlzeit als Kommunion mit der bezeichnenden Abänderung wiederbelebt, daß nunmehr die Brüderschar nicht mehr Fleisch und Blut des Vaters sondern des Sohnes genießt und sich durch diesen Genuß mit ihm identifiziert.

Die Psychoanalyse hat uns gezeigt, daß der Mensch in seiner unbewußten Geistestätigkeit einen Apparat besitzt, der ihm gestattet die Reaktionen anderer Menschen zu deuten, die Entstellungen wieder rückgängig zu machen, die der andere an dem Ausdruck seiner Gefühlsregungen vorgenommen hat. Dadurch ist die Psychoanalyse auch für die Religionswissenschaft von Bedeutung geworden. Diese Methode kann auch für denjenigen fruchtbar sein, der die konkreten Hypothesen und Deduktionen Freuds nicht anerkennt, ja zurückweist. In der Tat kann sie in ihrer Weiterentwicklung und damit notwendigen Erweiterung eine Anwendung von erheblicher Tragweite auf die Soziologie und auch auf die Religionswissenschaft finden. Andererseits liegt in ihr auch die Gefahr von beidem abzuführen und insbesondere das Wesen der Religiosität, das sie methodisch aufzuhellen bestimmt ist, sachlich zu verdunkeln. Wegen der allgemeinen Bedeutung, die der Psychoanalyse zukommt, schien es geboten ihr in diesem Zusammenhang breiteren Raum zu geben als vielleicht im Interesse des Gleichmaßes dieser Studie gelegen war. Daß die Darstellung der Freudschen Hypothesen nicht etwa auch eine Annahme ihrer Ergebnisse in sich schließt, braucht bei dem allgemeinen Standpunkt, der hier in der Auffassung der Religion eingenommen wird, nicht besonders betont zu werden. Wie man sich aber auch dazu stellen mag: das psychoanalytische Verfahren ist an sich eine erhebliche Errungenschaft des Geistes und wird sicherlich mit Recht eine immer größere Rolle auf den ihr zugänglichen Gebieten spielen, so daß sich ein besonderes Eindringen in die Literatur über Psychoanalyse<sup>\*)</sup>, namentlich in Freuds eigene Schriften, für jeden empfiehlt, der die Gabe und die Neigung hat neue Wege zu gehen.

## ADOLF BEHNE · IST DAS SCHWÄCHE?



WENN Rußland, nachdem es in 3 Jahren des Krieges viele Hunderttausende von Toten und Gefangenen eingebüßt hat, nachdem ihm stärkste Festungen verloren gingen, reiche Provinzen besetzt sind, wenn Rußland, so aus vielen Wunden blutend, den Feind im Land, den Frieden anbietet, kann das etwas anderes sein als Schwäche?

Wäre in Rußland noch die Regierung des Zaren bestimmend, so könnte man von einem Eingeständnis der Schwäche reden. Denn die zarische Regierung hatte sich, in Bündnisse verstrickt, zu einem gewissen Zeitpunkt zum Krieg entschlossen. Der Krieg bis zum siegreichen Ende stand in ihrem Programm. Freilich zeigte sich auch ihr bald die falsche Zielrichtung. Immerhin, ein Verzicht auf dieses Programm würde man allerdings lediglich als durch den harten äußern Zwang der blutigen drängenden Waffen verursacht annehmen können. Aber diese Herrschaft des Zaren besteht nicht mehr. Wäh-

<sup>\*)</sup> Siehe über Psychoanalyse auch die Rundschau Psychologie, in dem Sozialistischen Monatsheften, 1908 I, Seite 519 ff., 1910 III, Seite 1304 f., 1912 I, Seite 61 f., 1914 I, Seite 391 f., 1916 I, Seite 128, 1917 I, Seite 156 ff.

rend auf seine Rüstung, auf seinen Körper feindliche Gewalten schlugen, während er Schritt für Schritt zurückgedrängt und um Teile seines Besitzes ärmer gemacht wurde, hat der Gegner im Osten sich gewandelt. Die Waffen treffen nicht mehr eine Regierung, sie treffen ein Volk. Und im nämlichen Augenblick, da dieses Volk in der Erkenntnis des Guten den Herrn und seine Helfer sich vom Nacken warf, im nämlichen Augenblick, da es nur frei stehen, frei sprechen konnte, bot es den Völkern Europas den Frieden an.

Ist das Schwäche?

Von der ehrlichen Beantwortung dieser Frage hängt für uns Unendliches ab, vielleicht alles.

In Rußland ist das Gewissen erwacht. In Rußland ist das Volk erwacht. Beides ist das gleiche. Nie in der Geschichte hat sich herrlicher gezeigt, selbst 1789 nicht, welcher Größe, welcher moralischen Stärke das Volk fähig ist. Es ist eine heroisch-kulturelle Tat ohne Beispiel, daß das russische Volk die Ketten der konventionellen staatlichen Unehrlichkeit zerriß und, seinem Gewissen folgend, mehr und mehr, mit herrlichem Mut und wunderbarem Optimismus, sich vom Blutvergießen entwaffnete und an Stelle machtlüsterner Geheimnisse die Wahrheit einsetzte. Ist es nicht herrlich deutlich, daß diese wahrhaft menschliche Großtat vom Volk geschah, von diesem Volk, das man für so dumm hielt, daß man es in seinem Interesse glaubte regieren zu müssen? Aber in Wahrheit hat dieses Volk bisher nur in seiner staunenswerten Geduld die Regierungskunst der Herren ertragen und hingenommen, wohl wissend von lange her, daß die Kunst, mit der es regiert wurde, abgedroschen, fragwürdig und dünkelhaft kurzsichtig sei, trotzdem in seiner Bescheidenheit Geduld und Geduld übend. Nicht das Volk war die Dummheit, die Dummheit war sein Herr. Jene, die sich zu Führern berufen wähten, waren vorsintflutlich zurück, ohne Kühnheit, ohne Menschlichkeit. Stand ihre, vom zeremoniellen Riesenapparat umgebene Art die Geschichte der Millionen Guten zu lenken nicht noch immer auf der tiefen, banalen Stufe der Konvention? Die Tatsache, daß es das Volk war, das zuerst das Neue, das Kühne, das Ehrliche tat, ist tief beglückend, und sie weist den Weg, den wir zu gehen haben: von der Gesellschaft zum Volk, von den Klassen und Ständen zur Einheit.

Rußland als erstes Land Europas findet seine Einheit.

Wie? Zu einer Zeit, da dieses Reich in eine täglich wachsende Zahl von Republiken zu zerfallen scheint, finden wir den Mut von seiner beginnenden Einheit zu sprechen?

Weil Einheit nichts mit politischer Zentralisation zu tun hat. Ein Land kann politisch eins sein, und doch zerrissen, in sich gegensätzlich und uneins. Wir müssen uns nicht einbilden, daß der Wert der Organisation, auf deren praktische Erfolge wir so stolz sind, bis in die Sphäre reicht, von der wir jetzt sprechen. Die natürliche innere Einheit bedarf nicht der Eisenreifen einer zentralisierten Organisation. Rußland kann in so viele Republiken zerfallen als es Einwohner zählt, und es wird doch eins sein. Als Bund freier, autonomer Nationen ist es erst recht das einige und einheitliche Rußland. Denn je weniger von oben herab regiert (und technifiziert), je mehr der Mensch wie die Nation auf Selbstverantwortung gestellt wird, um so

einheitlicher ist ein Volk, weil noch immer, seit Beginn der Welt, alle Herrschaft mit dem Satz »Divide et impera!« beginnt, weil keine Gewaltherrschaft möglich ist ohne Zerstörung ursprünglicher Einheit und ohne das Ausspielen der gewonnenen Teile gegen einander.

Die Russen, die der Chinese Ku Hung Ming in seinem außerordentlich wertvollen Buch das »beste, gesündeste, liebenswürdigste, freundlichste und großmütigste Volk von Europa« nennt<sup>1)</sup>, wollen nicht mehr beherrscht werden. Aber sie wollen auch nicht herrschen. Sie wollen den Krieg, den ihnen die früheren Herrschenden befahlen, nicht mit dem Blut ihrer Brüder fortsetzen. Sie wollen den Krieg von ihren Brüdern wenden, aber sie wollen auch nicht die anderen in Waffen sehen. Sie wollen wirklich Brüder sein. Gibt es etwas Größeres als die seelische Entschlossenheit, mit der hier ein Volk die hingeebene Lehre seiner Dichter bewahrheitet: des Tolstoj, des Dostojewskij? Und was für einen, uns Armen ganz unfaßbaren Begriff von Dichtung erhalten wir hier: von einer Dichtung, die ganz zum Gewissen eines Volkes geworden, in größter Menschlichkeit Leben und Wahrheit geworden ist!

Wird das russische Volk Frieden halten, auch wenn es später wieder erstartet ist?

Nun, das russische Volk war nie stärker als jetzt, und das, was wir jetzt aus dem Osten hören, das ist ja überhaupt erst die Stimme des russischen Volkes. Das Gespenst des Panslawismus war ein Machwerk der Herrschenden (und diese Herrschenden waren Russen nur zum kleinen Teil). Jener ethische Panslawismus aber, wie ihn Dostojewskij vertrat, war in seiner Idee niemals kriegerisch gegen seine Nachbarn gerichtet. Wobei ich nicht verschweigen will, daß Dostojewskij in seinen literarischen Aufsätzen, zum Beispiel in seiner unglücklichen Polemik gegen Tolstoj's Anna Karenina<sup>2)</sup>, auch Abirrungen seiner leidenschaftlichen Seele erlitten hat. Aber diese können sein Werk nicht trüben, denn allzu deutlich kennzeichnen sie sich als Irrtümer in einer großen dichterischen Prophetie reinsten Menschlichkeit. Panslawismus: das ist auch für Dostojewskij in seinen entscheidenden Werken die Berufung des russischen Volkes zur friedlichen Versöhnung aller Völker. Darin eben sieht Dostojewskij die Größe und die heilige Pflicht des russischen Volkes: daß es die einzige Gabe hat alle Völker zu verstehen, sie mit einander zu versöhnen, wie das in seiner Puschkkinrede am klarsten ausgesagt ist.<sup>3)</sup>

Können wir uns darüber wundern, daß es einer einmal bestehenden Regierung gelang selbst dieses Volk in einen Krieg zu führen? Ein tragischer Zusammenhang ist es, daß es im Grunde genommen Tugenden des Volkes sind, die seinen Mißbrauch zu kriegerischen Zwecken ermöglichen: seine Geduld und sein Vertrauen. Das russische Volk hat Kriege ausfechten müssen; dennoch war es immer friedlich. Das Pferd ist nicht auch kriegerisch des-

<sup>1)</sup> Siehe Ku Hung Ming *Der Geist des chinesischen Volkes und der Ausweg aus dem Krieg* /Jena 1916/, Seite 23.

<sup>2)</sup> Siehe Dostojewskij *Sämtliche Werke XII* /München 1914/, Seite 245 ff. Bei dieser Gelegenheit sei auf diese schöne Dostojewskijausgabe nachdrücklich hingewiesen. Die Einleitungen sind zwar zuweilen fragwürdig-europäisch. Aber daß Dostojewskij überhaupt in einer deutschen Gesamtausgabe vorliegt, ist ein unbestreitbares Verdienst des Piperaschen Verlags. Leider fehlt immer noch ein Band.

<sup>3)</sup> Siehe Dostojewskij, am erwähnten Ort, Seite 124 ff.

halb, weil es sein Reiter ist, der es mit Sporen und Peitsche treibt. Mögen die Herrschaftsgierigen, die Machtberauschten über ein Volk spötteln, das, *allgemeinen Phrasen* zuliebe, den Kopf vor den berühmten *realen Tatsachen* der Welt, die doch nun einmal so ist, wie sie ist (weil wir sie nicht anders wollen!), den Kopf in den Sand steckt. Dieses reiche Volk treibt Vogelstraußpolitik, indem es die Schlechtigkeit der Konventionen und Traditionen, der Banalitäten und Imitationen nicht mehr existieren läßt. Sein Ehrgeiz ist nicht mehr der Eroberung der Welt zu dienen, gehorsam wie die Flintenkugel, die aus dem Eisenlauf fliegt; nicht mehr im selbstgefällig-funkelnden und doch blinden Räderwerk machtvoller Organisationen brillant zu funktionieren; sondern frei, rein und beglückt dem Gewissen zu leben und der Welt ein Beispiel der Brüderlichkeit zu sein.

Ist das Schwäche?

Es ist ein Akt tiefster innerlicher Kraft: das Erwachen des Gewissens in einem großen Volk, dem wir nur mit Ergriffenheit zusehen dürfen.

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Max Quarek

**Reichswirtschaftsamt** Durch einen Kaiserlichen Erlaß über die Errichtung des Reichswirtschaftsamts und durch eine Bekanntmachung des Reichskanzlers über die Verteilung der Geschäfte auf das Reichsamt des Innern und das Reichswirtschaftsamt ist im Oktober eine Neuorganisation der wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Geschäfte in der Reichsregierung herbeigeführt worden (siehe die Rundschau Staatssozialismus, in diesem Band, Seite 1191 f.). Und schon hat sich an diese Neuordnungen eine Reihe von Schwierigkeiten und Weiterungen geknüpft. Als neuer Staatssekretär für das Innere war bekanntlich der Kölner Oberbürgermeister Wallraf, als Staatssekretär für das Reichswirtschaftsamt der Straßburger Bürgermeister Schwander berufen worden. Schwander hatte in seinem bisherigen Wirkungskreis eine intensive Arbeit für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und eine wirksame Förderung von Industrie und Verkehr mit einer kräftigen sozialen Politik verbunden, die für die Schaffung neuer Organisationsformen und die Lösung sozialer Aufgaben vielfach muster-gültig auf die ganze deutsche Gemeindepolitik wirkte. In seinem neuen Amt traten dem Chef des Reichswirtschaftsamts von Anfang an zwei Schwierigkeiten entgegen. Erstens bürokratische Erschwerungen und Eifersüchte-

leien, die sich zunächst darin ausdrückten, wie die Geschäfte durch den Reichskanzler verteilt waren. Dem Reichswirtschaftsamt waren zwar alle diejenigen Angelegenheiten zugewiesen, die sich auf die Fürsorge für die arbeitenden Klassen (Versicherung, Arbeiterschutz usw.), auf Wohlfahrtseinrichtungen, die Verhältnisse des Arbeitsmarkts und sonstige Fragen der Sozialpolitik beziehen. Auch die Wohnungsfürsorge, die wirtschaftlichen Fragen der Übergangswirtschaft fehlten nicht. Aber es war schon auffällig, daß sich das Reichsamt des Innern das ganze Gebiet des Armenwesens und der Familienunterstützungen im Krieg vorbehielt, Dinge, deren enger Zusammenhang mit der Sozialpolitik in und nach dem Krieg kaum bestritten werden kann. Mußten sich schon daraus zweckwidrige Ressortschwierigkeiten ergeben, so gehörten offenbar auch in dem eng umschriebenen Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsamts seinem Leiter nicht alle Kräfte so, wie er es von seiner Stellung als Straßburger Bürgermeister gewohnt war. Dem neuen Chef des Reichswirtschaftsamts traten Widerstände aus der preussischen Gewerbe- und Industrieverwaltung entgegen. Auch mögen manche Beamte sich schwer in die soziale Richtung des neuen Staatssekretärs haben einstellen können. Vielleicht wäre es das richtige gewesen, wenn Schwander bei seinem Eintritt in das Amt sich sofort einen neuen Hilfsapparat mit jungen Kräften, die ihn verstanden und seinen

Absichten folgen konnten, geschaffen hätte; wenigstens scheint dies eine Lehre zu sein, die neue Staatsmänner künftig in solchen Fällen beachten sollten. Jedenfalls erklärte Schwander, zur größten Überraschung der breiten Öffentlichkeit, sehr bald aus Gesundheitsrücksichten sein Amt wieder aufgeben zu müssen. Er betonte bei jeder Gelegenheit entschieden, daß für seine Rückkehr nach Straßburg lediglich jene Gesundheitsrücksichten maßgebend gewesen wären. Man hat sicherlich keine Ursache an dieser Versicherung zu zweifeln. Aber auch wenn man sie als gegeben hinnimmt, so müssen doch aus den geschilderten Schwierigkeiten sich so starke Hemmungen für die sozialpolitische Arbeit, die Schwander gewöhnt war, ergeben haben, daß er ihrer an dieser Stelle nicht Herr werden konnte, während er unter anderen Verhältnissen in Straßburg sozialpolitisch weiterzuarbeiten imstande ist. Das ist kein sehr erhebender Beginn der Neuorientierungsbestrebungen in der Sozialpolitik des Reiches. Allerdings hat der Nachfolger Schwanders, den er selbst für diese Stelle empfohlen hat, Freiherr von Stein, die Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung und die Einbringung eines Arbeitskammergesetzentwurfs übernommen, also die selben Hauptarbeiten, für die sich Schwander eingesetzt hatte. Es wird indessen sehr darauf ankommen, in welchem Geist diese Arbeit durchgeführt wird. So hört man, daß § 153 nicht gestrichen sondern durch eine neue Deklaration ersetzt werden soll, die noch völlig im ungewissen steht. Und vom Arbeitskammergesetzentwurf heißt es, daß er lediglich eine Abschrift der alten Kommissionsbeschlüsse von 1910 sein solle, während doch die Erfahrungen der Kriegszeit und die Haltung der Arbeiterschaft in ihr eine vielfach verbesserte Fassung erwarten lassen müßten. Man wird nunmehr die konkrete Gestaltung der Entwürfe abwarten müssen.

**Arbeiterkongresse**

Der sozialdemokratische Parteitag in Würzburg vom Oktober sowie der christlichnationalen Arbeiterkongreß in Berlin vom Ende des selben Monats haben sich mit der Aufstellung von sozialpolitischen Programmen für die Reichsgesetzgebung beschäftigt. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie fördert beim Arbeiterschutz die 8stündige Arbeitszeit für alle

Arbeiter über 18 Jahren, für Arbeiterinnen außerdem die Beschränkung an Sonnabenden und an Tagen vor den Festtagen auf 4 Stunden, ferner das Verbot der Nacharbeit, sofern nicht genau zu bezeichnende Betriebe ihrer Art nach oder aus technischen Gründen auf sie angewiesen sind, sowie völlige Sonntagsruhe lediglich mit gesetzlichen Ausnahmen und Ersatzruhezeit an Wochentagen. Für Arbeiterinnen soll die gewerbliche Beschäftigung auch noch verboten sein bei gesundheitsschädlicher und der körperlichen Konstitution der Frau nicht entsprechender Arbeit, die durch Verordnung zu bezeichnen ist, sowie 6 Wochen vor der Entbindung und 26 Wochen danach; für weitere 26 Wochen soll eine gewerbliche Beschäftigung nur für 4 Stunden täglich zugelassen sein. In der mündlichen Erläuterung durch den Referenten Wissell (Berlin) wurde gesagt, daß diese Schutzvorschriften für Frauen nicht etwa Erschwerungen der Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit im allgemeinen darstellen sondern nur den nötigsten Gesundheitsschutz für die Arbeitende bewirken sollen. Ob die gemachten Vorschläge nicht doch zum Teil prohibitiv wirken, wird noch an anderer Stelle zu erörtern sein. Die Kinderarbeit unter 15 Jahren soll verboten, die im Alter von 15 bis 18 Jahren auf 6 Stunden täglich beschränkt werden. Zur Heimarbeit und zur Gewerbeaufsicht wurden die bekannten Forderungen der Partei wiederholt. Die Arbeiterversicherung soll vor allem durch Ausbau der Krankenversicherung zu einer Versicherung der minderbemittelten Bevölkerung überhaupt gemacht werden. Als nächste Etappe auf diesem Weg wird verlangt: die obligatorische Familienversicherung, Mutterschaftsversicherung und Kleinkinderfürsorge. Die Versicherungspflicht soll auf Einkommen von mindestens 3600 Mark ausgedehnt, das Krankengeld auf den Mindestbetrag von 60 % des auf 12 Mark erhöhten Grundlohns festgesetzt werden. Als Zentralstellen für den öffentlichen Gesundheitsschutz werden kommunale Wohlfahrtsämter verlangt. Das Koalitionsrecht soll von allen Schranken befreit und ein Arbeitstarifgesetz geschaffen werden. Als notwendig werden außerdem Arbeitsämter, Einigungsämter, Arbeitskammern, ein Reichswohnungsgesetz und ein Ministerium für Sozialpolitik bezeichnet. Die sozialpolitischen Forderungen, die der Referent Koch (Elberfeld) des

christlich-nationalen Kongresses aufstellte, gingen nach den selben Richtungen, allerdings ohne im einzelnen so systematisch durchgearbeitet und fest umrissen zu sein wie die des sozialdemokratischen Parteitag. Eigentümlich war ihnen die starke Unterstreichung der Forderung, daß § 153 der Gewerbeordnung aufzuheben sei und die Koalitionsfreiheit durch strafgesetzliche Bestimmungen geschützt werden müsse. Auch forderte der Referent das volle Koalitionsrecht besonders für Staatsarbeiter und Ersatzeinrichtungen für den Verzicht auf die Arbeitseinstellung sowie ein einheitliches Landarbeitersrecht, aber sonderbarerweise nur die »Reform« der Gesindeordnung. Lebhaftige Beschwerden wurden darüber geäußert, daß der preußische Eisenbahnminister immer noch erkläre, er verhandle nicht mit Organisationen sondern nur mit Arbeitern und Angestellten selbst. Die Beschlüsse verlangen endlich neben einer durchgreifenden Regelung des öffentlichen Arbeitsnachweises gesetzliche Maßnahmen gegen Ausbeutung durch gewerbliche Arbeitsvermittler und Vorschriften darüber, daß die Benutzung einseitiger Arbeitsnachweise nicht vertrags- oder zwangsweise verlangt werden darf.

**Kurze Chronik** Der Reichstag hat ein Fürsorgegesetz für Kriegsgefangene verabschiedet, nach dem gesundheitliche Störungen deutscher Militärpersonen in feindlicher Kriegsgefangenschaft als Dienstbeschädigungen gelten, wenn sie infolge von Arbeiten oder eines Arbeitsunfalls eintreten oder durch die, der Kriegsgefangenschaft eigentümlichen Verhältnisse verursacht oder verschlimmert worden sind. Andererseits erhalten feindliche Militärpersonen in deutscher Kriegsgefangenschaft beim Eintritt solcher Gesundheitsstörungen »eine angemessene Fürsorge«. Beschäftigten deutsche Unternehmer feindliche Kriegsgefangene, so ist das für ihre Überlassung zu entrichtende Entgelt bei den Beiträgen für die Unfallversicherung entsprechend zu berücksichtigen und die Unfallversicherung entsprechend auf die Kriegsgefangenen anzuwenden. ◊ Für die Behandlung der polnischen Arbeiter Deutschlands stellte eine Konferenz von Regierungsvertretern und Reichstagsabgeordneten Grundsätze fest, nach denen polnische Fürsorgestellen bei den stellvertretenden Generalkommandos sowie Reisekontrollkommissionen mit polni-

sehen Vertrauensleuten eingerichtet werden und die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse und Beschwerdeinstanzen auf die Arbeiter wegen Wechsels der Arbeitsstellen ausgedehnt werden sollen. Einmal im Jahr soll jeder polnische Arbeiter Anspruch auf Urlaub haben und sich bei Ablehnung an eine Beschwerdeinstanz wenden können. Die Möglichkeit notwendiger Gänge während der Arbeit sowie des Kirchenbesuches soll durch Anordnungen möglichst für längere Zeit im voraus gesichert werden.

### Sozialistische Bewegung / Carl Severing

Schulz † Am 22. November ist in Königsberg Genosse Arthur Schulz einer Lungenentzündung erlegen. Er hatte im Feld, im Westen, gestanden und war dann dem Kriegsamt in Königsberg zugeteilt worden. Hier überfiel ihn die Krankheit, hier löschte der Tod ein Leben aus, das für die Partei reiche Werte zu schaffen versprach. Als Sohn eines Landwirts geboren schlug Schulz zunächst die juristische Laufbahn ein. Nach der Ablegung seiner Referendarprüfung fand er in Preußen jedoch kein Oberlandesgericht, das ihn zugelassen hätte. Nach der Praxis jener Zeit sprach man ihm, einem der edelsten und besten Menschen, die *sittliche Reife* ab. Er ließ sich darum als Rechtsanwalt in München nieder, und hier stellte er seine Kenntnisse und Erfahrungen in den Dienst armer Proletarier, ohne materiellen Gewinn daraus zu ziehen. Schon als junger Student kam er zur Sozialdemokratie. Er war stets bemüht die wissenschaftlichen Grundlagen des Sozialismus auszubauen und besonders der Agrarpolitik der sozialdemokratischen Partei neue Wege zu zeigen. Seine agrarpolitischen Arbeiten in den Sozialistischen Monatsheften zeichneten sich durch eine solche Sachkunde aus, daß Schulz in ganz kurzer Zeit weit über die Kreise der Partei hinaus und namentlich in landwirtschaftlichen Fachkreisen als einer der ersten Sachkenner anerkannt wurde. Sein erster Artikel erschien Ende des Jahres 1908 und behandelte die geplante Gründung des Landarbeiterverbands in einer ausführlichen Betrachtung über die Lage der deutschen Landarbeiter. Mit dem Beginn des Jahres 1909 übernahm er die Bearbeitung der Rundschau Landwirtschaft, in der er wertvolles Material zur Beleuchtung der



großen Kulturprobleme, mit denen die Landwirtschaft verbunden ist, zusammenzug.

Auf dem Würzburger Parteitag ist in der Debatte mehrfach eine zielbewußte Produktionspolitik der Sozialdemokratie gefordert worden, die sich ganz besonders auch auf die Landwirtschaft erstrecken muß. Der wachsende Einfluß der Partei einerseits und die zunehmende Bedeutung der Landwirtschaft für die Volksernährung andererseits drängen auf die Erfüllung dieser Forderung. Dann werden aber auch die Arbeiten des Verstorbenen zu ihrem Recht kommen. Und dann erst wird man empfinden, daß durch den Heimgang Arthur Schulz' unserer Bewegung ein Verlust zugefügt worden ist, der überhaupt durch nichts ausgeglichen werden kann.

**Stadthagen** † Am 4. Dezember starb in Berlin der Berliner Stadtverordnete und Reichstagsabgeordnete für Niederbarnim Arthur Stadthagen, 60 Jahre alt. In dem Dahingeschiedenen verkörperte sich ein gutes Stück Berliner Arbeiterbewegung, die den Abgeordneten mit den Wählern verwachsen zeigte und damit die Bedingungen zu großen propagandistischen Erfolgen schuf. Unermüdet hat Stadthagen ein Menschenalter hindurch für die Partei gewirkt, im Parlament sowohl wie im Vorwärts, dessen Redaktion er etwa 10 Jahre lang angehörte. Im Meinungsstreit um die Kriegspolitik der Partei vertrat er hemmungslos den Standpunkt des sogenannten Radikalismus, und die abstoßende Art der Auseinandersetzungen in Berlin ist nicht zuletzt mit auf seine Rechnung zu setzen. In einem Disziplinarprozeß, der mit seinem Ausschluß aus dem Rechtsanwaltsstand endete, hat man ihm übel mitgespielt. Er hat die Kränkung, die politische Beschränktheit und Verfolgungswut ihm durch diesen Prozeß zufügte, nie so recht verwinden können und sie mit der größten Bitterkeit bis in die letzten Jahre hinein empfunden. In seinem Urteil ließ er sich oft zu Maßlosigkeiten verleiten, die seiner politischen Wirksamkeit nicht förderlich waren. In seinen Reichstagsreden verlor er vielfach jeden Sinn für die Proportionen einer Sache. Immerhin, seine Argumentation zeichnete sich in früheren Jahren oft auch durch Schärfe und Witz aus; nur wurde der Genuß seiner Reden zu häufig durch ihre unnatürliche Länge aufgehoben. Es soll aber nicht

vergessen werden, daß Stadthagen diese seine Fähigkeiten auch dazu benutzt hat, um die Obstruktion bei der Beratung der Lex Heinze im Reichstag /1900 in vortrefflicher Weise zu führen. Diese Obstruktion, die im Gegensatz zu der spätern Obstruktion beim Zolltarif im Jahr 1902) Sinn und Verstand hatte, hat bekanntlich sehr wesentlich geholfen eine Gefahr für die Freiheit des deutschen Geisteslebens zu beseitigen.

**Deutscher Parteitag 1917** Der erste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie seit Ausbruch des Krieges wurde vom 15. bis zum 20. Oktober in Würzburg abgehalten. Ihm lag eine Reihe von Anträgen vor, die auf eine Wiedervereinigung mit der Unabhängigen Sozialdemokratie abzielten. Der 1. Verhandlungstag stand völlig im Zeichen der Debatte über diese Anträge. Von allen Rednern wurde anerkannt, daß nur eine einheitliche Arbeiterbewegung imstande sei in den schweren Kämpfen der Zukunft Erfolge für das Proletariat zu erreichen. Über den Erfolg von sofort aufzunehmenden Einigungsversuchen gingen die Meinungen jedoch erheblich auseinander. Die einen glaubten, daß auf ein ehrliches Angebot der einen Seite die andere ebenso entgegenkommend antworten müßte, während die anderen Zweifel daran hegten, ob die Oppositionellen nun ohne weiteres wieder bereit seien zur Partei zurückzukehren. Schließlich endete die Diskussion mit der Annahme einer Resolution, in der der Parteitag feststellt, daß er alle Bestrebungen, die auf die Herbeiführung der Parteieinheit gerichtet sind, teilt und unterstützt, daß aber diese Bestrebungen die Forderung auf Anerkennung des Mehrheitsprinzips in sich schließen müssen. Eine weitere Resolution, die die hohe Bedeutung der Einheit der Arbeiterklasse hervorhebt, kann als Ergänzung der ersten angesehen werden, insofern sie nach Ton und Inhalt den herzlichsten Wunsch nach Wiederherstellung der Einheit unzweideutig zum Ausdruck bringt. Im weiteren Verlauf der Parteitagshandlungen wurde von einzelnen Rednern ausgeführt, daß man vor einer Wiedervereinigung von den oppositionellen Gruppen die Anerkennung der Taktik der Parteimehrheit fordern müsse. So weit durfte die Resolution jedoch nicht gehen, wenn sie nicht von vornherein eine Wiedervereinigung unmöglich machen wollte. Sie stellt für Disziplin-

brüche keine Freibriefe aus, will aber ebensowenig das Recht der freien Meinungsäußerung beschränken. Sie will nichts sein als ein Bekenntnis des Parteitags zur Parteeinheit der Aktion, die ohne Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit jedoch unmöglich ist.

Was die Wirkung der Resolution auf die Haltung der Unabhängigen anlangt, so haben diejenigen Redner des Parteitags recht behalten, die an ein Entgegenkommen von dieser Seite nicht glauben wollten. Man hat auf dem Parteitag damit gerechnet, daß die Resolution als ein Zeichen der Schwäche ausgelegt würde. Das ist zwar nicht geschehen, dafür ist sie aber von der Presse der Unabhängigen als ein »auf den Effekt berechnetes Fechterkunststück« bezeichnet worden, das dem Gegner die ganze Schuld an der Fortdauer der Spaltung zuschieben wollte. Das ist eine sehr ungerechtfertigte Unterstellung. Aber schließlich käme es darauf nicht an, wenn in der Sache wenigstens Entgegenkommen festzustellen wäre. Davon ist aber nirgends eine Spur zu erblicken. Die Leipziger Volkszeitung hofft auf eine Zeit, wo die Erkenntnis, die die bittere Erfahrung vermittelt, »die Gegenseite von der Notwendigkeit überzeugen wird den verhängnisvollen Weg zu verlassen, den sie eingeschlagen hat«. Es scheint danach, als ob die Arbeiterschaft Deutschlands die schweren Kämpfe der Zukunft nicht mit der Geschlossenheit führen wird, die im Interesse der Neugestaltung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet notwendig wäre. Es bleibt dann nur die Hoffnung, daß die unvermeidlichen Auseinandersetzungen wenigstens mit der Sachlichkeit geführt werden, die einen politischen Kampf unter ehemaligen Gesinnungsgenossen erträglich sein läßt.

**Österreich: Parteitag 1917** Der österreichische Parteitag, der zeitlich mit der Würzburger Tagung zusammenfiel, wurde mit einer Reichskonferenz sozialdemokratischer Frauen eingeleitet, auf der Demonstrationen für den Frieden in allen Landeshauptstädten beschlossen wurden. Die Debatten auf dem Parteitag drehten sich hauptsächlich um die Kriegspolitik der Partei, um die Fragen des Ministerialismus und des Verhältnisses der Partei zu den Jugendorganisationen. Die Linke gab in der Taktikdebatte eine lange Erklärung ab, in der sie sagte, daß sie die selben

Grundsätze vertrete wie die Unabhängige Sozialdemokratie in Deutschland, und daß sie sich als einen Teil der internationalen Bewegung betrachte, die in den Zimmerwalder Konferenzen ihren organisatorischen Ausdruck gefunden hat. Sie forderte eine völlige Demokratisierung der Parteiorganisation, um, wie sie sagte, »das Monopol einiger Führer auf das politische Denken brechen zu können«, und endlich die Anerkennung der beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands als gleichberechtigte Bruderparteien. Die Taktikdebatte endete mit der einstimmigen Annahme einer Resolution, in der der Wille zur Einheit beteuert und die energische Führung des Klassenkampfes und des Friedensfeldzugs gelobt wird.

Den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit erstattete Seitz. Zu den vorliegenden Anträgen der Linken, die sich mit großer Schärfe gegen den Ministerialismus wandten, bemerkte er, daß unter den heutigen Umständen das Eintreten von Sozialdemokraten in die Regierung unmöglich sei, daß aber selbstverständlich auch die österreichische Sozialdemokratie nicht dauernd von der politischen Verantwortlichkeit absehen könne. Im Sinn dieser Auslassung erfolgten die Beschlüsse. Die grundsätzlich ablehnenden Anträge blieben in der Minderheit; dagegen erklärte der Parteitag sein ausdrückliches Einverständnis mit der Ablehnung des Ministerpostens durch den Klub und den Parteivorstand. Eine Kritik dieses Beschlusses soll an dieser Stelle nicht gegeben werden.

Den Schluß der Verhandlungen bildete ein Referat Adlers über Stockholm. Der Redner versicherte, die österreichische Sozialdemokratie werde nie vergessen, daß die Fackel, die in den aufgeschichteten Scheiterhaufen geworfen wurde und die die Explosion bewirkt hat, die serbische Note war. In der von ihm vorgeschlagenen und vom Parteitag angenommenen Resolution wird verlangt, daß insbesondere Serbien, Rumänien und Belgien wiederherzustellen, und daß diese Staaten ebenso wie das unabhängige Polen nicht in irgendwelcher wirtschaftlichen oder militärischen Abhängigkeit zu erhalten seien. Auf diese außenpolitischen Forderungen hier einzugehen erübrigt sich, zumal sich der Parteitag ja zu keinem bestimmten System der auswärtigen Politik bekannt und überhaupt keine wesentliche außenpolitische Idee vertreten hat.

**Frankreich:** Auf dem französischen Parteitag, der vom 6. bis zum 9. Oktober in Bordeaux veranstaltet wurde, standen sich, wie auch schon auf früheren Tagungen der französischen Partei während der Kriegszeit, 3 Richtungen gegenüber. Die von Compère-Morel geleitete Gruppe, die 700 bis 800 Mandate zählte, ist grundsätzliche Gegnerin des Gedankens der Stockholmer Konferenz und der Wiederaufnahme der Beziehungen zu den Sozialisten der Mittelmächte. Bedingt ist für Stockholm die von Thomas, Renaudel und Sembat geleitete Gruppe. Sie glaubt der Sache der Entente zu nützen, wenn sie nach Stockholm geht und dort deren Kriegsziele gegenüber der deutschen Sozialdemokratie vertritt. Die für den Verständigungsfrieden wirkende Gruppe, von Longuet und Pressemane geleitet, ist für die sofortige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen. Diese 3 Gruppen sind etwa gleich stark; wenigstens verfügten sie in Bordeaux über eine annähernd gleiche Anzahl von Mandaten. Dagegen ist die kleine Gruppe der Zimmerwalder auch in Bordeaux im Hintertreffen geblieben. Der Parteitag endete mit der Annahme einer langen Resolution, die den bekannten von Renaudel und Genossen vertretenen Anschauungen entspricht. Sie erhielt 1552 Stimmen, während eine Resolution Pressemanes, die sich entschiedener für Stockholm erklärte, 831 Stimmen auf sich vereinigte.

**Kurze Chronik** Im Alter von 44 Jahren ist im Etappengebiet der württembergische Landtagsabgeordnete Friedrich Westmeyer gestorben. In Osnabrück geboren, erlernte Westmeyer das Schornsteinfegerhandwerk und schloß sich schon in jungen Jahren der sozialdemokratischen Partei an. Er war als Redakteur an der Fränkischen Tagespost in Nürnberg, am Volkswillen in Hannover und zuletzt an der Schwäbischen Tagwacht in Stuttgart tätig. Hier trat er in schärfste Opposition zu der von der Parteileitung betriebenen Politik, die im Lauf der Jahre zu einer Spaltung in der Stuttgarter Arbeiterschaft führte, noch ehe sich die Spaltung in der Gesamtpartei vollzog. Ein gegen die Schwäbische Tagwacht herausgegebenes Parteiblatt Der Sozialdemokrat stand zunächst unter seiner Leitung. Die Stuttgarter Opposition verliert in ihm ihren zähe-

sten und entschiedensten Vertreter. ◊ Das holländisch-skandinavisches Komitee unterbreitete am 10. Oktober den der Internationale angeschlossenen Parteien ein längeres Manifest, in dem Vorschläge zum Friedensschluß gemacht wurden, die auf der allgemeinen Bedingung des Verzichts auf Annexionen und Kontributionen basieren. Die sozialistischen Parteien der einzelnen Länder wurden zugleich aufgefordert zu dem unterbreiteten Programm Stellung zu nehmen. ◊ Bei den schweizerischen Nationalratswahlen hat trotz dem Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen die Partei doch nur ihren Besitzstand behaupten können. Nach dem Gesamtergebnis der Wahlen zählt die Fraktion 18 Sitze, außerdem ist 1 Grütliauer gewählt worden.

Geistige Bewegung / Wally Zepher

**Aktivismus** Ludwig Rubiners Buch Der Mensch in der Mitte Berlin, Verlag der Aktion ist zu einer Art Standardwerk des sogenannten Aktivismus geworden. Man legt es nicht ohne starken Eindruck aus der Hand. Denn es hinterläßt die Empfindung eines das Leben beherrschenden Willens zur innern Neuschöpfung. Ein materieller Inhalt dieses Wollens läßt sich danach freilich schwer oder überhaupt nicht nennen. Auf solchen materiellen Inhalt kommt es aber anscheinend den Aktivisten gar nicht an. Der Kernpunkt für sie ist: daß ein Wollen da ist, das sich zum Handeln verdichtet, die revolutionäre Tat, die die Erde immer von neuem gestalten, ein anderes, Besseres, Schöpferisches an die Stelle des Abgelebten, der toten Konvention setzen will. Der menschliche Wille geht auf Änderung der Welt. . . Und die Politik des Staatslebens ist nur ein Sonderfall aus dem ungeheuren Gebiet der Willensäußerungen in der Welt: des Politischen. Der große Künstler wie jeder wirkliche Neuschöpfer ist in diesem Sinn Politiker, das heißt Wollender, Tatmensch. Es ist die »Tragik des Schöpfers«, daß die Welt diesen Kern seines Wesens nicht begreift, daß ihn die Zeitgenossen als »bloßen Abschluß«, als »bloße blüthenhafte Vollendung« nehmen. »Während der Schöpfer den Umbruch der Welt vornimmt, glaubt die Welt nur das Schaustück eines Farbenspielers zu sehen. Ein Erbauer, ein Agitator fürs Gottesreich, ein Gesetzfinder gilt der

Welt als Künstler. . . Nein, jeder Bogenstrich dieses Mannes sagt: So sollt ihr leben . . . hier steht der Entwurf fürs Paradies, eingekocht in Farbe und Pinselrühren. Und dazu da, daß ihr ihn aufnehmt und euer Leben danach richtet! Kann so ein Mann anders benannt werden als *Politiker*?« Die Kunst ist dieser Anschauung »Prophetenpolitik«, der stärkste Gegensatz zum Ästhetentum, der Weltabgeschlossenheit, dem Fürsichsein des Künstlers. Das Recht zu diesem Fürsichseinwollen erkennt der Aktivist überhaupt nicht an. »Unter den Besten, Fähigsten und Denkendsten geht immer noch der Aberglaube um, wer Erkenntnisse habe, der sei losgesprochen . . . von dem lauten Kampf, von dem öffentlichen Bemühen um andere Menschen . . . entbunden von der Propaganda.«

Das ist alles nicht nur in hohem Maß sympathisch, es ist auch richtig, es ist das Richtige für menschliches Sein und Handeln. Trüge nicht jedes schöpferische Wesen den Quell eines Neuwerdens der Welt in sich, so wäre bald Erstarrung und Tod in uns. Und es ist auch nicht so, als brauchte das alles nicht erst gesagt zu werden. Es gibt auf jedem Feld tote Zeiten, in denen zwar die Sache, die Bewegung auf etwas zu, das einmal der Menschheit ein Ziel war, ruhig weiterläuft, aber ohne daß quellende innere Kraft ihr den Anstoß leiht, nur aus dem Trägheitsgesetz heraus, weiter, wie es eine Zeitlang war. Nur bliebe zu fragen, wie weit die Aktivisten mit dieser bloßen Anfeuerung des Tatwillens ohne wirkliche Zielsetzung dauernden Einfluß üben können. In der starken Natur muß das Wollen an sich mit einer ganz umschriebenen Aufgabe verbunden sein, und zur Umlenkung ihres Willens ist sie nur auf Grund der Überzeugung zu bringen; das heißt, auf sie wirkt nur der, der ihr bestimmte neue Erkenntnisse übermittelt, wie sie dem Aktivismus einstweilen zu fehlen scheinen. Deshalb kann der Aktivismus an sich noch keine geistige Bewegung sondern nur eine Bereithheit der Seele bedeuten. Er kann Stunden innern Aufschwungs schaffen, die den Boden zur Aufnahme des Samens für ein bestimmtes Wollen und Handeln, also zu wirklicher Aktivität des Menschen fähig machen. Man wird den Aktivismus aufmerksam zu verfolgen haben und kann nur wünschen, daß er zu einer wirklichen Bewegung wird.

**Pazifismus** Die Sehnsucht nach dem Weltfrieden, nach der Brüderschaft der Völker, ist zusammen mit der Humanitätsidee, mit der Menschheitsreligion entstanden. In einer Zeit blutiger Vernichtungskriege, in der der Begriff Mensch den Völkern noch ganz unbekannt ist, erklingt die Stimme der israelitischen Prophetie, die über alle herrschenden Gewalt- und Machtvorstellungen hinweg zur Menschheits Erlösung aufsteigt und der Welt den ewigen Frieden verheißt: »Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sichel machen. Denn es wird kein Volk wider das andere ein Schwert aufheben, und werden hinfort nicht mehr kriegen lernen.« Mehr als 2½ Jahrtausende nach dieser großartigen Vision des Propheten Jesaja zerfleischt der furchtbarste Krieg, den die Menschheit je gesehen hat, unsere Erde, und wir scheinen vom Weltfrieden weiter entfernt als jemals vorher. Mit allen nur erdenklichen Mitteln suchen die Völker einander zu vernichten. Doch nach 2½ Jahren des mit immer gesteigerter Wut geführten Kampfes, in dem sich alle 5 Erdteile verstrickten, kam vom Osten (von dem stets das Licht kommt) die Forderung: Fort mit den Methoden der Gewalt, Recht und Selbstbestimmung sollen entscheiden!

Ob nun der Krieg sich jetzt wirklich seinem Ende nähert, oder ob er noch schrecklicher weitertobt, das eine ist sicher: Nie hat die Friedensbewegung so mächtige Erfolge errungen wie eben jetzt. Nicht nur das Verlangen nach dem ewigen Frieden, der diesen Krieg beendete; sondern die Überzeugung, daß der Krieg an sich von der Menschheit überwunden werden muß. Die allgemeine geistige Bedeutung des Pazifismus kann heute auch von denen nicht bestritten werden, die an seine aktuelle politische Wirksamkeit nicht recht glauben wollen. Es dürfte deshalb angebracht sein hier einmal kurz über die historische Entwicklung dieser Bewegung zu berichten.

Sieht man von den ältesten, auf ganz anderen Grundlagen ruhenden Versuchen zur Herbeiführung des Völkerfriedens ab (wie den mittelalterlichen, zur Beilegung der Religionskämpfe unternommenen), so tritt als erster Verfechter allgemeiner Friedensforderungen der berühmte französische Rechtslehrer Jean Bodin in seinen *Six livres de la République* /1577/ auf, der bereits sehr bestimmte praktische Gedanken, wie

Ablehnung aller stehenden Heere, ausspricht. Der angeblich von Heinrich IV. von Frankreich herrührende, tatsächlich vom Herzog von Sully ausgearbeitete, vielbesprochene »große Plan« wollte fast ganz Europa in eine »christliche Republik«, einen Staatenverband zusammenschmieden, der alle unter ihren Mitgliedern entstehenden Streitigkeiten durch einen Conseil général zu schlichten hätte. Auf dieses Projekt griff der Quäker William Penn in seinem Essay towards the Present and Future Peace of Europe /1693/ zurück. Großes Aufsehen erregte dann um 1715 das besondere für die damalige Zeit äußerst utopische Projet de traité pour rendre la paix perpétuelle entre les souverains chrétiens des Abbé de Saint-Pierre. Die erste, selbst noch für gegenwärtige Verhältnisse sehr aktuelle Regeln enthaltende Abhandlung über den Gegenstand ist Kants berühmte Schrift Zum ewigen Frieden /1795/ mit ihren bekannten 6 Präliminarartikeln zur Verhinderung künftiger Kriege. Den Anfang der eigentlichen Friedensbewegung stellt die Gründung einer Friedensgesellschaft in Boston und Philadelphia durch L. Dodge im Jahr 1816 dar; sie wuchs sich 1828 zu der noch bestehenden American Peace Society aus. Genau zur gleichen Zeit erstand auch die erste europäische Friedensgesellschaft, die ebenfalls noch existierende englische Peace Society. Es folgte 1830 die Gründung einer schweizerischen, 1841 die einer französischen Vereinigung. 1848 fand der erste internationale Friedenskongreß in Brüssel statt, 1849 machte Richard Cobden, mit John Bright einer der eifrigsten Apostel der Bewegung, im englischen Parlament zum erstenmal Vorschläge zur Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit. 1867 schuf Frédéric Passy, der glühendste Verfechter der Friedensideen, die Internationale Friedens- und Freiheitsliga. Unter Passys Leitung tagte 1889 der erste Weltfriedenskongreß, ebenso ist hauptsächlich seinen und des englischen Parlamentariers Sir Randal Cremers Bemühungen die Gründung der Interparlamentarischen Union am 31. Oktober 1888 zu danken. Seit dem Kongreß von Paris trat fast alljährlich ein internationaler Friedenskongreß zugleich mit der Interparlamentarischen Union zusammen. 1891 konstituierte sich das Internationale permanente Friedensbureau in Bern.

Welches sind nun die Ziele der modernen Friedensbewegung?

Einer ihrer Hauptverfechter, der Herausgeber der Friedenswarte, Alfred H. Fried, formuliert den modern pazifistischen Gedanken gewöhnlich als den der Vertretung und Förderung zwischenstaatlicher Organisation an Stelle von zwischenstaatlicher Anarchie. Seine und seiner Freunde Anschauungen gründen sich auf die Tatsache, daß die Völker- und Kulturentwicklung selbst zu bestimmten, allmählich immer weitere Interessensphären umfassenden internationalen Vereinbarungen geführt hat (wie Weltpostverein, Telegraphenunion, Zuckerkonvention, Antisklavereiate, Gelehrten- und Künstlervereinigungen) und notwendig immer mehr in dieser Richtung fortschreiten muß. Vereinbarungen solcher Natur brauchten freilich noch nicht kriegshindernd zu wirken. Daneben machen sich aber noch andere Momente geltend, die auf möglichst friedliche statt auf kriegerische Lösung der Völkerkonflikte drängen: die gewaltigen Lasten der Kriegsvorbereitung und Kriegführung, die Grausamkeit und furchtbare Menschenopferung der modernen Kriegführung, die Empörung gegen die Barbarei der Machtentscheidung. Auf Anregung des Exzaren Nikolaus trat bekanntlich im Mai 1899, unter Beteiligung von 26 Staaten, im Haag eine internationale Friedenskonferenz zusammen, die neue Wege zur Beilegung der Völkerkonflikte suchen wollte. (Daß sie unter dem Druck der Friedensbewegung zustande kam, wird man den Wortführern des Pazifismus freilich nicht zugeben können; man wird vielmehr ihre Ursachen in der politischen Weltlage jener Zeit erkennen.) Die Konferenz verbot die Benutzung besonders grausamer Schußwaffen und Explosivstoffe, normierte Bestimmungen über die Gesetze des Landkriegs und die Anwendung der Genfer Konvention und kam vor allem in einem in 61 Artikeln niedergelegten Beschluß zu einer Übereinkunft über die Schlichtung internationaler Konflikte durch Schiedsgerichte. Freilich bleibt deren Anrufung dem freien Ermessen der streitenden Staaten unterworfen, und ihre Anwendung beschränkt sich demzufolge auf eine kleine Zahl, und zwar relativ weniger bedeutungsvoller Streitfälle. Doch sind von dieser Zeit bis 1913 zwischen einzelnen Staaten fast 200 Schiedsgerichtsverträge abgeschlossen worden, die bestimmen, daß meist ungrenzte, in 17 Fällen aber auch sämtliche etwa ausbrechende Streitigkeiten durch Schieds-

gerichtsbarkeit geschlichtet werden sollen. Auf der 2. Haager Konferenz 1907 wurde die Schiedsgerichtsconvention weiter ausgebaut und eine ganze Reihe neuer Bestimmungen über Handelsschiffe, Seekriegführung, die Rechte und Pflichten der neutralen Staaten während eines Krieges angenommen. Die 3. Konferenz sollte 1915 stattfinden. Schon 1899 war auch die Einsetzung eines internationalen permanenten Schiedsgerichtshofs im Haag beschlossen worden, dem Carnegie einen eigenen Palast erbauen ließ; alle beteiligten Staaten stifteten dazu aus den Bodenschätzen und der Kunst ihres Landes besonders kostbare Geschenke. Der moderne Pazifismus, dessen Hauptdaten hier nur tabellarisch zusammengestellt werden konnten, soll nach seinen Verfechtern keine utopistische sondern eine durchaus realpolitische Bewegung darstellen, mit deren Zielen sich jeder fortschrittliche Politiker solidarisieren erklären kann. Indem er alle Formen friedlicher Vereinbarungen zwischen den Völkern auszubauen strebt, auf neue Möglichkeiten unkriegerischer Schlichtung hinweist, soll er zugleich den Geist menschlicher Gemeinsamkeit und gegenseitigen Verständnisses stärken und chauvinistischer Einseitigkeit wie fanatisiertem Völkerhaß auch von dieser Seite her mit den Boden abgraben. Es fragt sich aber, wie stark diese Wirkung gegenüber den entgegentreibenden Machtfaktoren sein kann, und ob nicht auch die allmähliche Annäherung an das gewünschte Ziel andere, rein politische Strebungen voraussetzt, die diesem Ziel selbst im übrigen erst den eigentlichen Wert für die Menschheitsentwicklung leihen. Wird, wie wir annehmen wollen und müssen, der kommende Friede durch die Anbahnung eines dauernden obligatorischen Schiedsverfahrens zwischen den kriegführenden Mächten gesichert, so wäre sehr wohl die oft gegenüber solchen Plänen geäußerte Befürchtung einer spätern Majorisierung und damit Entwicklungshemmung zum Beispiel Deutschlands berechtigt, wenn für seine politische und wirtschaftliche Kraftentfaltung nicht zugleich eine feste Basis geschaffen wird, und zwar durch die in den Sozialistischen Monatsheften (als Vorbedingung eines kontinentaleuropäischen, von den angelsächsischen Weltmächten unabhängigen Wirtschaftskomplexes) verlangte deutsch-russische Verständigung. Ein solches mächtvolles und gegen jede an-

dere, auch friedliche Koalition in seinen Interessen geschütztes Wirtschaftsgebiet erst besäße den innern Reichtum einen dauernden Friedenszustand nicht nur zu sichern sondern auch zur großartigsten Entfaltung der Produktion und Kultur zu nutzen. In ihm wären die Bedingungen für den immer gesteigerten Ausbau eines weltumspannenden Systems friedlicher Völkervereinbarungen gegeben.

Deshalb ist die Aufgabe des Friedenskämpfers, vor allem auch des, die allgemeinen Menschheitsinteressen vertretenden Sozialisten, nicht in der Propaganda internationaler Schiedsgerichtshöfe, militärischer Abrüstung und dergleichen erschöpft; sie gipfelt vielmehr in der Verfolgung einer sehr bestimmt umrissenen, auch ferne Zukunftsmöglichkeiten überschauenden Völkerpolitik.

**Kurze Chronik** Der Zentralausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands beschloß ein **Revolutionmuseum** zu gründen. Es soll alles Denkwürdige aus der Revolutionszeit umfassen und wissenschaftlichen Zwecken dienen, daher der Petersburger Akademie der Wissenschaften angeschlossen werden. Der Beschluß wurde gefaßt, bevor die Bolschewiki die Macht ergriffen; doch dürften diese keine Veranlassung haben ihn umzustoßen.  $\diamond$  Mitte Januar soll in Jena ein **Deutscher Studententag** eingerichtet werden, der Studentenausschüsse an den einzelnen Hochschulen organisatorisch zusammenfaßt.  $\diamond$  In Hamburg wurde kürzlich unter dem Namen **Fichte Hochschule** eine neue Volksbildungsstätte geschaffen, die eine »Lehrstätte der Deutschwissenschaft« darstellen soll. Heinrich Harms, der Leiter einer ländlichen Volkshochschule, wies bei dieser Gelegenheit auf die Notwendigkeit hin auch in Deutschland ländliche Volkshochschulen in genügender Zahl zu gründen.  $\diamond$  Ein **Bund für deutsche Familie und Volkskraft** hat sich in Karlsruhe gebildet. Dem Hauptvorstand gehören außer Vertretern der Ministerien des Innern und des Kultus vor allem kirchliche Behörden aller Konfessionen an. Der Bund will »gegen die materialistische Weltanschauung die idealistische auf allen Gebieten des geistigen, politischen und kulturellen Lebens wieder in Ansehen bringen und ihr in unserem Volke Macht verschaffen«. Die erste Veröffentlichung, eine Schrift von Hermann Paull, wendet

sich »gegen die unerhörten Zustände auf dem Gebiet des geschlechtlichen Lebens«.  $\diamond$  Anfang November beging die Verlagsbuchhandlung Otto Hendel in Halle die Feier ihres 200-jährigen Bestehens. In ihrer Bibliothek der Gesamtliteratur hat sie bis jetzt 2370 Nummern herausgebracht.

**Nationale Bewegung / Ludwig Quessel**

**Russischer Nationalitätenkongress** Der Nationalitätenkongress, der Ende Oktober in Kiew tagte, verdient insoweit allgemeine Aufmerksamkeit, als er einerseits zwar die entschiedene Abneigung der nichtrussischen Nationalitäten des russischen Reichs gegen eine ausschließlich russisch orientierte innere und äußere Reichspolitik offenbarte, andererseits aber auch ein energisches Bekenntnis zu der Idee der Reichseinheit auf föderativer und nationalkultureller Grundlage ablegte. Separatistische Stimmen sind, wenn man von den Georgiern absieht, auf dem Nationalitätenkongress überhaupt nicht laut geworden. Die sehr ausführliche Resolution begründet eingehend, warum der alte Zentralismus durch den Föderalismus eines russischen Nationalitätenstaats ersetzt werden müsse, und verdediziert sich dann zu der Forderung einer Gruppierung der im russischen Staatsverband lebenden Völker nach nationalföderativen Grundsätzen, wobei Nationen wie die Juden, die kein bestimmtes Gebiet ausschließlich bevölkern, das Recht einer exterritorialen Autonomie auf personaler Grundlage erhalten sollen.

**Letten** Über die Richtung, die die nationale Bewegung in Kurland während des Krieges eingeschlagen hat, ist es nicht leicht ein Urteil zu fällen. Richtig ist, daß nach der Besetzung Kurlands vereinzelte lettische Stimmen laut geworden sind, die dem Anschluß des Lettentums an Deutschland das Wort reden. Der objektive Beobachter gewinnt jedoch den Eindruck, als ob nur ganz winzige Bruchteile der lettischen Bevölkerung für den Anschluß an Deutschland zu haben wären. Was die Letten in der ersten russischen Revolution forderten: nationale Gleichberechtigung und politische Selbstverwaltung im Rahmen des russischen Reiches, scheint auch zurzeit das Hauptziel der lettischen Nationalisten zu sein. Auch die lettische Sozialdemokratie scheint sich zu diesem

Programm zu bekennen. »Ein freies Lettland in einem freien Rußland« ist nach der Formulierung F. Zeelens (Der Krieg und die baltische Frage, Bern, Jordi/) das, was die lettische Arbeiterschaft als Resultat der Friedensverhandlungen herbeisehnt. Übrigens ist es auch leicht verständlich, warum das lettische Volk auch jetzt die Lösung seiner nationalen Frage nicht im Gegensatz zum neuen Rußland, nicht in einer Lostrennung von der russischen Republik sondern im Anschluß an die vom Zarismus betretenen Völker des Ostens erstrebt. Was die Arbeiterschaft betrifft, so weiß sie, daß ein von Rußland losgerissenes Kurland den russischen Markt und den russischen Durchgangsverkehr nach der Ostsee verlieren würde. Da nun die industrielle und kommerzielle Entwicklung der lettischen Gebiete so weit vorgeschritten ist, daß fast die Hälfte der lettischen Bevölkerung in städtischen Wohnplätzen lebt, so würde die Lostrennung von Rußland gerade für die lettische Arbeiterschaft eine soziale Katastrophe bedeuten. Soweit die Letten aber als Landarbeiter auf den Gütern der baltischen Barone tätig sind, ist bei ihnen naturgemäß die Hoffnung vorhanden, daß ein freies Lettland als selbständiges Glied der russischen national gegliederten Bundesrepublik leichter zu einer Aufteilung des Großgrundbesitzes gelangen könnte als das in einem von Rußland völlig separierten Kurland geschehen würde. Man weiß aus den Berichten deutscher Kriegsberichterstatte, daß das Versprechen der russischen Regierung den deutschen Großgrundbesitz aufzuteilen viele lettische Landarbeiter noch im dritten Kriegsjahr bestimmte sich freiwillig zum Sturm gegen die deutsche Front in Kurland zu melden. Dazu kommt, daß die lettischen Arbeiter in den baltischen Großgrundbesitzern ihre sozialen Unterdrücker sehen, und zwar auch dann, wenn sie nicht direkt als Lohnarbeiter auf deren Gütern tätig sind. Wie die lettischen Großbauern (Kleinbauern sind in Kurland nur wenig vertreten) zu dem Plan eines kurländischen Herzogtums stehen, läßt sich vorläufig nicht feststellen. Als sicher kann man dagegen annehmen, daß auch die deutsche Bevölkerung die Gefahren nicht verkennen wird, die eine Loslösung Kurlands vom russischen Reich für ihre soziale Position mit sich bringen müßte. Die baltischen Industriellen produzieren ihre Waren größtenteils für Rußland, wie andererseits die baltischen Kaufleute hauptsächlich vom russischen

Durchgangsverkehr lebten. Wie für die lettischen Arbeiter müßte daher auch für die deutschbaltischen Industriellen und Kaufleute die Loslösung Kurlands von Rußland von den verhängnisvollsten sozialen Folgen sein. Auch ein wirtschaftlicher Anschluß Kurlands an Deutschland könnte ihnen keinen Ersatz für den russischen Markt bieten. Von der lettischen Mehrheit der kurländischen Bevölkerung wie auch von ihrer deutschen Minderheit sind an der Loslösung des Landes von Rußland lediglich die Großgrundbesitzer interessiert, die, was zu beachten ist, von den 200 000 Deutschen in Kurland nur einen ganz geringen Bruchteil darstellen. Nationalkulturelle Autonomie auf personaler Grundlage scheint daher diejenige Forderung zu sein, die im Interesse des kurländischen Deutschtums wie aller nationalen Minderheiten zu erheben wäre.

#### Polen

Auf die nationale Bewegung in Polen dringen zurzeit von zwei Seiten her Einflüsse ein, die vorläufig hier nur kurz registriert werden können. Entsprechend den Reden der britischen Minister, die als Antwort auf das Friedensangebot der Zentralmächte vom 12. Dezember 1916 gehalten wurden, hält die Entente auch heute noch an ihrem Ziel: auf Kosten Deutschlands, Österreichs und Rußlands ein Großpolen neben einem Kleindeutschland zu errichten, unentwegt fest. Wie Naumann in der Wochenschrift Mitteleuropa mitteilt, haben die Ententemächte eine polnische Armee aufgestellt und eine Regierung für das zu schaffende Großpolen aufzurichten versucht. Von seiten der Zentralmächte sind folgende für die nationale Bewegung wichtige Maßnahmen zu verzeichnen: 1. Der aus 3 Personen (Erzbischof Karkowski, Fürst Lubomirski, von Ostrowski) gebildete polnische Regenschaftsrat ist am 14. Oktober von den Zentralmächten anerkannt worden; 2. Am 27. Oktober hat der Regenschaftsrat an die Monarchen der Zentralmächte ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: »Wir erwarten, daß das polnische Volk . . . mit den Zentralmächten gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Zielen zustreben wird«; 3. Am 17. November hat hierauf Kaiser Wilhelm an den »Regenschaftsrat des Königreichs Polen« ein Handschreiben gelangen lassen, in dem es heißt: »Ich teile Ihre Überzeugung, daß auf dem Boden des Anschlusses an die Zentralmächte die Lebensbedingungen gegeben

sind, welche dem polnischen Staat reiche Blüte . . . verbürgen«; 4. Am 21. November teilte die Warschauer Presse mit, daß statt des Grafen Tarnowski, für dessen Kandidatur fast die ganze nationalpolnische Presse eintrat, von Kucharzewski als Ministerpräsident von den Zentralmächten bestätigt worden sei. Was die Haltung der Polen zu diesen Schritten der Mittelmächte betrifft, so spricht ein Autor, der mit D. P. S. zeichnet, auf Grund eines eingehenden Studiums der polnischen Presse in der Zeitschrift Mitteleuropa die Ansicht aus, daß »nur ein kleiner Teil [der Polen], der im Lande (man täusche sich nicht) nur wenig reale Unterstützung findet, mit den Mittelmächten zusammenarbeitet«.

Kurz verzeichnet muß an dieser Stelle auch die Haltung der Parteien der Zentralmächte zu den Vorgängen in Polen werden. Sowohl im Deutschen Reich wie in Österreich-Ungarn erhob sich ein ziemlich allgemeiner Protest gegen den an obige Vorgänge geknüpften Gedanken einer Personalunion der polnischen Königskrone mit der österreichischen Kaiserkrone. Friedrich Naumann, von dem dahingestellt bleiben muß, inwieweit er den linken Liberalismus in dieser Frage hinter sich hat, wünscht die Vereinigung Kongreßpolens mit Galizien unter Lostrennung von Rußland und unter zollpolitischem Anschluß an Mitteleuropa. Was die Königsfrage anlangt, so begnügt er sich mit folgender Bemerkung: »Daß das Habsburgische Herrscherhaus Galizien an Polen abtritt, ohne dabei selbst irgendwie die Hand im Spiele zu behalten, widerspricht allen sonstigen politischen Gepflogenheiten.« Naumann scheint also der Errichtung einer Personalunion zwischen Polen und Österreich nicht abgeneigt zu sein, wobei er selbst nicht zu leugnen wagt, daß damit »unter Umständen eine Schädigung der Friedensverhandlungen eintreten könnte«. Für die deutsche Sozialdemokratie haben Ebert und Scheidemann in Volksversammlungen entschieden »alle polnischen Königspläne« abgelehnt und in der polnischen Frage einen Ausgleich der Interessen der Zentralmächte mit denen der russischen Demokratie verlangt, »bei dem auch die Lebensinteressen Rußlands nicht nach dem Recht des augenblicklichen Siegers mißachtet werden dürfen«.

**Tschechen** Wie bei den Polen so tritt auch bei den Tschechen der Einfluß der Entente auf die nationale Bewegung stark



in Erscheinung. Wie Rudolf Rotheit in der Deutschen Politik mitteilt, glich der Einzug des stark zur Entente hinneigenden Führers der tschechischen nationalen Bewegung nach seiner Begnadigung in Prag »nicht nur einem Triumphzug, wie man zu sagen pflegt; es war tatsächlich ein solcher«. Kramarž' Rückkehr nach Prag hatte sofort einen Wechsel in der Redaktion der Narodni Listy, des Hauptblatts der nationalen Bewegung des Tschechentums, zur Folge, und zwar in dem Sinn eines ententefreundlichen Separatismus. Die erste Nummer unter der neuen Redaktion brachte einen Aufsatz über die »geschichtlichen Grenzen des Tschechenstaates«, die außer Böhmen, Mähren und Schlesien auch die ungarische Slowakei einschließen und sich bis zur Donau hinabziehen sollen, mit einem Korridor zum Meer, was, wie Baernreither jüngst im österreichischen Herrenhaus feststellte, mit den Absichten der Entente übereinstimmen dürfte. In Ungarn riefen die vom tschechischen Separatismus vertretenen Ansprüche auf die Slowakei starke Beunruhigung hervor. Man verlangte im ungarischen Parlament, daß die tschechischen Bestrebungen auf die Herstellung eines Großtschechiens auf Kosten Ungarns unter Strafe gestellt werden. Der ungarische Ministerpräsident erklärte vom österreichischen Justizminister bereits die Zusage erhalten zu haben, daß Strafbestimmungen geschaffen werden, damit man gegen die tschechischen Nationalisten, die »fortwährend den Karren unserer Feinde schieben«, strafrechtlich vorgehen könne. Weit entfernt durch die ungarischen Angriffe eingeschüchert zu sein, richtete die Narodni Listy folgende Kampfansage an Ungarn: »Die Magyaren sind am Ende mit ihrer gewalttätigen Nationalitätspolitik und fürchten sich vor dem öffentlichen europäischen Tribunal. . . Wenn es wahr ist, daß dieser Krieg vor allem die Völkerkarte Europas umgestalten wird, dann stehen die Magyaren Aug in Aug vor einem schreckhaften Problem. Der magyarische Staat ist eine Sünde gegen die Natur. . . Die Stunde der Not ist im Anzug. Von fern erklingen bereits die Fanfaren der zu Nationalstaaten wiedergeborenen Völker.« Die Erregung über die erneute Kampfansage des tschechischen Nationalismus war in Ungarn besonders deshalb groß, weil man sich fragte, wie es möglich sei, daß ein solcher Artikel in einer Groß-

stadt der österreichisch-ungarischen Monarchie erscheinen könne.

Deutsch-österreichischer Die Wendung zum nationalen Radikalismus und Separatismus, die im tschechischen Nationalismus seit der Begnadigung Kramarž' offen zutage getreten ist, hat im böhmischen Deutschtum schnell eine Gegenbewegung ausgelöst, weil das Großtschechien, das der tschechische Nationalismus errichten will, sich nicht auf die tschechischen Siedlungsgebiete beschränkt sondern auch die ausschließlichen von Deutschen besiedelten Sudetenländer umfaßt. Die Deutschen in den Sudeten beklagen sich, daß sie schon jetzt von den Tschechen benachteiligt werden. In den deutschen Gemeinden Böhmens sei nicht ein Erdapfel zu finden, während die tschechischen Gemeinden im Überfluß leben. Wenn die Tschechen ihre nationalistischen Aspirationen verwirklichen, also ihr Großtschechien aufrichten sollten, würde das Leben für die Deutschen in den Sudetenländern nicht mehr lebenswert sein. Von den Deutschen in Böhmen ertönt daher als Antwort auf die Forderung der Tschechen nach einem Böhmen, Mähren und die Slowakei umfassenden Großtschechien der Ruf nach Errichtung einer Provinz Deutsch Böhmen. Eine Aufforderung in diesem Sinn zu wirken erging von der Reichenberger Stadtverordnetenversammlung an alle deutschböhmischen Städte, Bezirke und Gemeinden. Der Reichenberger Bürgermeister Bayer erklärt aus diesem Anlaß, man müsse los von den Tschechen, da nur so die Zukunft des deutschen Volkes gesichert und den tschechischen Machtgelüsten ein Gegengewicht geboten werden könne. Während die Tschechen Tage intensivster nationaler Begeisterung erleben, herrscht im deutschen Lager Uneinigkeit und Unsicherheit. Der im Januar 1917 gegründete Parteienverband der deutschnationalen Abgeordneten ist in voller Auflösung begriffen. Noch stärker als die sozialen sollen sich die landschaftlichen Gegensätze im deutschen Nationalverband bemerkbar gemacht haben. Bei der jetzigen Auflösung des Nationalverbands soll die Scheidung in Vertreter der Alpen- und der Sudetenländer besonders scharf hervortreten. Ein gemeinsames Vorgehen in nationalen Fragen wollen die deutschen Parteien nunmehr durch eine Obmannerversammlung erreichen, die unter

dem Namen Leistungsausschuß der deutschnationalen Parteien ihre Aktion entfalten will. Unterdessen ist ein besonderer Verband der Deutschen Abgeordneten aus Böhmen, Mähren und Schlesien gegründet worden, der erklärt, daß die Deutschen der Sudetenländer niemals der Schaffung eines wie immer gearteten tschechischen Staates sich fügen werden.

**Kriegspublikationen** In Berlin wird eine neue Zeitschrift *Das neue Litauen* herausgegeben, die sich mit der nationalen Bewegung der Litauer und Litauens politischer Zukunft beschäftigen wird. Sie erscheint 3mal im Monat.

Ein gedankenreiches Dokument liegt in der Erklärung der Delegation des Jüdischen sozialistischen Arbeiterverbandes Poale Zion an das holländisch-skandinavische sozialistische Komitee vor. Die Erklärung erkennt die Existenzberechtigung der Nationalitätenstaaten wie Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland uneingeschränkt an. Aber sie fordert für Nationalitätenstaaten die Einführung territorialer Nationalautonomie für national einheitlich besiedelte Gebiete und die Schaffung personaler Nationalautonomie für national gemischt besiedelte Gebiete. Für das jüdische Volk fordert die Erklärung die Verbürgung seiner nationalen Rechte im Friedensvertrag. Die Erklärung legt dann weit v. die Gründe dar, die für die Schaffung einer geschlossenen jüdischen Siedlung in Palästina sprechen. Zum Schluß findet man die Prinzipien zusammengestellt, die ein harmonisches Zusammenleben der Völker sichern könnten, und wie ihre Anwendung auf das jüdische Volk stattfinden soll. Ein interessantes Schriftchen über den britischen Imperialismus, der eng mit dem angelsächsischen Nationalismus zusammenhängt, hat Friedrich Brie in der beachtenswerten Sammlung *Meereskunde /Berlin, Mittler/* erscheinen lassen.

**Kurze Chronik** Eine Zusammenkunft von Parlamentariern und Gelehrten zum Studium eines dauernden Friedens, die in Bern stattfand, beschäftigte sich auch mit dem Nationalitätenproblem. Übereinstimmung wurde für den Grundgedanken erzielt, wonach ein internationaler Vertrag die Rechte der nationalen Minderheiten schützen soll, ferner für die österreichische Anregung den Nationalitätenschutz auf Grund des Persona-

litätsprinzips des nationalen Katasters zu regeln. Es wurde auch der Wunsch ausgesprochen den Minoritätenschutz durch Klagerecht vor einem internationalen Gerichtshof zu ergänzen. Gewaltsame Gebietsabtrennungen seien zu verurteilen; bei Verständigung über Gebietsabtrennungen sei der Wille der Bevölkerung tunlichst zu berücksichtigen. ◊ Der Immunitätsausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses hat den Antrag auf Gültigkeitserklärung der Mandate Kramarz' und der übrigen tschechischen Nationalisten, die ihre Mandate infolge ihrer Verurteilung wegen Landesverrats verloren haben, abgelehnt. ◊ Die Verfassungskommission des provisorischen Staatsrats für Polen hat den Entwurf einer Verfassung angenommen, deren Plan und Hauptinhalt Cibychowski (Warschau) verfaßt hat. Danach soll Polen eine erbliche Monarchie mit Zweikammersystem und gleichem, proportionalem Wahlrecht werden. Nationalkulturelle Autonomie für die nichtpolnische Bevölkerung ist in dem Verfassungsentwurf nicht vorgesehen, der im Gegenteil die Religion der Polen zur Staatsreligion erhebt, so daß »die religiösen Akte, die die staatlichen Feiern begleiten, nach römisch-katholischem Ritus stattfinden« müssen. ◊ In Berlin ist eine *Deutsch-Polnische Gesellschaft* gegründet worden. Über die Vorgänge bei der Gründung dieser Gesellschaft teilt A. J. in der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung folgendes mit: »Eine weitgehende polnische Empfindlichkeit, die sogar an dem Wort Vereinigung Anstoß nahm, weil es auf die Absicht einer Vereinigung mit Deutschland gedeutet werden könnte, wurde von den Deutschen mit Gleichmut aufgenommen, zeigte aber doch, in welcher gespannten Atmosphäre man atmete.«

**Literatur** Über Österreich als Naturforderung handelt Erwin Hanslik in einer vom Institut für Kulturforschung in Wien herausgegebenen Schrift, in der sich der Verfasser von neuem als ein verständnisvoller Beurteiler des slawischen Ostens, seiner Völker und Kulturverhältnisse, erweist. Wie schon der Titel besagt, ist Hansliks Arbeit dem Nachweis gewidmet, daß Österreich keineswegs ein widernatürliches Gebilde darstellt sondern im Gegenteil gerade aus natürlichen Verhältnissen herausgewachsen ist. ◊ Von Sten Konow ist in der Sammlung *Aus Natur und Geistes-*

welt /Leipzig, Teubner/ eine Arbeit über Indien erschienen, die Land und Völker »dem gebildeten Publikum etwas näher bringen« soll, und die auch einige Angaben über die nationale Bewegung in Indien enthält.

## WISSENSCHAFT

Philosophie / Raphael Seligmann

**Bewußtsein** Das Buch Max Dessoirs Vom Jenseits der Seele /Stuttgart, F. Enke/ handelt von allen solchen psychischen Vorgängen, die sich außerhalb der Zone des wachen und überlegenden Bewußtseins abspielen, Vorgänge, die man sämtlich dem Begriff des Unbewußten unterzuordnen gewohnt ist, und die man einer Bezeichnung des Verfassers zufolge sehr gut unter den des seelischen Automatismus zusammenfassen könnte. Der von Dessoir behandelte Gegenstand umfaßt demgemäß psychische Phänomene aus den Gebieten des Traumes, der Hypnose, des Somnambulismus und Spiritismus, des Persönlichkeitswechsels und Fernsehens, wobei dem Spiritismus in diesem Werk besonderes Interesse zugewendet wird. Dessoir beschränkt sich jedoch nicht auf das rein Psychische allein sondern läßt seine Untersuchungen in kulturhistorische Betrachtungen ausmünden, die sich auf die verschiedensten sogenannten Geheimlehren antiker und moderner Zeiten beziehen. Er hat es hier mit einem außerordentlich schwer zu bewältigenden Stoff zu tun, den er nichtsdestoweniger übersichtlich gliedert und unter allgemeine Gesichtspunkte bringt. Besonders ausführlich, ja minutiös wird von ihm das Gebiet der spiritistischen Phänomene behandelt, die er als wissenschaftlicher Gewährsmann an zahlreichen spiritistischen Sitzungen und als persönlicher Freund mehrerer berühmter Medien zu beobachten reichlich Gelegenheit hatte, und deren er uns in seinem Buch eine Fülle bietet. Sein Verhalten gegenüber dem Spiritismus ist im großen und ganzen ablehnend zu nennen. Jedoch möchte er nicht die spiritistischen Wundererscheinungen, die er übrigens auf natürlich-psychologischem Weg zu erklären sucht, nach dem Beispiel mancher Gelehrten in Bausch und Bogen verwerfen, er wahrte überall bei deren Beurteilung eine gewisse Reserve. Hingegen finden in ihm die modernen Geheimlehren einen unachsichtigen Kritiker, der all die verschiedenen Neubelebungsversuche anti-

ker magischer Künste, wie die Anthroposophie, die Christian Science, dem Neubuddhismus usw., aufs schärfste verurteilt und als Irreführungsversuche brandmarkt.

Was nun bei alledem den prinzipiellen philosophischen Ausgangspunkt der vom Verfasser unternommenen Untersuchungen betrifft, die Definition des Bewußten und die Klarlegung des grundsätzlichen Unterschieds zwischen Bewußtem und Unbewußtem, so fallen die Betrachtungen des Verfassers nicht ganz befriedigend aus. Er erklärt am Eingang seiner Untersuchungen: »Der Bewußtseinsbegriff kann die seelischen Tatsachen lediglich nach ihrer Form bezeichnen; seine besondere Qualität ist inhaltlich schlechterdings nicht zu definieren. Was kommt denn zu einem wirklichen Ton hinzu, damit er ein gehörter wird? Was zu einer unbewußten Vorstellung, wenn sie bewußt wird? Kein wahrhaft neues inhaltliches Merkmal. Ersichtlich bezeichnen wir mit Bewußtsein die Form, in der die psychischen Vorgänge auftreten, das Wie eines Seins, nicht das Was. Man kann nicht sagen, daß sich die Erwägungen Dessoirs durch besondere Klarheit auszeichnen. Und vor allem wird man sich fragen, ob ein nicht gehörter Ton noch ein wirklicher Ton zu nennen, ob er nicht etwas ganz anderes als Ton ist, und ob es überhaupt angängig ist von einer unbewußten Vorstellung zu reden, angesichts dessen nämlich, daß jede Vorstellung eo ipso zum bewußten Leben gehört. Zwar hat schon bekanntlich Leibniz mit dem Begriff der unbewußten Vorstellung (*petites perceptions*) operiert, aber man sollte doch meinen, daß die große Klarungsarbeit der modernen Immanenzphilosophen, Positivisten und Empiriekritiker, die die Grenze zwischen Bewußtem und Unbewußtem nicht ohne Erfolg festzulegen suchten und auf den innern Widerspruch in dem Begriff der unbewußten Vorstellung aufmerksam machten, nicht ganz umsonst war; von ihren Ergebnissen müßte doch irgendwie Notiz genommen werden. Bewußtsein ist »die Form, in der die psychischen Vorgänge auftreten«. Psychische Vorgänge sollen danach etwas darstellen, was an sich von Bewußtsein unterschieden ist. Worin besteht nun der Unterschied zwischen Psyche und Bewußtsein? Man wird in den Dessoirschen Erklärungsversuchen vergebens nach einem Aufschluß darüber suchen. In dem Maß jedoch, wie der Verfasser sich vor

allgemein philosophischen Gesichtspunkten entfernt und der Zone konkreter psychischer Geschehnisse näherrückt, gewinnen seine Erklärungsversuche an Sicherheit und Deutlichkeit. So, wenn er die den Spiritisten erscheinenden Geister und überhaupt verschiedene Halluzinationsphänomene erklärt: »Nehmen wir an, daß in jeder Zeiteinheit die psychischen Inhalte eine bestimmte Form der Organisation, nämlich eine zweckmäßige Anordnung um den Mittelpunkt des klarsten Bewußtseins, beizitzen. Diese Struktur der Seele beruht wahrscheinlich auf einer Zusammenarbeit der Gehirnteile, die alle ihre verschiedene Funktion haben. Schwankungen und Änderungen der zerebralen Zusammenarbeit können gewiß die Bewußtseinsverschiebungen zur Folge haben, die wir als automatische Seelentätigkeit oder auch als Persönlichkeitswechsel bezeichnen dürfen. Im Grunde geht hier nichts anderes vor, als was wir alle aus den Träumen kennen und was in reiner Form durch die Einbildungskraft des Dichters dargestellt wird. . . Denn das ist des Rätsels formale Lösung: Aus den irgendwoher geschöpften Kenntnissen bildet die latente, im veränderten Bewußtseinszustand freierwerdende Seelenenergie eine individuelle Gestalt, die den Gebilden des Geisteskranken, des Träumers und des Dichters verwandt ist. Daß der Automatist von dem übersinnlichen Dasein solcher Persönlichkeiten überzeugt ist, begreift sich, da er sie ja nicht absichtlich, nicht mit seinem Willen erzeugt hat und in normaler Bewußtseinsverfassung nichts von ihnen weiß. Er hält für objektiv, was in Wahrheit aus ihm selber stammt: eine Verwechslung, deren jeder Mensch sich in anderen Beziehungen unzählighal schuldig macht. Mit der außerordentlich gesteigerten Fähigkeit der Personifikation, das heißt der Ausgestaltung seelischer Inhalte zu einer Persönlichkeit, verbindet sich nun beim Automatisten ein erhöhtes Erinnerungsvermögen. Die ekstatischen Zustände sind durch eine Erinnerungskette mit einander verbunden, die im wachen Leben nicht hervortritt, sonst aber ungemein fest zu sein scheint.« Dessoir beschränkt sich, wie gesagt, nicht auf das rein Psychische allein, er berührt allgemeine kulturhistorische Zusammenhänge und zieht mannigfache metaphysische Konzeptionen antiken und modernen Datums in den Kreis seiner Untersuchungen hinein. Bei dieser Gelegenheit macht er eine Anzahl

zwar nicht immer einwandfreier, doch ganz interessanter Bemerkungen. Unter den Büchern, die in diesen Kriegsjahren erschienen sind, ist das vorliegende immerhin eines der lesenswertesten.

**Kurze Chronik** Der Ordinarius der Mathematik an der Berner Universität Eduard Ott ist im November gestorben. ◊ An der Göttinger Universität ist von der Philosophischen Fakultät für das Jahr 1917-1918 folgende Preisaufgabe gestellt worden: »Die Begriffe Gelten, Wirklichkeit und Sein in Lotzes Philosophie.« Die Greifswalder Fakultät stellte die folgende: »Der Substanzbegriff in der neuen Philosophie.«

### Religionswissenschaft / Herbert Kühnert

**Reformation** Obwohl sich die Wirkung von Luthers Reform auch auf andere Kulturgebiete erstreckt hat, liegt ihr Schwerpunkt doch auf religiösem Gebiet. Man kommt der religiösen Bedeutung der Reformation am nächsten, wenn man davon ausgeht, daß sich das Christentum, diese Schöpfung des antik-orientalischen Mittelalters trotz aller äußern Machtentfaltung der Kirche wieder in hohem Maß von den Zielen entfernt hatte, die seinen Begründern vorgeschwebt hatten. In mancher Hinsicht war um die Zeit des ausgehenden Mittelalters die religiöse Lage wieder ähnlich geworden wie die, die das Christentum bei seinem Eintritt in die Alte Welt vorgefunden hatte. Der Geist des Absoluten war in die Knechtschaft des Bedingten gefallen, an der Stelle des lebendigen religiösen Gefühls herrschte der Kult der Zeremonien, Gesetze und Werke; der Gedanke der Erlösung hatte eine mechanische Form angenommen, und mit tausend wirtschaftlichen und politischen Fäden war die Kirche an die irdische Welt gefesselt.

In diese Lage griff Luther ein, indem er wieder den Geist des ursprünglichen Christentums zur Geltung zu bringen suchte. Den äußern Anlaß dazu boten ihm die unbefriedigenden Erfahrungen, die er als Mönch mit den von der Kirche zur Heilsgewinnung vorgeschriebenen Maßnahmen gemacht hatte, und ferner die Beobachtungen, die sich ihm über den geschäftsmäßigen Betrieb des Ablasshandels sowie über das weltliche Leben der hohen Geistlichkeit aufdrängten

hatten. Besonders waren es zwei Grundgedanken, die er in seinen Thesen und in seinen ersten reformatorischen Schriften dem herrschenden Glauben entgegengesetzte. Erstens der Gedanke, daß nicht die sogenannten guten Werke als solche das christliche Leben ausmachen, sondern der rechte Glaube an Gottes Gnade, aus dem sich das gute Handeln als Selbstverständlichkeit ergibt. Zweitens der Gedanke, daß die Form der Glaubensgemeinschaft, die den Begründern des Christentums vorgeschwebt hatte, nicht die eines weltlichen Gebäudes mit sozialen Rangabstufungen und wirtschaftlich-politischen Interessen gewesen war, sondern lediglich die geistige Gemeinschaft der Gläubigen. Auf diesen beiden Grundgedanken ist Luthers ganzes Reformwerk aufgebaut, und aus ihnen folgen die meisten seiner übrigen, auf Verinnerlichung, Verpersönlichung, Entweltlichung der Religion gerichteten Reformforderungen ganz von selbst. Dahin gehören Abschaffung des Ablasshandels, Einziehung des weltlichen Kirchenguts, Beseitigung der päpstlichen Machtstellung in der Kirche, Abschaffung der kirchlichen Gebräuche, die sich nicht unmittelbar durch das Gebot der Heiligen Schrift rechtfertigen lassen, zum Beispiel eines Teils der Sakramente und verschiedener gottesdienstlicher Einrichtungen, Aufhebung des Gebots der Ehelosigkeit für Priester und Mönche, Festlegung des Rechts der Glaubensfreiheit und des Rechts auf das Studium der Heiligen Schriften auch für den sogenannten Laien, Verneinung des Anspruchs der Kirche abweichende Glaubensmeinungen durch körperliche Gewalt unterdrücken zu dürfen, Eintreten für das Recht der Unterdrückten, Forderung nach Einrichtung von Schulen und sonstigen unterrichtlichen Veranstaltungen für alles Volk usw. Vergleichen wir Luthers Gedankenkreis, so wie er uns in den ersten Schriften des Reformators vorliegt, mit denjenigen Gedanken, die er später geäußert oder verwirklicht hat, so gewahren wir eine nicht unerhebliche Menge von Widersprüchen und Halbheiten, die teilweise dem Protestantismus noch heute anhaften. Denn von den Grundgedanken der Reformation aus gesehen ist die Stellung, die Luther später wieder der weltlichen Obrigkeit als einem Mittel zur gewaltsamen Aufrechterhaltung des Glaubens angewiesen hat, eine mühsame Konstruktion. Ferner hatte Luther anfänglich zwar die Idee des allgemeinen

Laienpriestertums vertreten, legte aber dann doch wieder den Grund zu einem neuen Berufspriestertum. Obwohl er die Anschauung bekämpft hatte, daß man irgendeinen Glauben mit Gewalt erzwingen könne, trat er wiederholt für solchen Zwang ein. In seinem Kampf gegen das kirchliche Dogma berief er sich zumeist auf das Wort der Heiligen Schrift, sah sich aber doch genötigt gegen die Wiedertäufer aufzutreten, als sie Gütergemeinschaft und Vielweiberei gleichfalls unter Berufung auf das Wort der Schrift einzuführen suchten. Auch sein Zurückgehen auf die Lehre des ursprünglichen Christentums ist nicht konsequent durchgeführt; denn ein Teil der von ihm beibehaltenen Glaubenssätze stammt erst aus der Zeit des frühen Papsttums.

Für das Verständnis dieser Widersprüche, die sich beliebig häufen ließen, ist erstens zu berücksichtigen, daß Luther ursprünglich keine neue Glaubensgemeinschaft begründen sondern nur die bestehende Kirche reformieren wollte. Zweitens, daß er nicht das war, was man einen systematischen Kopf nennt. Drittens, daß seine Zeit eine Übergangsperiode war, die neben einer großen Zahl moderner Gedanken auch noch ein gut Teil Mittelalter in sich barg, und daß dieser Übergangszustand der Zeit naturgemäß auch an ihren überragenden Persönlichkeiten zum Ausdruck gelangen mußte. Endlich ist zu berücksichtigen, daß die Zeit, in der Luther lebte, für seine wirklich modernen Grundgedanken noch nicht das nötige Verständnis besaß, und daß diese schmerzlich enttäuschende Erfahrung, die sich Luther erst im weitem Verlauf seiner reformatorischen Tätigkeit aufdrängte, sich auch seiner Reform und der aus ihr hervorgegangenen Glaubensgemeinschaft mitteilen mußte. Denn im Grunde bedeutet Luthers Formulierung der Glaubens- und Kirchenidee trotz allen sonstigen Widersprüchen und Halbheiten in seinem Lebenswerk doch einen ungeheuren Fortschritt auf dem Weg zu einer nicht mehr durch mittelalterliches Dogma und konfessionellen Zwang gebundenen Religiosität. Nur sind eben, wie auch in den meisten Festschriften zum Reformationsjubiläum betont worden ist, die Grundgedanken der Reformation auch heute noch selbst innerhalb des Protestantismus bei weitem nicht völlig verwirklicht. Auch heute gilt es, kaum weniger als zu Luthers Zeiten, die Geister von den Außerlichkeiten der Religio-

auf ihren innern Gehalt, von Selbstgerechtigkeit, auf innere Einkehr hinzulenken. Immer noch gilt es im Sinn des Grundgedankens der Reformation das religiöse Leben von der Fessel äußern politischen Zwanges zu erlösen und das durch die Reformation angebahnte Gut der religiösen Gedankenfreiheit auf der Grundlage der Toleranz dauernd sicherzustellen. Nicht zum wenigsten aber ist es Luthers Persönlichkeit selbst, die durch ihren Bekennermut, durch ihren Hochsinn und ihren Ernst dem religiösen Suchen der Gegenwart noch immer zielgebend voranleuchten kann.

**Luther** Das Reformationsjubiläum hat eine gewaltige Steigerung der Literatur über

Luther, die Reformation und den Protestantismus mit sich gebracht. Naturgemäß kommt davon nur ein ganz geringer Bruchteil als wirklicher wissenschaftlicher Gewinn in Frage.

Aus dem Wertvollen seien zunächst zwei Schriften herausgegriffen, die in ihrer Art zwei Gegenpole darstellen. Die erste ist Otto Scheels Martin Luther, dessen 1. Band bereits in 2. Auflage vorliegt /Tübingen, Mohr/; der 2. Band führt die Lebensbeschreibung des Reformators bis in die Zeit des Frühjahrs 1513. Die andere Schrift ist Ricarda Huchs Werk Luthers Glaube /Leipzig, Inselverlag/. Man könnte sagen, daß, während in Scheels Buch langsam, Steinchen um Steinchen, das Bild des Reformators aus den mit Bienenfluß gesammelten Dokumenten und Quellen herauswächst, bei Huch ein apriorisches Bild von Luther die Dokumente regiert. Herrschen dort Analyse, Kritik, kühle Sachlichkeit, Ratio, so hier Synthese, Apologie, heißes Gefühl. Es ist schwer sich zu entscheiden, welchem der beiden Werke der Vorzug gegeben werden soll. Es geht einem bei Huchs Buch fast wie gegenüber dem Reformator selbst: Fast keine Zeile, die nicht Angriffspunkte enthielte, und doch alles schön, richtig in seiner Art, genial. Auf Scheelscher Linie bewegt sich auch Adolf von Harnacks Martin Luther und die Grundlegung der Reformation /Berlin, Weidmann/, ein kleines, im besten Sinn populäres Werk, das als Festschrift der Stadt Berlin zum Reformationsjubiläum gedacht ist. Mit Recht wird hier der Nachdruck auf die »Grundlegung« der Reformation gelegt; denn für die Gegenwartsaufgaben des Protestantismus sind die Jahre 1517 bis 1526 die bedeutungsvollsten.

Zwei gute Bücher über Luther und die Reformation enthält die Teubnersche Sammlung Aus Natur und Geisteswelt. Zunächst Heinrich Boehmers Bändchen Luther im Lichte der neuern Forschung, das neuerdings in bedeutend erweiterter Form als 4. Auflage der ursprünglich nur 176 (jetzt 301) Seiten zählenden Schrift erschienen ist und unter anderm auch eine gute Zusammenstellung neuerer Lutherliteratur enthält; die andere Schrift hat den Züricher Gelehrten W. Köhler zum Verfasser und trägt den Titel Martin Luther und die deutsche Reformation. Obwohl die Darstellung inhaltlich gut ist, dürfte die nicht immer einfache sprachliche Form des Buches seiner Verbreitung in weiteren Kreisen hinderlich werden. Das Gegenteil läßt sich von der Schrift Paul Kaisers Unser Reformator Dr. Martin Luther /Bielefeld, Velhagen & Klasing/ sagen, einer kleinen, mit guten Bildern geschmückten Schrift von 96 Seiten, die sich besonders an die Jugend wendet. Ob man freilich für die Darstellung der Glaubensnote, die Luther zum Reformator gemacht haben, das jugendliche Verständnis nicht auf andere Weise zu gewinnen suchen muß als es hier geschieht, bleibe dahingestellt. Das religiöse Grunderlebnis will erlebt sein und wird auch dadurch nicht verständlich, daß man seine Darstellung in kindliche Sprache kleidet. Einen stärker apologetischen Einschlag haben die Werke Martin Luther und wir von Theodor Brieger, nach des Verfassers Tod bearbeitet und herausgegeben von B. Beß /Gotha, Perthes/ und Zur Wertung der deutschen Reformation, Vorträge und Aufsätze von W. Walther /Leipzig, Deichert/. Das erste der beiden Werke sucht in 10 Kapiteln (Luthers Glaubensbegriff, seine Stellung zum Dogma, zur Heiligen Schrift, zur Lehre von der Inspiration usw.) die Kernpunkte des reformatorischen Gedankenkreises Luthers herauszuarbeiten und enthält eine sehr hübsche Auswahl von Belegstellen aus Luthers Schriften im Anhang. Das andere behandelt Probleme, die für die wissenschaftliche Forschung über die Reformationszeit im weitern Sinn bedeutungsvoll sind, zum Beispiel die Frage über Luthers Ende, seine Stellung zum Jakobusbrief, seinen Streit mit den Schweizern, Melancthons Stellung zur Wissenschaft und anderes mehr.

Eine 2. Auflage des seinerzeit vielumstrittenen Werkes von Albert Kalthoff Das Zeitalter der Reformation (Nach-

gelassene Predigten, mit Vorwort von F. Stendel) veröffentlicht der Verlag E. Diederichs in Jena. Das Buch des Bremer Pfarrers sucht die Reformation aus allgemeinkulturellem Zusammenhang, das heißt aus ihrer Verbindung mit dem wissenschaftlichen, künstlerischen, politischen und wirtschaftlichen Leben ihrer Zeit heraus zu begreifen und in kritischer Einstellung gegen weitverbreitete Werturteile, die zugleich Vorurteile sind, die bleibenden Werte jener Zeit herauszuschälen. So berechtigt auch in der Gegenwart noch immer Kalthoffs kritische Einstellung gegenüber dem zu Übertreibungen geneigten Enthusiasmus derjenigen protestantischen Theologen ist, die die Reformation nur durch die konfessionelle Parteilichkeit hindurch betrachten, so dürfte doch auch Kalthoffs Stellung zu Luther nicht gänzlich der Einseitigkeit ermangeln. Immerhin sind die Vorwürfe, die man gegen Kalthoff gerichtet hat, in der Mehrzahl zu weitgehend gewesen, wenn man die große Masse der Bücher in Betracht zieht, in denen nach der entgegengesetzten Richtung hin, auch unter dem Vorwand strengster Wissenschaftlichkeit, gefehlt worden ist.

Endlich ist noch als richtiges Hausbuch das Werk Georg Buchwalds Doktor Martin Luther /Leipzig, Teubner/ zu nennen und zu empfehlen. Dieses Werk liegt bereits in 3. Auflage vor; es umfaßt 557 Seiten, ist mit zahlreichen Abbildungen im Text versehen und bringt auf 16 Tafeln Reproduktionen von Kunstwerken der Lutherzeit. Das Werk verfolgt zwar keine wissenschaftlichen Zwecke sondern will ein »Lebensbild für das deutsche Haus« geben; und doch kann es in der Gründlichkeit der Darstellung auch streng wissenschaftlichen Ansprüchen völlig genügen. Man merkt es dem Verfasser an, daß er seinen Gegenstand nicht nur mit hohem Ernst sondern auch mit innerer Liebe behandelt hat. Eine Kritik des Standpunkts und der Einzelheiten ist in diesem Zusammenhang nicht notwendig.

**Kurze Chronik.** Das 400jährige Jubiläum der Reformation ist am 31. Oktober von der gesamten protestantischen Welt festlich begangen worden. Die Hauptfeiern fanden in Wittenberg und Eisenach statt. Eine Reihe von Bibliotheken veranstaltete aus diesem Anlaß Lutherausstellungen, von denen die bemerkenswerteste die Leipziger gewesen sein dürfte.

Ferner ist aus Anlaß des Jubiläums eine Evangelische Studentenstiftung begründet worden, die dazu bestimmt ist die Schriften Luthers und andere reformatorische Werke den Studierenden durch Verbilligung zugänglich zu machen. ◊ Das preußische Kultusministerium hat einen neuen Lehrplan für den Religionsunterricht an höheren Knabenschulen veröffentlicht, der unter anderem den Unterricht in Kirchengeschichte verstärkt und auf oberster Stufe auch Ausblicke auf die wichtigsten außerchristlichen Religionen und Auseinandersetzung mit modernen Weltanschauungsproblemen sowie mit dem Verhältnis von Religion zu Kunst, Literatur, Philosophie und Naturwissenschaft fordert. ◊ Als Nachfolger Wilhelm Herrmanns ist Rudolf Otto, bisher in Breslau, zum ordentlichen Professor für systematische Theologie an der Universität Marburg ernannt worden. Seine Schrift Naturgeschichte und religiöse Weltanschauung /1904/ fand wegen ihrer gründlichen und unbefangenen Auseinandersetzung mit der Deszendenztheorie und der mechanischen Naturauffassung überhaupt viel Beachtung, ebenso seine Kantisch-Friessche Religionsphilosophie /1909/. Sein neuestes Werk ist Das Heilige betitelt und kann auf besonderes Interesse Anspruch erheben. ◊ Der Breslauer Lehrstuhl Ottos ist mit Heinrich Scholz, bisher Privatdozent in Berlin, besetzt worden. ◊ Der Münchener Privatdozent Heinrich Vogels wurde Professor der neutestamentlichen Exegese in Straßburg.

## KUNST.

### Bildende Kunst / Lisbeth Stern

Rodin † Nun ist auch Auguste Rodin am 17. November in Paris gestorben. Er ist 77 Jahre alt geworden. Das Wesentliche über ihn hat hier bereits Käthe Kollwitz gesagt. Seine Größe gab ihm seinen Platz in der Welt, unbekümmert um die jeweiligen Kunstströmungen. Aber trotz diesem Hinübertagen über all die Wellen des Lebens, wurzelt er doch stark in seiner Zeit; nur ist seine Spanne weiter und größer gemessen als für die anderen. Es ist, als wenn der Geist der europäischen Kultur, speziell der der Renaissance, noch einmal neue Nahrung bekommen habe und durch Rodin noch einmal zu uns spräche. Und dabei hat doch Rodin, wie Rilke (in seinem Rodinbuch /Leipzig, Inselverlag/) immer

wieder berichtet, mit ganz besonderer Verehrung an der gotischen Plastik gehangen. Aber wenn auch in seinen Bürgern von Calais vielleicht etwas von dem Geist der Gotik drin sein mag, so ist doch das Wesentliche seiner Plastik durchaus anders gerichtet. Die Gotik ist doch immer mit den großen und schützenden Kathedralen im Hintergrund zu denken. Dieses Dahinterstehende und Schützende fehlt bei Rodin gänzlich. Je älter er wurde, desto mehr war er ein Heide, und seine Menschen stehen frei und allein auf der Welt, wie von einer Macht ausgesetzt, die sie geschaffen und verurteilt hat sich durchzufinden durch eine Welt, die die letzten Herrlichkeiten und die letzten Schrecken in sich trägt. Rodin schuf Menschen, ein Geschlecht, das ihm gleich sei, und die Glut seines Schaffens glaubt man vor seinen Werken im kleinen mitfühlen zu können. Rodins Leben ist ohne große, von außen eingreifende Schicksale verlaufen. 1840 in Paris ist er geboren. Er stammt aus kleinen Verhältnissen und hat die Lebensnotdürfte in seiner ganzen ersten Lebenshälfte nur mit Mühe bestritten. Sein Arbeiten muß ungeheuer gewesen sein; seine ganze Person, seine Hände und der Geist waren fast immer in heißer Arbeit. Dabei hat er in anderer Beziehung seiner Entwicklung volle Ruhe gelassen. Er hat sie in nichts überstürzt, um ein fertiges Werk vor die Menschen zu stellen, wie wenn er das sichere Gefühl innern Wachstums in sich trug. Im Jahr 1864 wurde ihm der Homme au nez cassé vom Salon refusiert, worauf für ihn mit dem Ausstellen wieder eine Pause von 13 Jahren eintrat. Sie ist mit dem gleichen unermüdeten Arbeiten am menschlichen Körper bis hinein in seine innersten Zusammenhänge ausgefüllt. Es ist so, als wenn die Körper ihre volle Ausdruckskraft für uns verloren gehabt hätten und erst Rodin sie wieder zum Leben rief, so daß sie unter ihm fast mehr als die Gesichter zum Träger der Seele wurden, der ganz modernen, suchenden und durchschüttelten Seele. Nach dem Krieg 1870-1871 ging Rodin nach Brüssel, wo er an dekorativen Figuren für die dortige Börse arbeitete, und im Jahr 1877 tritt er wieder vor das Pariser Publikum mit dem Ehernen Zeitalter. Dann sein Johannes, der da einhergeht, wie von einem Geist vorwärtsgeführt. Und dann vor allem die Bürger von Calais, in meinen Augen fast das größte seiner Werke. Diese Gruppe der

5 Männer, nicht gedacht auf dem Podium, wie ein anderes Denkmal, sondern mitten zwischen uns, Leben von unserm Leben, belastet und schwer vorwärts geschoben von ihrem Schicksal. Zwischen diesen Werken, die so ganz das Beste des Rodinschen Wesens geben, zwischen diesem gedrängten und gepreßten Leben kommen aber dann und wann, besonders in seinen jüngeren Jahren, wie hineingeschnitten, Arbeiten, in denen er dem ungeheuren Elan seiner Fähigkeiten freien Lauf gelassen hat. Diesen Werken gegenüber, mit dem etwas französischen Schwung, kann die Bewunderung nur eben Bewunderung bleiben. Ich denke da zum Beispiel an den Genius des Krieges mit seinem wilden Geschrei, und auch an den Ewigen Frühling, ein Liebespaar, das in seiner Umfassung nichts von der heißen Verschmelzung und dem Hinüberströmen von einem Körper in den andern hat, was Rodin in seinen späteren Jahren als sein Stärkstes brachte. Überhaupt ist es fast, als wenn er in seiner spätern Entwicklung jünger würde, als wenn die sinnliche und spielhafte Freude am Körper freier und gelöster spräche als in seinen jüngeren Jahren. Man denke an die zahllosen Darstellungen der Liebesberührung, von der ganz rührend jungen bis zu der letzten tödlichen Qual. Alle diese Leiber Rodins, die liebenden mit ihrer flammend heißen Haut, die verzweifeln, die fliehenden und ekstatischen: sie sind alle durch eine Vision zusammengehalten, entstanden aus Dantes Purgatorium. Sein großer Plan war ein Höllentor zu machen, ein Plan, bald so groß wie der der Sixtinischen Kapelle (das Geld dazu wollte ihm eine Gruppe Engländer und Franzosen geben): Eine breitflügelige Tür, von einem stark vorspringenden Rahmen zusammengehalten. Oben darauf 3 Männer, die Fäuste gemeinsam heruntergestreckt, wie zur Beschwörung. Direkt unter dem Rahmen in der Mitte, zu oberst der andern Gruppe, der Denker, und rechts und links die Flut von Körpern, die nach der Mitte hinunter gezogen wird wie durch einen Strudel. Dieser Plan hat die ganzen Jahre seines Schaffens beherrscht; sein Wirklichwerden ist nun durch den Tod überholt. Charakteristisch für seine Menschenauffassung sind auch seine zahlreichen Porträts. Sie sind alle von so unmittelbarer Lebenswahrheit wie etwa die Menschen Dostojewskijs. Die Wahrheit ist in ihnen beiden so sehr das Wesent-



lichste ihrer Kunst und so ganz Selbstzweck, daß sie von keinen anderen Ideen Richtung oder Fühlung bekommt; sondern diese Art Wahrheit ist aus den Menschen selbst herausgewachsen und hat in ihnen selbst ihre Form gefunden. Grausames, Böses, Gutes, Willenloses und Denkendes: alles ist darin.

Aber mir scheint es, als wenn in den letzten Jahren seines Lebens Rodin sich vom einzelnen Menschen abgewandt hat, etwas Allgemeinerem zu. Wenigstens lassen manche der späteren kleinen Plastiken und vor allem die Zeichnungen es denken. Als wenn sich da ein Wenden vorbereite und er Bewegtes mehr aufsucht als den sich selbst bewegenden Körper. Ob dieses unter dem Eindruck unserer heutigen Kunst hineingesehen ist, ist natürlich unsicher und schwer zu sagen. Sicher ist aber, daß Rodin zu den wenigen sehr Begnadeten gehörte, die den Keim zu einer immer weiter schreitenden Entwicklung in sich trugen, die erst durch den Tod abgeschnitten wurde. Wohl auch darum hatte er sich so Zeit lassen dürfen mit seinen Arbeiten für die Menschen, weil das Gefühl des ständigen inneren Wachstums seine Arbeiten zusammenhielt. In einem Gespräch, das von ihm berichtet wird, soll er gesagt haben: »Man begreift ja nichts, wenn man jung ist; das kommt später, langsam.«

**Berlin: Große Ausstellung 1917** Die Große Ausstellung, die seinerzeit in Düsseldorf war, war jetzt in den Akademieräumen am Pariser Platz. Durch die sehr wesentliche Raumeinschränkung war auch die Auslese sehr viel strenger, zugunsten des Gesamteindrucks. Besonders in der Landschaft war man angenehm von einer gewissen ruhigen Tönung berührt, die man nach manchen Wirrnissen mit Freude wieder begrüßte. Auch die Wärme im Verhältnis zur Wirklichkeit, zum Beispiel in Landschaften Bayerleins und Hartigs, tut wohl. Schlimm steht es allerdings nach wie vor mit den Porträts (mit Ausnahme etwa des von Burger) und vor allem mit den Kompositionsbildern. Überall da die selbe Leere. In der Plastik fällt ein Knabenakt von Schiffner auf, der an seine Aufgabe mit einer gewissen Leidenschaft herangegangen ist, ferner eine schöne einfache Affenfamilie von Christlieb. Zu nennen sind aber vor allem noch Lithographien von Teichmann, alles Mädchenakte in ruhiger Linie, sauber und klar gezeichnet. Wenn auch

den Körpern eigentliche Bewegung fehlt, so steckt doch in den Blättern so viel Liebe in Technik und Auffassung, daß man ihnen gern entgegenkommt, wenn sie auch scheinbar sehr fernab sind von dem, was unsere Zeit will.

**Berliner Sezession 1917** Die Sezession wirkt diesmal eigentlich nur durch die Arbeiten Bruno Krauskopfs, vor allem durch sein Frauenporträt. Das Bild hängt mitten zwischen lauter impressionistischen Bildern, ringsherum lauter willkürliche und zufällige Ausschnitte irgendeiner Wirklichkeit. Und hier in diese Fläche ist eine ganze Welt zusammengezogen, eine volle, vornehme und ruhige Welt, die in dieser Frau lebt; still in Ausdruck und Haltung, aus der Tiefe heraus gemalt mit etwas metallischem Glanz. Merkwürdig ist nur, wie dieses Bild mit seinen übrigen Kompositionen zusammengeht. Das Porträt lebt in einem Stil, den wir gut kennen von Italien her, aus der Zeit der reifen Renaissance, während die Kompositionen Krauskopfs in vollem Werden stecken und wir in erster Reihe den Weg fühlen, auf dem sie gehen; aber vielleicht sprechen sie gerade darum so besonders direkt und unmittelbar. Das beste der Bilder ist wohl der Sterbende Vater: Von einem kreisrunden hellen Kernpunkt aus (seitlich von der Mitte) gehen Strahlen über etwas wellenhaft stark Bewegtes, auf dem zwei klagende Köpfe schwimmen. Vorn eine junge Frau, daneben eine zweite, halb Kind halb Frau, mit unheimlich großem und traurigem Kopf. Aus dem Gesagten ist es schon klar, daß nicht der Inhalt der Bilder ergreifen kann; er ist kaum in ungefähren Gedanken zu fassen, und trotzdem erschüttert das Bild stark. So muß wohl das Besondere, das Malerei geben kann, die ganz besondere Auffassung der Dinge und ihre Beziehung zu einander hier in diesem Bild ganz besonders stark und lebendig sein. Es steht uns allerdings noch zu nah und zu neu gegenüber, um dem nachgehen zu können, worin die Wirkung liegt; auch scheut man sich wohl vor einer solchen voreiligen Sezierung. Das Stilleben Krauskopfs scheint mir gering; aber auch seine Parklandschaft behandelt ein Problem der Jungen in sehr besonderem Sinn. Die Dinge werden doch oft jetzt in Flächen gesehen, die hinter einander geschichtet und teilweise durchlässig sind. Hier hat nun die Durchlässigkeit eine schöne klare Härte wie aus dunklem Kristall

geschliffen, und das gibt dem Bild mit seinem runden dunklen Wasser einen ernststen Reiz. Jäckel hat schöne Landschaften voller Wahrheit, aber nach seinem Bisherigen glaubte man von seinen Porträts mehr erwarten zu dürfen. Sehr beanlagt und reich, wenn auch von den alten Meistern beeinflusst sind die Kompositionen Kohlhoffs. Das Pathos Heckendorfs erscheint auf die Dauer etwas leer, nicht ausfüllend für eine Lebensarbeit. Sehr gern habe ich wieder die 3 kleinen Bilder Rössners; ihre Figuren sind wie aus Tristram Shandy und bewegen sich mit drolligem, ironischem Schwung.

Von diesen wenigen Leuten abgesehen, ist aber das Niveau der Ausstellung entsetzlich niedrig. Der Stil der Jungen steht zu dem Impressionismus der alten Sezession in gar keiner Beziehung, und der Vergleich, der sich unwillkürlich aufdrängt, fällt in puncto Komposition sehr zuungunsten unserer Impressionisten aus. Sie malen das Draußen; dies ist ihr Grundgesetz. Einmal ist es das Interessante der Beleuchtung, das Interessante des Modells oder einer Farbenkonstellation. Auch selbst, wo die Themen aus einer andern Welt entlehnt sind, wie beim Kain von Lovis Corinth, fühlt man doch Modell und immer wieder Modell. Und jetzt, da man sich von der Anschauungsweise der verflorbenen Generationen etwas entfernt hat, fühlt man auch die alte Akademiekunst und den Impressionismus in manchem nicht mehr so grundsätzlich entgegenstehend wie früher. In der akademischen Kunst war das Modell nur eingezwängt in irgendeine, meist genrehafte Bildidee, und im Impressionismus wurde es Selbstzweck. Aber doch beidemal Modell. Für die eigene Welt, die in der Bildfläche lebt, und die kompositorischen Zusammenhänge, die sich jedesmal neu ergeben, war bei ihnen beiden keinerlei Verständnis. Von Charlotte Berend ist ein Selbstporträt mit dem Kind, auf dem die Palette als eine gerade rechtwinklige Fläche drinsitzt, ohne irgendwelche Verknüpfung wie ein Fremdkörper, offenbar nur aus einem äußerlichen visuellen Reiz entstanden.

**Sammlung Kaufmann**

Wie sehr Rhythmus, Farbe und Form sich mit der Darstellung des Gegenständlichen und mit voller Liebe zu den Dingen verknüpfen können, zeigt uns wieder die alte deutsche und italienische Kunst der Frührenaissance aus der Kaufmannschen Sammlung, die vor ihrer

Versteigerung bei Cassirer ausgestellt war. Unsere Museen kennen wir von früher her und fühlen daher in ihnen die Kraft und Reinheit jener Kunst kaum mit so unbedingter Klarheit zu uns sprechen wie hier, wo wir als Neuling an eine große Zahl bester Werke aus jenen Jahrhunderten herantreten dürfen. Vielleicht, daß wir auch im Sehen ein wenig zugerlernt haben, daß unsere Augen nicht mehr so ganz wie ein photographischer Apparat sehen sondern innerlich mehr verwoben mit unserer Seele, mit ihrem Rhythmusgefühl und ihrem Glauben, daß uns darum gerade jene Kunst jetzt in so neuem Sinn aufzuehen vermag. An den frühen Holzschnittenwerken (ich denke besonders an einige von den niederdeutschen) und auch an den Bildern aus der sienischen Schule habe ich besonders stark die ruhige Einfügung in den Raum empfunden. Er umfaßt die Menschen, und sie fühlen sich in ihm wie geborgen, wie in ihrer Kirche.

Aus den späteren Jahrhunderten waren für mich von der stärksten Wirkung vor allem die Porträts, Rogier van der Weyden und Lukas Cranach. Was steckt in den Bildern nur für Bescheidenheit und für Ehrfurcht vor den Dingen! Alles auch noch so Kleine ist gesehen und auch wiedergegeben und dabei ruhig in das Ganze eingefügt, so daß das Wesentliche zu uns spricht, ohne alle Absichtlichkeit und ohne Unterstreichung. Von Bruyn ein Doppelporträt von Mutter und Tochter. Die Tochter gerade vor ihr, aber viel tiefer, so wie aus ihr herausgewachsen. All diese inneren, tiefgefühlten Zusammenhänge können nur gegeben werden, wenn auch der Zusammenhang mit den Dingen wirklich und gelebt ist. Die Sammlung Kaufmann wurde nun durch Auktion verstreut. Wenn doch die Bilder denen, die sie neu erwerben, rechten Segen bringen könnten!

**Kurze Chronik** Der bekannteste italienische Bildhauer der Gegenwart, der Senator Giulio Monteverde, ist, 80 Jahre alt, in Rom gestorben. Er hat eine große Zahl von Denkmälern geschaffen (Kolumbus, Bellini, Mazzini, Victor Emanuel, Thalberg und andere). ◊ Ende Oktober starb der Direktor der Kasseler Kunstakademie, der Maler Hans Olde, im Alter von 63 Jahren. ◊ 3 unbekannt Bilder Anselm Feuerbachs (Kopf einer Römerin, Römische Landschaft, Hirtenszene) sind aufgefunden worden.

◊ In Warschau wird eine Kunstschule errichtet, die aus einer Kunstakademie und einer Kunstgewerbeschule bestehen soll. ◊ Die Versteigerung der Sammlung Kaufmann in Berlin brachte insgesamt 11,8 Millionen Mark.

### Musik / Friedrich Schwarz

**Orchestermusik** Es ist kein Abwarten mehr sondern ein Lauern, mit dem wir die Erzeugnisse der Zeitgenossen verfolgen. Aber die nach dem Erlebnis dürstende Seele wird immer wieder enttäuscht. Das Fluidum unserer Zeit ist (bei aller Fülle und Überfülle des Musikbetriebs) ein offenbar musikfeindliches, in dem zwar die Künste des Ausdrucksvermögens zu höchster Buntheit, nicht aber die reinen Einfälle des Musikers gedeihen. Nur die Voraussetzungen für eine kombinatorische Entwicklung scheinen heute gegeben, nicht die Grundlagen eines in der Zeit gefestigten Stils. Trotzdem, wir grüßen das neue Streben, wo es uns entgegentritt.

Levantisches Rondo nennt sich ein in der Form geschlossenes, gut instrumentiertes Stück Hermann Ungers. Leider treibt auch bei diesem Tonsetzer eine gewisse anempfundene Exotik ihr Unwesen, wie bei manchen anderen (siehe diese Rundschau, 1917 I, Seite 451 ff.). Sie jagt Ganztonleitern hinauf, kokettiert mit dem Fatum dumpfer Gongschläge, gibt schreiende Farben und Dissonanzen.

Bethges Chinesischer Flöte, aus der so mancher andere noch geschöpft hat, entnimmt Walter Braunfels die Texte zu 3 neuen Orchesterliedern. Der Wert seiner Musik liegt in ihrer Wahrheit. »Der Mond steigt aufwärts, ein verliebter Träumer. . .« So ist auch diese Musik: sie steigt, zart im Klang, nie könnerisch, aufwärts, bezwingt das Ohr, dringt zum Herzen. Braunfels müßte mehr gespielt, mehr gehört werden. Seiner lieblichen Spieloper Prinzessin Brambilla begegnet man leider gar nicht mehr.

Einen Faschingsspuk will Johannes Clemens inszenieren; aber es spukt darin nur spärlich, die gewaltsam heraufbeschworene Laune, schneidet Grimassen. Edvard Moritz tritt mit einer Burleske hervor. Das Orchester ist ihm vorläufig noch Übungsmaterial, nicht zwingender Ausdruck zwingenden Willens. Aber seine Begabung ist unverkennbar.

Von dem Tonspiel Kurt Schuberts ist nur zu sagen, daß sich mancher verinnerlichte Ansatz in ihm findet. Der Däne Carl Nielsen entführt uns mit seiner 4. Symphonie (Opus 29) nach Norden. Die klimatischen Unterschiede scheinen hier auf die Musik übertragen: kühle, dünnere Luft, Einkörnigkeit der Gegend. Immerhin schreibt Nielsen fesselnd genug, um nicht zu ermüden; seine Kühle wird nie zur Kälte. Seinem anämischen Orchesterkörper müßte aber etwas frisches Blut zugeführt werden.

Unter einer mildern Sonne ist Ferdinand Scherbers Karneval entstanden. Violinen schreiten nicht feierlich luftleeren Räumen entgegen; sie dienen unbekümmert dem Ballsaal, und wenn ihre Rhythmen auch leicht dahinschweben, so sind sie doch an ein spiegelndes Parkett gebunden. Scherbers Orchester klingt gesättigt, seine Formen sind rundlich, aber noch graziös: Wien steigt auf. Mit seinem Konzert für Klavier und großes Orchester (C-Dur) türmt der junge Julius Kopsch einen Wall wildester Kakophonien auf einander. Immer neue Blöcke schleppt er herbei, jede Steigerung wird übersteigert, und schließlich ergeht es ihm wie dem Zaubrerlehrling, der die zuerst sehnsüchtig entfallenen Elemente nicht mehr zu meistern vermag.

Die Sinfonietta Paul Gräners zeigt alle hervorragenden Eigenschaften dieses Meisters knapper symphonischer Form. Das, was in dieser Rundschau (1916 III, Seite 1387) von seiner Musik am Abend gesagt wurde, gilt auch für dieses neue Werk. Gräner beherrscht den Orchesterapparat von Grund auf, ohne je der Übertreibung zu verfallen; seine durchfeilten Partituren weisen feinste Abtönung auf, die edle Verwendung edler Mittel bewahrt ihn vor jeglicher Überladenheit. Auch diese Sinfonietta taucht lieblich auf, zieht mit reizvollen melodischen Ausbuchtungen vorüber, um in lichter Schönheit zu verklingen.

**Lieder** Wiederum ist James Rothstein mit einer Reihe neuer Kompositionen hervorgetreten. Man muß wieder feststellen, daß Rothstein das Volkstümliche in der Musik wie nicht leicht ein zweiter beherrscht, daß seiner Feder mit Natur und viel Gemüt herzliche Lieder entfließen. Das, was seine hauptsächlichste Stärke eigentlich ausmacht, die innige Fühlung mit dem Volkslied, die

ungekünstelte Melodieführung, die natürliche Textbehandlung, finden wir in seinen neuen Arbeiten in vielleicht noch erhöhter Weise wieder vor. Von den Liedern seien als besonders gelungen Der Trommler und die Tragische Geschichte erwähnt. Die Duette auf altdeutsche Texte stellen eine entschiedene Bereicherung dieser Liedgattung dar und werden sich ohne Zweifel recht bald ihren festen Platz in unserer Konzertliteratur erobert haben.

#### Oper

Der in Wien lebende Holländer Jan Brandts-Buys ist bereits mit einer

Oper Das Veilchenfest hervorgetreten, die sich aber nicht zu halten vermochte. Nun reicht er uns sein zweites Opernwerk dar, und diesmal mit mehr Glück: Seine Schneider von Schönau sind mit Erfolg über viele deutsche Bühnen gegangen. Bruno Warden und J. M. Welleminsky sind die Verfasser des Textbuchs; man muß gestehen, daß sie bemüht sind der Musik gute Möglichkeiten zu bieten. Im ganzen ist das Buch aber doch zu trocken und humorlos, um eine gewisse Eintönigkeit, ja selbst Langeweile nicht aufkommen zu lassen. Die drei Schneiderlein, die in den Mittelpunkt des handlungsarmen Buches gestellt sind, wirken mit ihrem steten Pech mehr albern als komisch, und die Prügel, die sie einstecken müssen, lassen uns eher Mitleid mit den Rittern der Schere, als Befriedigung über ihr fortwährendes Verspottetwerden empfinden. Auch salbungsvolle Hans Sachs-Figuren treten auf und singen in edler Meistersingerart. Brandts-Buys hat sich die Erkenntnis dieser hohen Verwandtschaft nicht entgehen lassen, und der geistige Zusammenhang der Schönauer mit der Nürnberger Kleinstadt-poesie wird einem auch in der Musik oft allzu klar. Im übrigen äußert sich sichtbarlich beste musikalische Erziehung: Jede Trivialität ist vornehm ungeschrieben, das Flotte nicht gerade beschwingt, aber angenehm prickelnd, der Orchesterklang zwar nicht satt, doch stets gewählt. Kaum schwerwiegende, aber doch wieder nicht allzu leichte Gedanken sind auf lebenswürdige Weise mit einander verbunden worden, sind gediegen instrumentiert und dem heitern Zweck des Ganzen mit viel Geschick und sicherer Hand dienstbar gemacht worden. An mancher Stelle ist Brandts-Buys sogar etwas wie ein eigener musikalischer Lustspielton gelungen.

Freilich sind das nur Ansätze. Man kann nicht wissen, was Brandts-Buys' zweifellos echte Begabung aus einem wirklichen Text, statt aus einem Librettistenmachwerk, hätte formen können.

**Kurze Chronik** Eine Oper Hugo Kauts, Sappho, gelangte am 27. Oktober in Leipzig zur Uraufführung. Den Text bildet die Grillparzersche Sappho, vom Komponisten durch Streichungen auf etwa die Hälfte zusammengezogen. ◊ Die 4. Symphonie Felix Weingartners, in F-Dur (Opus 61), wurde in Köln zum erstenmal und dann in Berlin, hier von der Kapelle des Königlichen Opernhauses, gespielt. Obgleich das Werk im Jahr 1916 entstanden ist, hat es, wie Weingartner selbst sagt, mit dem Krieg nichts zu tun; der Charakter dieser Musik ist vielmehr »idyllisch oder, besser gesagt, bukolisch, landschaftlich, betrachtend, teilweise vielleicht auch legendenhaft«. ◊ Am 25. November (Totensonntag) wurde in der Berliner Singakademie, neben einem Chorwerk ihres Leiters Georg Schumann (Totenklage aus der Braut von Messina) und Brahms' Deutschem Requiem, Max Reger's Einsiedler (Opus 144 a, für Bariton, 5-stimmigen Chor und Orchester, nach dem Eichendorffschen Gedicht) aufgeführt. Das Werk ergriff die Hörer aufs tiefste. ◊ Zum Beginn des 4. Kölner Gürzenichkonzerts wurde Tschairowskij's Pathetische Symphonie gespielt. Sie erklang, schrieb die Kölnische Zeitung am 5. Dezember, »wie ein großer, mächtiger Einleitungsakkord zur Aussöhnung des russisch-deutschen Zwistes«. Die in diesen Worten ausgedrückte Hoffnung möge sich bald erfüllen.

## KULTUR

### Technik / Heinrich Lux

**Kohlennotbehebung** Skandinavien, Holland und die Schweiz, die keine oder keine erheblichen eigenen Kohlenlager besitzen, leiden während des Krieges unter dem Kohlenmangel noch erheblich mehr als wir. Diese Länder suchen deshalb in stärkerem Maß als bisher ihre natürlichen Energiequellen zum Ersatz heranzuziehen. Hier kommen in erster Linie die Wasserkräfte und die Torflager in Betracht. In der schweizerischen Presse wird eifrig dafür Propaganda gemacht in den Fabriken die Dampfkraft durch Elektrizität zu ersetzen, und es wird

vorgeschlagen, daß die Behörden einen Zwang auf die Elektrizitätswerke und die Fabriken ausüben sollten, um die elektrische Energie möglichst umfangreich zur Einführung zu bringen. In Schweden hat die bedeutende Hemsjö-Kraft-Gesellschaft Abmachungen getroffen, um Teile des Kronobergsbezirks mit Strom zu versorgen. In Huseby ist der Bau eines elektrischen Eisenwerks zur Ausnutzung der Erze dieser Gegend geplant. Ebenso sind Verhandlungen zwischen der Gesellschaft und der Staatsbahnverwaltung über Kraftlieferung nach der Torfverarbeitungsfabrik in Vislanda, die im Bau begriffen ist, im Gang. Der dort gewonnene und verarbeitete Torf wird bereits jetzt in beträchtlichem Umfang zur Lokomotivbeheizung verwandt. Hierzu wird Torfpulver benutzt. Der Torf wird im Häfthagenmoor gewonnen, das etwa 5 Millionen Kubikmeter Torf enthält. Die getrocknete Torfmasse wird zerkleinert und gesiebt und in besonders eingerichteten Wagen zur Verwendungsstelle gebracht. Die Tender der für Torffeuerung eingerichteten Lokomotiven haben über dem Wasserbehälter einen hohen, luftdicht abgeschlossenen Behälter, aus dem das Torfpulver durch Druckluft in die Feuerbüchse geblasen wird. Zum Entzünden des Torfpulvers ist ein kleines Kohlentfeuer erforderlich. Versuche mit dem Torfpulver haben ergeben, daß 1,5 Kilo Pulver die gleiche Dampfmenge wie 1 Kilo Kohle von 7000 Wärmeeinheiten zu erzeugen gestattet. Der Pulverstrom ist, um eine Vergeudung zu vermeiden, sorgfältig zu regulieren, was sich auch ganz ohne Mühe ausführen läßt.

**Alkohol aus Abfällen** Mit einem interessanten Verfahren zur Alkoholherzeugung aus städtischen Abfällen sind nach Engineering News Record in einer Anlage in Columbus (Ohio) umfangreiche Versuche angestellt worden. Aus 1 Tonne grüner Abfälle konnten 21,6 Liter Alkohol von 95 % Gehalt und befriedigender Beschaffenheit erzeugt werden. Eine für 20 000 Tonnen Jahresverarbeitung eingerichtete Abfallverwertungsanlage könnte 4320 Hektoliter Spiritus herstellen, wobei sich die Alkoholherzeugung billiger als nach den gegenwärtig üblichen Verfahren stellen würde. Das Verfahren besteht im wesentlichen darin aus dem Abfall Fett durch Kochen mit Schwefelsäure und Dampf auszuziehen und dabei die Stärke und die

ähnlichen Stoffe in Dextrose zu verwandeln, die dann auf Alkohol verarbeitet wird. Hierzu werden die Abfälle unter Zusatz von 2 % Schwefelsäure 2 Stunden lang mit Dampf gekocht. Nachdem die Masse durch Zusatz von Kalk teilweise neutralisiert ist, kommt sie unter eine Filterpresse. Die ausgepreßte Flüssigkeit fließt in einen Neutralisierbehälter, während die Preßrückstände getrocknet und gereinigt werden. Aus der Flüssigkeit wird zunächst das Fett ausgeschieden, sodann wird sie mit Kalk vollständig neutralisiert, wobei ein Schlamm ausfällt, der getrocknet und abgelagert wird. Die blanke Flüssigkeit gelangt in Gärbottiche. Nach 36 bis 72 Stunden kann der Alkohol abdestilliert werden.

**Betonsschiffe** Im Sommer 1916 wurde in der norwegischen Stadt Moss die erste Werft für den Bau von Betonsschiffen erbaut. Seitdem hat sich der Bau dieser Schiffe rasch weiterentwickelt. Die genannte Werft stellte 1916 schon 16 Leichter-schiffe aus Eisenbeton mit je 100 bis 300 Tonnen Tragfähigkeit her. Auch Schweden besitzt in Malmö bereits eine Betonsschiffswerft, die ebenfalls schon mehrere Leichter zur Ablieferung brachte. In Dänemark wurde eine Werft in Masnedus erbaut; Drammen, Bergen und Frederikstad sollen ebensolche Werften erhalten. Die Werften werden sich nicht auf den Bau von Fahrzeugen für den Binnenschiffsverkehr beschränken, sie wollen auch seegehende Motorschiffe bauen. Das erste Schiff dieser Art wurde von Fougers Stahlbetonsschiffbaugesellschaft in Moss aufgeführt. Es ist ein Leichter von 3000 Tonnen für die Sydvaranger Bergwerksgesellschaft, der mit 2 Dieselmotoren von je 300 Pferdestärken ausgerüstet ist.

**Kurze Chronik** Der Professor der Chemie an der Technischen Hochschule Berlin Konrad Wilhelm Jurisch starb im 71. Lebensjahr. Von seinen Werken, die sich hauptsächlich mit dem Betrieb der chemischen Großindustrie beschäftigen, sind zu nennen: Handbuch der Schwefelsäurefabrikation, Die Fabrikation von schwefelsaurer Tonerde, Salpeter und sein Ersatz. Auch trat er mit Eifer in seinen Arbeiten Grundzüge des Luftrechts und Das Luftrecht in der deutschen Gewerbeordnung für die Schaffung eines Luftrechts ein. ◊ In Prag ist der Professor der technischen Mechanik

an der deutschen Technischen Hochschule Franz Stark von Rungberg im Alter von 76 Jahren gestorben. Er war zuerst als Oberingenieur in der Ringhoffer Maschinenbauanstalt tätig, 1872 wurde er als Professor nach Graz, 1886 nach Prag berufen. Seine Vorlesungen, die sich durch Reichhaltigkeit und Gediegenheit bei höchster Klarheit und begrifflicher Schärfe der Darstellung auszeichnen, sind unter seiner Aufsicht herausgegeben worden. Auch auf sozialpolitischem Gebiet, insbesondere auf dem der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Patentgerichtsbarkeit, hat Stark segensreich gewirkt. ◊ Der Miterbauer des Simplontunnels, der Ingenieur Karl Brandau, Mitinhaber der Hamburger Baufirma Brand, Brandau & Co., ist, 68 Jahre alt, in Kassel gestorben. ◊ Das Elektrizitätswerk Lonza in der Schweiz wird in seinem bei Visp gelegenen Werk eine Anlage errichten, die vorläufig umstände sein wird jährlich 7000 Tonnen Alkohol aus Kalziumkarbid beziehungsweise aus Acetylen zu erzeugen. Die Gesellschaft hat an die schweizerische Alkoholverwaltung insgesamt jährlich 2500 Tonnen Sekundasprit und Industriesprit als Pflichtmenge zu liefern. Als Grundpreise sind 527,5 Franken für Sekundasprit und 555 Franken für Industriesprit vorgesehen. ◊ Die Samenhaare der Rohr- und Schilfkolben werden neuerdings in der Textilindustrie verwertet. Da sie sich nur sehr schwer mit anderen pflanzlichen oder tierischen Faserstoffen verarbeiten lassen, so müssen sie erst einer Vorbehandlung mit alkalischen Laugen unterworfen werden. ◊ Zur Ausnutzung überschüssiger elektrischer Energie in der Nacht ist von dem Hennischen Kraftwerk in der Kuranstalt Heiligenschwendli die erste größere Wärmeanlage für Nachtstrom eingerichtet worden. Sie hat einen Anschlußwert von zirka 60 Kilowatt und 500 000 Kalorien Wärmeaufnahmefähigkeit. Die Wärme wird in einen von einer Rohrschleife durchzogenen Steinbehälter aufgenommen, der während der Nacht auf zirka 360° erwärmt wird. In der Rohrschleife fließt eine Flüssigkeit, deren Siedepunkt bei 300° liegt. Die Wärme wird dann während des Tages zur Erzeugung von warmem Wasser verwendet. Wenn die physikalische Ökonomie der Wärmeanlage auch naturgemäß nicht sehr groß sein kann, so findet doch eine Ausnutzung der sonst in der Nacht leerlaufenden Turbinen statt,

und demgemäß kann der elektrische Strom zu einem überaus niedrigen Preis geliefert werden. ◊ Ein finnischer Ingenieur Tigerstedt hat ein Taschentelephon auf den Markt gebracht und in Dänemark Patent darauf erhalten. Der Apparat hat die Größe einer Taschenuhr und ist mit Steckkontakt versehen. Er wird mittels Steckdosen, die an Gebäuden, Leitungsmasten usw. anzubringen sind, mit dem Fernsprechamt in Verbindung gesetzt. ◊ Im staatlichen Forstgebiet südlich von Tustanowice (Galizien) ist ein neues Petroleumgebiet erbohrt worden. ◊ Bei einer Erweiterung des Templeboroughstahlwerks stieß man in England auf ein Römerlager, dessen Überreste bewiesen, daß hier vor nahezu 2000 Jahren ein altrömisches Eisenwerk gestanden haben muß, das wahrscheinlich von römischen Legionen zur Herstellung von Kriegsgeräten benutzt wurde.

Literatur Die bekannte Studie Felix Auerbachs Das Zeißwerk und die Carl Zeiß-Stiftung in Jena /Jena, G. Fischer/, die vor beinahe 1½ Jahrzehnten erschien (siehe die Rundschau Sozialpolitik, 1903 II, Seite 618) liegt jetzt in 4. Auflage vor. Das Buch charakterisiert sich in der Hauptsache als eine katalogartige Beschreibung der zahlreichen optischen und mechanischen Erzeugnisse der berühmten Jenaer Weltfirma, bei der besondere Rücksicht auf die Geschichte und den Entwicklungsgang der einzelnen Apparate genommen ist. Wer die modernen Kataloge großer industrieller Unternehmungen kennt, weiß, daß in ihnen (bei aller Wahrung wirklicher Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisse) meist mehr und wertvolleres Material zur Geschichte der Technik enthalten ist als in den gewöhnlichen Lehr- und Handbüchern. Das gilt auch für die Arbeit Auerbachs. Der Verfasser ist Professor der Physik an der Universität Jena und beherrscht in dieser seiner Eigenschaft die Materie natürlich gründlich. Er weiß also auch genau, worauf es bei jedem Apparat, den er beschreibt, ankommt. Leider hat er hier, durch die Fülle des Materials und durch den gemessenen Raum zu Einschränkungen gezwungen, sich häufig mit kurzen Andeutungen und mit der Anführung von Fachbezeichnungen begnügt, anstatt eine wirkliche Beschreibung der Einrichtung und deren Wirkungsweise zu geben. Das gilt beispielsweise für die Darstellung des Ultramikroskops, der Entfer-

nungsmesser, des Stereoautographen und anderer moderner Instrumente, deren Namen man aus Zeitungsnutzen erfahren hat, und über die man sich nun näher unterrichten möchte. In dieser Beziehung enttäuscht die Auerbachsche Darstellungsweise. Lieber einen Apparat gar nicht erwähnen als ihn mit einer Abbildung, einer kurzen Erwähnung und einer Redensart abtun wie: »Es würde zu weit führen auf die nicht wenigen konstruktiven Neuerungen einzugehen. Das ist die Methode der alten, populären Darstellung, die dem Leser nur Namen und Schlagworte bringt, aber nichts über das Wesen der Dinge sagt. Auch in der Darstellung der Carl Zeiß-Stiftung, so wohlwollend und korrekt sie ist, werden Eindringlichkeit und Vollständigkeit vermißt werden.

### Kolonisation / Herman Kranold

**Türkei: Binnen-** Die Türkei und überhaupt der Nördliche Orient sind

im allgemeinen an natürlichen Lebensmitteln sehr arm. So hat Ägypten einzig und allein den Nil; Arabien, Syrien und Kleinasien haben gar nichts, nur Mesopotamien besitzt in dem System des Euphrat und Tigris eine nun allerdings sehr ausgedehnte natürliche Wasserstraße, an die sich auch der Karun, die einzige natürliche Wasserstraße Persiens, anschließt. Euphrat und Tigris bilden ein gemeinsames Endstück, den Schatt el Arab, der bei Mohammerah auch den Karun in sich aufnimmt. Die Schiffbarkeit beginnt beim Euphrat an dem Punkt, wo er aus dem Gebirge heraustritt, der gleichzeitig die größte Annäherung dieses Flusses an das Mitteländische Meer (145 Kilometer bis zum Busen von Iskanderun) bezeichnet. Der Tigris beginnt ebenfalls beim Erreichen der Ebene schiffbar zu werden; das ist ungefähr halbwegs zwischen Bagdad und Mossul der Fall. Die beiden Ströme bekommen vor ihrer Vereinigung keine Nebenflüsse, die in nennenswertem Umfang schiffbar wären; wohl aber münden aus den großen Ebenen breite Trockentäler in sie ein, die vielfach seit alter Zeit von Karawanenstraßen durchzogen werden.

Der Karun bildet eine bequeme und billige Zugangsstraße vom Persischen Golf nach Täbris und Teheran, er ist ein beträchtliches Stück weit für Dampfschiffe fahrbar. Der Umschlagsplatz nach dem Innern Persiens, an dem der Verkehr auf das Land übergehen muß, ist Schuschter. Von dort aus strahlen alte

und bequeme Straßen in das ganze persische Gebiet von Kirmandschah (in der Nähe der türkisch-persischen Grenze) bis nach Schiras aus. Hier und auch im Gebiet des Euphrat und Tigris, das im ganzen ungefähr 700 000 Quadratkilometer groß ist, liegen seit alter Zeit fast alle größeren Orte an einem der beiden Flüsse. So am Tigris Mossul, der Hauptort von Obermesopotamien, Samarra, der Ausgangspunkt der bereits ausgebauten Endstrecke der Bagdadbahn, und vor allem Bagdad selbst, der vorläufige Endpunkt dieser Bahnstrecke. Am Euphrat sind die Hauptplätze Hilla, Ausgangspunkt der persischen Pilgerfahrten nach Mekka, Kerbela, der Mittelpunkt des schiitischen Kultus, und Der ez Zor, der Kreuzungspunkt der Karawanenstraße von Damaskus nach Mossul mit derjenigen von Aleppo nach Bagdad. Am gemeinsamen Endstück der beiden Ströme sind Basra, der Seehafen Mesopotamiens, bis zu dem große Ozeandampfer fahren können, und Mohammerah, die Mündungsstelle des Karun, zu nennen.

Die Schifffahrt auf diesen Strömen ist gegenwärtig noch sehr spärlich und vermag den gewaltig wachsenden Bedürfnissen des Stromgebiets nicht zu genügen. Der Hauptverkehr spielt sich noch immer auf Flößen und Ruderbooten ab. Daneben aber hat sich bereits im Jahr 1834 die englische Firma Lynch eine Schifffahrtskonzession für die Fahrt auf beiden Strömen gesichert. Sie betreibt diese mit einer Anzahl von leistungsfähigen Flußdampfern, denen bei Bedarf Beiboote angehängt werden, rentiert sich sehr gut und ist sogar in der Lage gewesen für die Verbesserung der Zubringerstraßen, die sich manchmal in unglaublich schlechtem Zustand befinden, beträchtliche Summen auszugeben. Seit einiger Zeit hat sie in Gestalt einer türkischen Regierungsunternehmung und einer von dem Scheich von Mohammerah betriebenen Dampfschifffahrtsgesellschaft, die auch auf dem Karun bis Schuschter hinauf verkehrt, Konkurrenz bekommen. Jedoch vermögen auch diese 3 Unternehmungen zusammen oft genug selbst unter Aufgebot aller Kräfte die Warenmassen, die in Basra des Transports ins Innere harren, nicht aufzuarbeiten, so daß manchmal im Warenverkehr eine Verzögerung von 3 bis 4 und noch mehr Monaten entsteht.

Diese Verkehrsmittel sind zweifellos eines bedeutenden Ausbaus fähig. Technisch sind dazu die notwendigen Vor-

aussetzungen gegeben. Die Betriebskraft können die Flußdampfer mit leichter Mühe aus den Petroleumvorkommen gewinnen, die sich über einen großen Teil von Mesopotamien und der angrenzenden persischen Gebiete hinziehen und bisher schon in recht beträchtlichem Maß Erdöl liefern. Sehr wesentlich wäre am Tigris die Beseitigung mancher Stromschnellen durch Sprengung, um den Schiffsverkehr wesentlich weiter nach Norden hinauf erstrecken zu können, ferner die selbe Maßnahme am Euphrat zum Zweck der Vergrößerung des Tiefgangs der Schiffe, und die Verbesserung der Tiefenverhältnisse im untern Schatt el Arab. Dieser bildet nämlich dort eine Barre, in deren Bereich der Wasserstand 5 Meter nur bei Springfluten überschreitet. Große Ozeandampfer müssen daher diese, wenn auch immer vorkommenden, so doch nur seltenen Gelegenheiten abwarten, um bis Basra vordringen und dort gleich auf die Flußdampfer ihre Waren umladen zu können. Unterhalb der Barre ist kein guter Hafen.

Von Wichtigkeit sind ferner gewisse Vorkehrungen, die auch aus anderen Gründen in Mesopotamien außerordentlich wünschenswert sind.

Dahin gehört in erster Linie eine Verbesserung des Wasserhaushalts (siehe darüber meinen Aufsatz Wasserwirtschaft und Verkehrsmittel in der Türkei, in den Sozialistischen Monatsheften, 1917 II, Seite 626 ff.) (durch Anlegung von Stauwerken mit den notwendigen Schleuseneinrichtungen. Dadurch könnte der Wasserstand in den oberen Teilen der beiden großen Ströme besonders während der wasserarmen Jahreszeit wesentlich gehoben werden. Die natürlichen Voraussetzungen dazu sind gegeben, da vom Austritt aus dem Gebirgsland an das Gefälle der Ströme sehr gering ist. Der Euphrat weist zum Beispiel auf dieser ganzen Strecke nur ein Gefälle von 315 Meter auf. Allerdings ergeben sich dadurch manche Schwierigkeiten; so gibt es am Euphrat manche Stellen, an denen der Fluß das Erosionstal, mit dem er die Kalkplatten durchsägt, in ganzer Breite ausfüllt, so daß die Orte an diesen Stellen auf mitten im Fluß liegende Inseln gebaut sind; diese würden bei wesentlicher Hebung des Wasserstands überflutet werden. Solche Schwierigkeiten lassen sich aber bei einigermaßen energischem Ein-

greifen der Verwaltung natürlich beheben.

Eine zweite allgemeine Maßnahme, die die Flußschifffahrt mächtig fördern könnte, wäre der bessere Ausbau von Zubringerstraßen. An solchen fehlt es gegenwärtig noch arg. Künstlich angelegte Straßen sind in den Ebenen selten, im Gebirge ebenfalls nicht häufig und ganz unzulänglich. Außerdem besteht aber eine gewaltige Unsicherheit des Verkehrs, die manchmal nur dadurch zu beseitigen ist, daß man die Beduinenstämme, deren Räuberei diese Unsicherheit besonders zu danken ist, in den Sold der Interessenten stellt und die Straßen bewachen läßt. So hat es die Lynchgesellschaft wiederholt gemacht, und sie ist dabei nicht schlecht gefahren. Solche Durchführung größerer Verkehrssicherheit auf den Landwegen muß aber natürlich auch die Wasserwege erheblich besser stellen, und daher gehört auch sie zu den wesentlichen Voraussetzungen der Hebung des Wasserverkehrs im türkischen und persischen Binnenland. Für europäische Arbeit ergibt sich da ein weites Arbeitsfeld.

**Kurze Chronik** Der schwedische Forschungsreisende Mjöberg will mit dem Flugzeug eine Expedition in das Innere Neuguineas unternehmen. Dieses Vorhaben stößt namentlich in Amerika auf das lebhafteste Interesse; es sind dort bereits 50 000 Dollar dafür gezeichnet worden. ◊ Einen wesentlichen Aufschwung hat der japanisch-südamerikanische Handel genommen. Die japanischen Kaufleute machen dort die äußersten Anstrengungen, um dank der Kriegskonjunktur ins Geschäft zu kommen. Zwischen den La Plata-Staaten und Japan wurde vor mehreren Monaten eine direkte Dampferlinie eingerichtet, die sich damit befaßt die infolge des Unterseebootkriegs dort lagernden riesigen Rohstoffmengen nach Japan zu schaffen. Hauptsächlich wird Wolle dorthin transportiert. Außerdem bezieht Japan das Getreide, das es bisher in den Vereinigten Staaten kaufte und dort wegen der Ausfuhrverbote nicht mehr bekommen kann, nun möglichst aus Argentinien. Die japanische Ausfuhr dorthin besteht hauptsächlich in Reis, Tee, Seidenwaren, Kampfer, Porzellan, Galanerienwaren und Papierservietten.